



UNTERNEHMERVERBÄNDE
NIEDERSACHSEN E.V.

Geschäftsbericht 2022/2023

Spitzenverband der niedersächsischen Wirtschaft



Inhalt

Vorwort	3	Wirtschafts- und Industriepolitik	40
Neue Mitglieder und Gremien	4	Energie- und Klimapolitik	52
Externe Gremienarbeit	6	Digitalisierung und Innovation	64
Landtagswahl 2022	8	Internationales und Außenhandel	70
12. Tag der niedersächsischen Wirtschaft	9	Sommerfest 2022	78
Arbeit und Soziales	10	Termine 2022/2023	80
Bildung und Gesellschaftspolitik	20	UVN Mitgliedsverbände	82
Gesundheit und Pflege	34	Ihr UVN-Team	86
Niedersächsischer Sozialpreis	38		



© 2023 Unternehmerverbände Niedersachsen e.V. (UVN)
Schiffgraben 36, 30175 Hannover, Telefon 0511 8505-243, www.uvn.digital
Redaktion: Catharina Herrmann-Daues

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, sind vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Abbildungen Titel (außer unten rechts): Marcus Prell für UVN

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder,

seit mehr als drei Jahren befinden wir uns im Krisenmodus. Seit Ende der Pandemie dominieren die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine das Handeln von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Obwohl Anfang 2022 ganz neu im Amt, hat die Bundesregierung zum Energiesparen aufgerufen, mithilfe neuer Importe Versorgungssicherheit hergestellt und gemeinsam mit den Ländern Hilfspakete geschnürt. Auch die neu gewählte Niedersächsische Landesregierung ist direkt durchgestartet und alle Beteiligten haben konstruktiv zusammengearbeitet, um Niedersachsen durch den Winter 2022/2023 zu bringen.

Damit ist es allerdings nicht getan. Allein das LNG-Terminal in Wilhelmshaven steht für die neue Deutschlandgeschwindigkeit. Bund und Länder müssen dringend Strukturen und politische Rahmenbedingungen optimieren, um

zügig eine wettbewerbsfähige Versorgungssicherheit mit Energie und Rohstoffen, die Modernisierung und Digitalisierung unserer Infrastruktur und Verwaltung sowie die zügige Fachkräftezuwanderung zu gewährleisten. Wir müssen diese Krise als Chance begreifen und jetzt die Investitionsfähigkeit für dringend notwendige private und öffentliche Vorhaben für die Transformation herstellen.

Im Zuge der Landtagswahl haben wir nach den Regeln der Marktwirtschaft konkrete Maßnahmen erarbeitet, um zügig aus dem Krisenmodus und in einen Gestaltungsmodus zu wechseln. Bund und Land müssen dazu folgende Rahmenbedingungen verbessern, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu erhalten und somit Industrie, KMU, Beschäftigung und gesellschaftlichen Wohlstand zu sichern:



1. Weniger Steuern, Abgaben, Nachweis- und Offenlegungspflichten sowie Lohnkosten durch renten- und sozialpolitische Fehlentscheidungen.
2. Flächendeckende Digitalisierung der Infrastruktur und der Verwaltung.
3. Zügiger Ausbau und Instandhaltung der Energie- und Verkehrsinfrastruktur zur Versorgungssicherheit, Kostenstabilität und Erreichung der Klimaziele.
4. Modernisierung und ganzheitliche Organisation von Kita, Bildung, Berufsorientierung, Aus- und Weiterbildung sowie Fachkräftezuwanderung.

Dr.-Ing. Andreas Jäger
UVN-Präsident



Durch die Anfang 2023 eingesetzte Taskforce Energiewende der Niedersächsischen Landesregierung und den geplanten Industriestrompreis erhoffen wir uns einen engeren Austausch zur zügigen Umsetzung der oben genannten Rahmenbedingungen und den Erhalt unserer Industrieunternehmen am Standort Deutschland.

Nur eine florierende Wirtschaft und Beschäftigung schaffen Raum für dringend notwendige Investitionen in die Transformation, unser Sozialsystem und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Denn Wirtschaft, das sind wir alle! ■

Dr. Volker Müller
UVN-Hauptgeschäftsführer

Neue Mitglieder

Bundesverband für
Unbemannte Systeme e.V. (BUVUS)



Der Bundesverband für Unbemannte Systeme e.V. (BUVUS) ist Netzwerk und Interessenvertretung für die Entwicklung und den Einsatz unbemannter Systeme wie Drohnen, autonome Fahrzeuge oder Schiffe.

Seine Mitglieder sind Unternehmen und wissenschaftliche Einrichtungen, die unbemannte Systeme für den Einsatz in der Luft, zu Land und auf dem Wasser entwickeln oder diese einsetzen. Der BUVUS fokussiert sich dabei ausschließlich auf den zivilen Einsatz von unbemannten Systemen.

Der Verband ist Veranstalter des jährlichen Fachkongresses UASympEx in Hamburg.

www.buvus.de

Vorstandsvorsitzender: Matthias Still

Wirtschaftsverband Emsland e.V.



Der Wirtschaftsverband Emsland ist seit seiner Gründung 2004 das Unternehmensnetzwerk der Region. Er repräsentiert über 440 Unternehmen aus 25 verschiedenen Branchen – vom Handwerksbetrieb bis zum Dienstleister, vom Freelancer bis zum Industrieunternehmen – mit mehr als 46.000 Beschäftigten. Auch die emsländischen Städte und Gemeinden und der Landkreis Emsland sind Mitglied im Netzwerk.

Als regionales Netzwerk bündelt der Wirtschaftsverband Emsland die Interessen der emsländischen Unternehmen und initiiert den Dialog zwischen Politik, Verwaltung, Gesellschaft und Wirtschaft. Denn das Emsland ist eine Wachstumsregion mit Zukunftspotenzial und die regionale Wirtschaft steht für Kreativität, Innovationsfreude und Flexibilität.

Als starker Partner bietet der Verband Plattformen zum Auf- und Ausbau neuer Kooperationen zwischen Unternehmen, Schulen und Hochschulen. Neben verschiedenen Netzwerk-events bringt er seine Mitglieder in Projekten zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten zusammen. Außerdem pflegt er mehr als 20 aktive Kooperationen mit anderen Verbänden und Bildungsträgern – auch überregional und international. Das Motto lautet: Gemeinsam sind wir stärker, gemeinsam kommen wir weiter.

<https://wv-emsland.de/>

Vorsitzender: Ulrich Boll

Geschäftsführerin: Mechtild Weßling

Dr.-Ing. Andreas Jäger zum UVN-Präsidenten gewählt

Am 26. Juni 2023 wählten unsere 100 UVN-Mitgliedsverbände turnusgemäß Vorstand und Präsidium. Sie sprachen dem bisherigen Vorstand und Präsidium Anerkennung und Dank für ihr Engagement aus. Neuer Präsident der UVN ist Dr.-Ing. Andreas Jäger, geschäftsführender Gesellschafter der Arnold Jäger Holding GmbH mit Hauptsitz in Hannover. Er folgt auf Werner M. Bahlens, der seit 2008 im Amt war und nun zum Ehrenpräsidenten gewählt wurde. Einstimmig als Stellvertreter und Vorstand gem. § 26 BGB im Amt bestätigt wurden Dr.-Ing. York Fusch, Vorstandsvorsitzender der Körting Hannover AG, und Dr. Carsten Kuhlitz, Gesellschafter und Geschäftsführer der Albertuswerke GmbH.

Herr Dr. Jäger, herzlichen Glückwunsch! Welche Ziele verbinden Sie mit diesem Amt?

Vielen Dank. Die Zukunft kommt von allein, der Fortschritt nicht: Wir müssen dafür das Geschäftsmodell Deutschlands und Europas unter ökonomischen, ökologischen und sozialen Kriterien neu ausrichten. Als Spitzenverband ist es unsere Aufgabe, die Erwartungen, unsere Erfahrungen und Lösungsansätze aus verschiedenen Unternehmen, seien es Start-ups, KMU oder börsennotierte Konzerne, gegenüber allen relevanten Gruppen in der Gesellschaft deutlich zu kommunizieren.

Welche Themen haben Priorität?

Als Familienunternehmer steht für mich Niedersachsen im Vordergrund. Ich bin überzeugt, dass Unternehmen, die in ihrer Heimat nicht stark sind, auch im Ausland nicht erfolgreich sein können. Grundlage dafür sind auch zukünftig innovative Produkte und Geschäftsmodelle, gezielte Investitionen in Aus- und Weiterbildung,



ein sparsamer Umgang mit knappen Ressourcen und vor allem auch eine gewisse Risikobereitschaft, neue Wege zu gehen.

Aber ohne eine staatliche Verwaltung mit schnellen, digitalen und unbürokratischen Prozessen, eine flächendeckend leistungsfähige Infrastruktur und ein Steuersystem, das es erlaubt Gewinne zu erwirtschaften, um diese dann in die Stärkung der Standorte in Niedersachsen zu reinvestieren, wird dies nicht gehen.

Wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger auch müssen Unternehmen dabei akzeptieren, dass sich Deutschland 2015 in Paris völkerrechtlich verpflichtet hat, bis 2045 klimaneutral zu sein. Als Unternehmen haben und werden wir uns dieser Herausforderung stellen. Jedoch erwarten wir Unterstützung durch eine Genehmigungsbürokratie, die in unseren unternehmerischen Tätigkeiten nicht nur Risiken sieht, sondern darin insbesondere auch Chancen für Wettbewerbsfähigkeit und Klimaneutralität sucht und erkennt.

Herzlichen Dank für das Gespräch! ■

Präsidium

Präsident

Dr.-Ing. Andreas Jäger
Geschäftsführender Gesellschafter
Arnold Jäger Holding GmbH

Thomas Echterhoff

Geschäftsführender Gesellschafter
Echterhoff Bau-Gruppe

Michael Gensicke

Geschäftsführer
Robert Bosch Elektronik GmbH

Stellvertreter und Vorstand gem. § 26 BGB

Dr. Carsten Kuhlitz
Gesellschafter / Geschäftsführer
Albertuswerke GmbH

Gunnar Groebler

Vorsitzender des Vorstands
Salzgitter AG

Manuela Härtelt-Dören

Vizepräsidentin der Unternehmensverbände
Handwerk Niedersachsen e.V.

Stellvertreter und Vorstand gem. § 26 BGB

Dr.-Ing. York Fusch
Vorstandsvorsitzender
Körting Hannover AG

Dr. Ulrich Knemeyer

Vorstandsvorsitzender
VGH Versicherungen

Olaf Piepenbrock

Geschäftsführender Gesellschafter
Piepenbrock Dienstleistungsgruppe
GmbH & Co. KG

Ehrenpräsident

Werner M. Bahlisen
Vorsitzender des Verwaltungsrates
Bahlisen GmbH & Co. KG

Folkmar Ukena

Geschäftsführer
LEDA WERK GmbH & Co. KG

Vorstand

Armin Ahrens

Geschäftsführer
QUBUS media GmbH

Dr. Holger Bissel

Geschäftsführender Komplementär
Creditreform Hannover-Celle Bissel KG

Anna Blumenberg

Mitglied der Geschäftsführung
MEYER WERFT GmbH & Co. KG

Thomas Busch

Eigentümer, Geschäftsführer
Effektiv – Die Möbelagentur GmbH

Robert Cholewa

Vorsitzender
Arbeitgeberverband im Bezirk Hildesheim e.V.

Hans-Peter Daub

Vorstandsvorsitzender
Diakonischer Dienstgeberverband
Niedersachsen e.V.

Stephan Engel

Responsible Care Director
DOW Deutschland Anlagengesellschaft mbH

Dr. Holger Hennies

Präsident
Landvolk Niedersachsen
Landesbauernverband e.V.

Robert Andreas Hesse

Geschäftsführender Gesellschafter
Möbel Hesse GmbH

Marc Knackstedt

Vorstandsvorsitzender
Öffentliche Sachversicherung Braunschweig

Natalia Kontsour-Selivanov

Geschäftsführerin
Schlütersche Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG

Hanns-Heinrich Köhler

Vorsitzender
Familienbetriebe Land und Forst Niedersachsen

Mathias Krage

Geschäftsführer
Krage & Gerloff Logistik GmbH

Anette Kurtz

Leiterin People Management & Organisation
Martin Braun Backmittel und Essenzen KG

Harald Kusserow

Geschäftsführer
Kusserow Garten- und Landschaftsbau

Lutz Martens

Vorsitzender der Geschäftsführung
Maximum Personalmanagement GmbH

Bernd Meurer

Vizepräsident
bpa Arbeitgeberverband e.V.

Volker Meyer

Geschäftsführer
Heinrich Meyer-Werke Breloh GmbH & Co. KG

Torsten Muscharski

Director Human Resources
Global Labour Relations
VOLVO CE

Philip Nelles

Mitglied des Vorstands
Continental AG

Wolfgang Niemsch

Geschäftsführender Gesellschafter
Lanico-Maschinenbau Otto Niemsch GmbH

Christof Rekers

Geschäftsführer
Rekers Betonwerk GmbH & Co. KG

Mike Schneider

Geschäftsführer
Peter Schneider Unternehmensgruppe
GmbH & Co. KG

Detlef Schröder

Präsident
DEHOGA Deutscher Hotel- und
Gaststättenverband Niedersachsen e.V.

Dr. Andreas Sennheiser

Geschäftsführender Gesellschafter
Sennheiser electronic GmbH & Co. KG

Torsten Wagner

Geschäftsführender Gesellschafter
Wagner Group GmbH

Frank Wessels

Mitinhhaber
P. W. Wessels Wwe.



Die UVN-Hauptgeschäftsführung: Dr. Volker Müller, Christoph Meinecke und Benedikt Hüppe

Spitzenverband und Stimme der niedersächsischen Wirtschaft

Die UVN vertreten die niedersächsische Wirtschaft u. a. in folgenden wirtschafts- und sozialpolitischen Gremien:

Arbeitsmarkt/Beschäftigung

- Arbeitskreis Strukturwandel (BDA)
- Ausschuss Arbeitsmarkt (BDA)
- Ausschuss Landesvereinigungen Arbeitsmarkt (BDA)
- Beirat der Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen
- Beirat des IQ-Netzwerks Niedersachsen-Bremen
- Beirat der Jugendberufsagenturen
- Bündnis Niedersachsen packt an
- Demografieagentur für die niedersächsische Wirtschaft GmbH
- Fachkräfteinitiative des Landes Niedersachsen
- Programmkomitee Horizons by Heise zur digitalen Arbeitswelt

Arbeitsrecht

- Landesarbeitsgericht Hannover
- Landesarbeitskreis für Arbeitssicherheit
- Landestarifausschuss
- Ausschuss für Arbeitssicherheit (BDA)

- Ausschuss der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Landesarbeitsgericht Niedersachsen
- BDA-Projektgruppe Legal Tech
- Beratender Ausschuss (Richterwahl-ausschuss) beim Niedersächsischen Justizministerium und beim Landes-sozialgericht Niedersachsen-Bremen

Soziales/Gesundheit

- Arbeitsgemeinschaft Europamonitoring KMU UA Chancengleichheit
- Aufsichtsrat AOK-Bundesverband
- Beirat für Arbeitssicherheit und Arbeitsschutz beim Niedersächsischen Sozialministerium
- Bundesvertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung (DRV) Bund
- Vorstand der Vertreterversammlung Deutsche Rentenversicherung (DRV) Braunschweig-Hannover
- Fachkommission Inklusion beim Niedersächsischen Sozialministerium
- FrauenORTE Niedersachsen, Landesfrauenrat Niedersachsen

- Koordinierungskreis Niedersachsen hält zusammen
- Niedersachsen-Ring – Landesbeirat zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Niedersachsen
- Niedersächsischer Landesbehindertenbeirat
- Stiftung *Hilfe für Familien in Not*
- UVN Dialogkreis Pflege
- Verwaltungsrat AOK Niedersachsen
- Verwaltungsrat GKV-Spitzenverband
- Verwaltungsrat Medizinischer Dienst Niedersachsen
- Verwaltungsrat Techniker Krankenkasse
- Verwaltungsrat Kaufmännische Krankenkasse (KKH)
- Schiedsstelle SGB XI
- Sozialwahl: Landeswahlausschuss beim Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung; Wahlausschuss bei der DRV BS-H; Wahlausschuss bei der KKH; Wahlausschuss bei der AOK
- Widerspruchsausschuss Deutsche Rentenversicherung Bund
- Widerspruchsausschuss Gleichstellung behinderter Menschen gemäß § 120 SGB IX (Regionaldirektion BA)

Die Unternehmerverbände Niedersachsen e.V. (UVN) sind die Spitzenorganisation für 100 Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Niedersachsen. Als Sozialpartner vertreten wir die Interessen der in unseren Mitgliedsverbänden zusammengeschlossenen, mehr als 150.000 Unternehmen gegenüber Parlament, Regierung, politischen Parteien und Gewerkschaften auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene.

Unsere Mitglieder, u. a. aus den Bereichen Industrie, Handel, Dienstleistungen, Handwerk und Landwirtschaft, unterstützen wir bei allen

verbandspolitischen Anliegen. Wir sorgen für einen Erfahrungs- und Informationsaustausch, nehmen Stellung zu Gesetzesentwürfen, engagieren uns in politischen Gremien und setzen Projekte bzw. Initiativen um.

Gemeinsam mit unseren Mitgliedern erarbeiten wir branchen- und regionenübergreifende Positionen der niedersächsischen Wirtschaft.

Die Unternehmerverbände Niedersachsen sind als niedersächsische Dachorganisation außerdem die Landesvertretung der Bundesvereini-

gung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V. (BDA) und die Landesvertretung des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V. (BDI) sowie des Zentralverbands Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI). ■



Bildung

- Arbeitsgemeinschaft der Bildungswerke der Deutschen Wirtschaft e.V. (ADBW)
- Arbeitskreis Berufsbildung (BDA/BDI)
- Arbeitskreis Hochschule Wirtschaft (BDA)
- Ausschuss Bildung (BDA/BDI)
- Ausschuss Landesvereinigungen Bildungspolitik (BDA)
- Bündnis Duale Berufsausbildung
- Fachbeirat der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung
- Landesorganisation SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen
- Landesausschuss für Berufsbildung (LABB)
- Landesschulbeirat

Klima/Nachhaltigkeit

- 8. Niedersächsische Regierungskommission
- Beirat der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen (KEAN)
- Förderverein Nachhaltige Wirtschaft (FNW)
- Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit (NAN)
- Niedersächsisches Wasserstoff-Netzwerk (NWN)

Wirtschaft

- Ausschuss Emissionsschutz
- Ausschuss Steuern (BDI)
- Ausschuss Umwelt, Technik, Nachhaltigkeit (BDI)
- Ausstellerbeirat HANNOVER MESSE
- Aufsichtsrat IdeenExpo
- Aufsichtsrat Porzellanmanufaktur Fürstenberg GmbH
- Beirat ADAC Niedersachsen/Sachsen-Anhalt
- Beirat Innenstadtdialog
- Beirat Innovation Center
- Beirat Mittelstand und Handwerk
- Beirat Nationalpark Harz
- Beirat der NBank – Investitions- und Förderbank Niedersachsen
- Beirat des Zentrums für digitale Innovationen (ZDIN)
- Beirat Zukunft und Innovation Niedersachsen
- Bündnis bezahlbares Wohnen beim Niedersächsischen Wirtschaftsministerium
- Runder Tisch Brexit beim Niedersächsischen Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung

- IPH Beirat – Institut für Integrierte Produktion Hannover
- ITS Automotive Nord GmbH
- Landeskreditausschuss
- Mittelständische Beteiligungsgesellschaft (MBG) mbH
- Multifonds-Begleitausschuss (ESF, EFRE)
- Niedersächsischer Wirtschaftspreis Mittelstand und Handwerk
- Regierungskommission für eine moderne Verwaltung in Niedersachsen
- Senat Deutsche Industrieforschungsgemeinschaft Konrad Zuse e.V.
- Unternehmerkuratorium Nord
- Verein Wirtschaft in der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Wolfsburg-Göttingen GmbH

Medien

- NDR Rundfunkrat
- NDR Verwaltungsrat
- Versammlung der Niedersächsischen Landesmedienanstalt (NLM)

UVN-Beteiligungen u. a. an folgenden Organisationen:

- Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft gGmbH (BNW)
- IdeenExpo GmbH
- Automotive Nord e. V.
- Dienstleistungsgesellschaft der Norddeutschen Wirtschaft mbH (DNW)
- Niedersachsen.digital e.V.
- Niedersächsische Bürgschaftsbank GmbH (NBB)
- Niedersächsische Gesellschaft zur Endlagerung von Sonderabfall mbH

Niedersachsen hat am 9. Oktober 2022 gewählt

Landtagspositionen, Video-Kampagne und Wahlprüfsteine transportieren Herausforderungen und Lösungsansätze der niedersächsischen Wirtschaft an ein breites Publikum



Mit unseren Positionen zur Landtagswahl überreichten wir den politischen Parteien am 26. April 2022 einen Maßnahmenkatalog für eine verlässliche, zukunftsweisende und wettbewerbsfähige Standortpolitik.

Zeitgleich startete unsere Video-Kampagne UVN Business Talk, in der unsere Unternehmerinnen und Unternehmer aus Vorstand und Präsidium in wöchentlichen Interviews über die Herausforderungen in ihren Betrieben, Lösungsansätze und Perspektiven sprachen. Gemeinsam mit den UVN Business Talks veröffentlichten wir die Kurzversionen UVN Blitzlichter auf unserer Website, YouTube und in den sozialen Medien. Die jeweils 31 Business Talks und Blitzlichter hatten beispielsweise auf YouTube insgesamt mehr als 250.000 Impressionen und wurden rund 73.000 mal aufgerufen.

Mitte September veröffentlichten wir unsere Wahlprüfsteine, die von den vier im Landtag vertretenen demokratischen Parteien SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen beantwortet wurden.



UVN
Blitzlicht



UVN
Business Talk

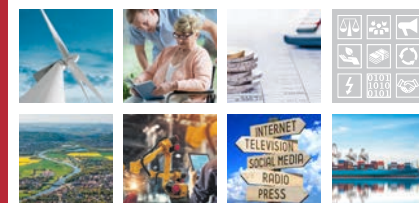
wortet wurden. Parallel dazu starteten wir einen Aufruf zur Wahlbeteiligung.

Die Landtagswahl fiel in eine wirtschaftlich sehr schwierige Phase, viele wichtige Projekte und Entscheidungen wurden aufgeschoben. Die neue rot-grüne Koalition konnte sehr schnell einen Koalitionsvertrag vorlegen und unter Ministerpräsident Stephan Weil mit dem Regieren starten.

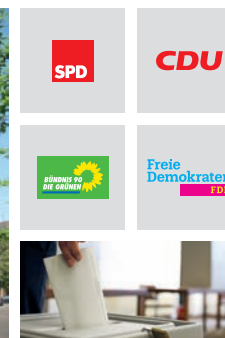
Wir sind kontinuierlich im Gespräch mit unterschiedlichsten Ministerien, um kein Unternehmen im Zuge der vielen Krisen und der Umsetzung der Transformation zu verlieren. Dabei erleben wir engagierte und aufgeschlossene Ministerinnen und Minister. ■



Positionen der Wirtschaft zur Landtagswahl in Niedersachsen 2022



Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Niedersachsen 2022



Diese Krisen zeigen, was wir gemeinsam leisten können

12. Tag der niedersächsischen Wirtschaft (TDNW) – der Arbeitgebertag für Niedersachsen am 23. November 2022

Seit drei Jahren befinden sich Gesellschaft und Wirtschaft in einem Krisenzustand. Corona-Pandemie, Krieg, gestörte Lieferketten, Inflation, explodierende Energie- und Rohstoffpreise haben unsere Unternehmen geschwächt. Der Fachkräftemangel, steigende Zinsen und Arbeitskosten sowie wachsende Bürokratie verschärfen die Situation zusätzlich.

Gemeinsam mit mehr als 350 Top-Entscheiderinnen und Entscheidern aus niedersächsischen Unternehmen und der Landespolitik sprachen wir über Lösungsansätze und Wege aus dem Krisenmodus. In seiner Begrüßung versicherte UVN-Präsident und Unternehmer Werner M. Bahlens, dass Unternehmer stets Mittel und Wege suchen, um in Krisen zu bestehen. Der Austausch mit der Politik und eine moderne, schnelle Verwaltung beispielsweise für Genehmigungen oder Anerkennungsverfahren seien extrem wichtig, wachsende Re-

gulierungen, Bürokratie und Einschränkungen der unternehmerischen Freiheit jedoch mehr als hinderlich. „Wir wünschen uns von der Politik, dass sie uns unseren Job machen lässt. Damit wir produzieren und in die Zukunft investieren, damit wir Arbeitsplätze erhalten und zusätzliche schaffen können.“

Minister Olaf Lies (Nds. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung) versicherte, dass es die Aufgabe dieser Landesregierung sei, die niedersächsische Wirtschaft durch diese Zeit zu begleiten und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Das bedeute Unterstützung für die besonders von der Energiepreisexplosion betroffenen Unternehmen sowie eine sichere und verlässliche Energieversorgung. „Wie das gelingen kann, zeigen wir gerade mit dem ersten LNG-Terminal für Deutschland in Wilhelmshaven. Diese Krise zeigt, was wir gemeinsam zu leisten im Stande sind. Und wir legen jetzt die



Basis für die Transformation unserer Wirtschaft hin zu Klimaneutralität, mehr Digitalisierung und den damit verbundenen neuen Geschäftsfeldern. Dabei werden wir mit einer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik diesen Transformationsprozess begleiten. Das ist nicht die Zeit für falsche Sparsamkeit. Wir müssen uns jetzt aus dieser Krise herausinvestieren.“

Dr. Ariane Reinhart (Continental AG) und Marion Rövekamp (EWE AG) legten den Finger in die Wunde beim Thema Fachkräfte, ohne die die Transformation nicht zu bewältigen sei. Marion Rövekamp unterstrich, dass der Weg aus der Krise Klimaneutralität heiße und nur mit Erneuerbaren und den dazu notwendigen Fachkräften beschritten werden könne. Dr. Ariane Reinhart zeigte exemplarisch, wie die Continental AG mit Initiativen wie dem Continental Institut für Technologie und Transformation, als Mitglied der Allianz der Chancen und einer ambitionierten Nachhaltigkeitsstrategie für eine Transformation mit Perspektive sorge.

In der anschließenden Podiumsdiskussion ordnete Dany Schrader (Hannoverscher Allgemeinen Zeitung) die Rolle der Qualitätspresse ein, die in Zeiten wachsender Informationskanäle eine besondere Verantwortung habe: So müsse Journalismus nicht Politik machen, sondern Politik und die Welt erklären. Und der Politik die richtigen Fragen stellen. ■



Aufzeichnung
TDNW 2022

Fotos © Marcus Prell/UVN



Zeitgemäße Vorschriften und Entbürokratisierung lassen auf sich warten

Arbeitsrecht, Sozialpolitik und Beschäftigung stehen in einem engen Zusammenhang und haben großen Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. So beschäftigten uns im vergangenen Jahr geplante Regulierungen beispielsweise zum Whistleblowing und zur Aufzeichnung von Arbeitszeiten. Eine international konkurrenzfähige und global agierende Wirtschaft benötigt stattdessen zeitgemäße arbeitsrechtliche Vorschriften wie eine Flexibilisierung der Arbeitszeitregelungen und digitale Erleichterungen in der Verwaltung von Arbeit wie eine

moderne Zeiterfassung und digitale Signaturen.

Auch die Modernisierung der sozialen Sicherungssysteme und insbesondere der beitragsfinanzierten Sozialversicherung ist zwingende Voraussetzung für ein dauerhaft finanzierbares und leistungsfähiges Sozialsystem. Zu hohe Beitragssätze, die sich direkt in noch höheren gesetzlichen Personalzusatzkosten niederschlagen, sind schädlich für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, das Wirtschaftswachstum und die Beschäf-

tigungszahlen. Druck entsteht insbesondere für die gesetzliche Rentenversicherung und die Pflegeversicherung. Weitere Strukturformen sind unabdingbar, um die Finanzierbarkeit der Systeme zu gewährleisten.

Das Arbeitsrecht liegt nicht in der originären Verantwortung des Landesgesetzgebers. Die Landesregierung hat jedoch nicht zuletzt durch den Bundesrat einen erheblichen Einfluss auf diese überwiegend bundespolitischen Entwicklungen. ■

May the 4th be with you

Workshop Zukunft der Verbände am 4. Mai 2023

Gemeinsam mit unseren Mitgliedern beschäftigen wir uns in dieser Veranstaltungsreihe mit Zukunftsthemen für Verbände.

Aufgeteilt in zwei Workshops begleitete Lisa Budde, Abteilungsleiterin für Nachhaltigkeit und Gesundheit, die *Querschnittsthemen in der Verbandsarbeit der nächsten 10 Jahre*. Impulsgeber dieser Session waren Dieter Schnittjer, Geschäftsführer des Verbands der Baubranche, Umwelt- und Maschinentechnik e.V. (VdBUM) und Nils Tychewicz, Geschäftsführender Gesellschafter DTO Research, die die Ergebnisse ihrer qualifizierten Verbands-umfrage zum Thema vorstellten.

Workshop zwei leitete Christoph Meinecke, stellvertretender UVN-Hauptgeschäftsführer und Abteilungsleiter für Arbeits- und Sozialrecht. Gemeinsam näherten sich die Workshop-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer mithilfe des Impulsvortrags *Künstliche Intelligenz in der Rechtberatung und Kommunikation* von Michael Friedmann, Geschäftsführender Gesellschafter der QNC GmbH, der Frage, ob und wie der Chat-GPT die Rechts- und weitere Abteilungen unterstützen kann. ■

Foto © StockPhotoPro/Stock.adobe.com

Verschärfte Tarifkonflikte in wirtschaftlich stark angespannten Zeiten

Seit dem zweiten Halbjahr 2022 erleben wir intensive Tarifverhandlungen. Den Start machte die chemische und pharmazeutische Industrie, es folgten Metall- und Elektroindustrie, schließlich schloss der Öffentliche Dienst ab. Weitere Einigungen im Großhandel, im Einzelhandel oder in der Süßwarenindustrie folgten.



Im Gespräch berichtet Lena Ströbele, Vizepräsidentin und Verhandlungsführerin von NORDMETALL e.V., über die Tarifverhandlungen der Metall- und Elektroindustrie und eine Lösung, die angeschlagene sowie gesunde Unternehmen gleichermaßen berücksichtigt.

Frau Ströbele, Sie haben im Herbst 2022 für Nordmetall die Tarifverhandlungen geführt. Die IG Metall forderte 8 Prozent. Wie sah Ihr Angebot aus und welche Rolle hat der Pilotbezirk gespielt?

Wir haben der Gewerkschaft Ende Oktober angeboten, eine Inflationsausgleichsprämie in Höhe von insgesamt 3.000 Euro für eine Laufzeit von 30 Monaten zu zahlen. Und wir haben deutlich gemacht, dass wir bei einer langen Vertragslaufzeit zusätzlich auch über eine Tabellenerhöhung sprechen können. Es hat dann einige Wochen gedauert, bis wir Mitte November im Pilotbezirk Baden-Württemberg die Einigung erzielen konnten.

Die wirtschaftliche Situation der Unternehmen ist zurzeit sehr heterogen, die Entwicklung schwierig einzuschätzen. Wie sehr konnten Sie darauf im Verhandlungsergebnis Rücksicht nehmen?

Die Einigung über die Inflationsausgleichsprämie in Höhe von zweimal 1.500 Euro sowie eine Tabellenerhöhung von insgesamt 8,5 Prozent in zwei Stufen hätte Unternehmen, denen es schlecht geht, vor sehr große Her-

ausforderungen gestellt. Wir konnten hier mit verschiedenen Bausteinen vorbeugen: Zum einen haben wir eine automatische Differenzierung vereinbart, die es Betrieben ermöglicht, einen Betrag von ungefähr 600 Euro zunächst zu verschieben und sodann bei einer Nettoumsatzrendite von unter 2,3 Prozent entfallen zu lassen; dies ist eine einseitige Entscheidung des Arbeitgebers. Zum anderen konnte erreicht werden, dass die Inflationsausgleichsprämie flexibel ausgezahlt und damit ihre bilanzielle Wirkung gesteuert werden kann, was vielen Unternehmen aufgrund der wirtschaftlich angespannten Situation sehr wichtig war. Und schließlich haben wir eine Prozessbeschreibung erstellt für den Fall der weiteren Verschärfung der Energiekrise. Das war ein hartes Stück Arbeit in den Verhandlungen, aber es hat sich gelohnt.

Sie haben in einem Interview gesagt, Warnstreiks verschwenden nur Zeit und Geld. Haben sich Einsatz und Konsequenzen dieses Instruments verändert?

Ja, insbesondere durch die Tagesstreiks, die vor allem große Betriebe mit komplexen Pro-

dukten und Logistikstrukturen stark treffen. Die Gewerkschaft nutzt das rigoros aus, um bestehende Mitglieder zu binden und neue Mitglieder zu gewinnen. Wir sollten in der Tat Wege suchen, dass der Streik wieder stärker als letztes Mittel zur Konfliktschlichtung gesehen wird, nachdem alle anderen Wege ausgeschöpft wurden. Ziel sollte sein, wieder ein Gleichgewicht zwischen den Sozialpartnern in den Tarifrunden herzustellen. Deutschlands global vernetzter Industrie würde das helfen, ihre bedrohte Spitzenposition zu verteidigen. Und je geringer der Krawall, mit dem ein Tarifergebnis erzielt wird, umso attraktiver wird für die Arbeitgeber die Tarifbindung.

Herzlichen Dank für das Gespräch! ■

Tarifautonomie stärken und Unabhängigkeit der Mindestlohnkommission wahren

Mit der Tarifautonomie und dem Ringen von Gewerkschaften und Arbeitgebern um gute Kompromisse haben wir einen wichtigen Eckpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft geschaffen. Viele Menschen in Europa und weltweit beneiden uns um diese Praxis. Vor diesem Hintergrund verbieten sich Eingriffe in eine politische Findung des Mindestlohns und damit in die Arbeit der unabhängigen Mindestlohnkommission ebenso wie neue Vorgaben für Tariftreue Regelungen und gesetzliche Beschränkungen. Beides ist kontraproduktiv.

Auch sind ausbalancierte Tarifiergebnisse ein zentraler Baustein dafür, die Lohn-Preis-Spirale nicht weiter anzukurbeln. Zur Verantwortung der Sozialpartner gehören Tariflohnabschlüsse, die Beschäftigung sichern und

Unternehmertum nicht gefährden. Die aktuell diskutierte Arbeitszeitverkürzung als Instrument gegen Arbeitskräftemangel einsetzen zu wollen, ist wirtschaftlich verantwortungslos.

Trotz offensichtlicher Probleme vieler Unternehmen stellt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) gerade für 2023 fest, dass die Gewerkschaften deutlich aggressiver auftreten als zuvor. Streiks sollten aber nur das letzte Mittel sein, wenn am Verhandlungstisch keine Einigung erzielt werden kann. Deshalb ist eine gesetzliche Regelung des Arbeitskampfrechts dringend notwendig. Streiks mit hoher Drittbetroffenheit müssen endlich gesetzlich geregelt werden. Den Stillstand eines ganzen Landes können wir uns nicht mehr leisten. ■

Hinweisgeberschutzgesetz: Keine Belastungen über EU-Richtlinie hinaus

Ein angemessener Umgang mit Hinweisen ist essenziell. Belastungen über die entsprechende EU-Richtlinie hinausgehend sind aber abzulehnen. Ziel sollte ein Hinweisgeberschutz-Gesetz sein, das die Interessen von Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden gleichermaßen berücksichtigt.

Nachdem der im März vorgelegte Gesetzentwurf deutlich mehr Bürokratie und Kosten ein-

gebracht hätte und abgelehnt wurde, konnte der Vermittlungsausschuss aus Bundesrat und Bundestag am 9. Mai 2023 einen Kompromiss zum Schutz von Whistleblowern ausloten. So geht die deutsche Umsetzung leider weiterhin über die EU-Vorgaben hinaus, allerdings ist es dem Vermittlungsausschuss gelungen, die zwingende Verpflichtung zur Entgegennahme und Bearbeitung anonymer Meldungen entfallen zu lassen und Meldungen an interne Mel-



Foto © Vitrava_25/stock.adobe.com

INFO

DNW Service

Mit der Umsetzung der EU-Whistleblower-Richtlinie (Richtlinie 2019/1937) in ein deutsches Hinweisgebergesetz müssen private und öffentliche Unternehmen und Organisationen bei Erreichen bestimmter Voraussetzungen eine interne Meldestelle einrichten. Über unsere Dienstleistungsgesellschaft der Norddeutschen Wirtschaft (DNW) erhalten Mitglieder besondere Konditionen bei Experten zur Etablierung und zum Betrieb der geforderten internen Meldestelle und der dahinterliegenden Prozesse. Sprechen Sie uns an! www.dnw.digital

Arbeitszeitgesetz aus dem letzten Jahrhundert

Schon seit langem setzt sich die Wirtschaft dafür ein, dass das Arbeitszeitgesetz (ArbZG) modernisiert wird. Forderungen nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Arbeit, Globalisierung und nun auch New Work-Modelle erfordern mehr Flexibilität wie beispielsweise eine wöchentliche Höchst-arbeitszeit statt einer täglichen begleitet von flexibleren Ruhezeiten. Statt einem Schritt vorwärts machte die Bundesregierung in ih-

rem Referentenentwurf Anfang 2023 mit neuen Vorgaben wie einer minutengenauen Arbeitszeiterfassung am selben Tag jedoch gleich zwei Schritte zurück. Die etablierte Vertrauensarbeitszeit steht vor dem Aus und auf Unternehmen und Beschäftigte kommt ein hoher bürokratischer Aufwand zu. Damit belastet sie Unternehmen und Beschäftigte in wirtschaftlich angespannten Zeiten zusätzlich und schwächt den Wirtschaftsstandort. ■



Arbeitsmarkt ist kein Selbstläufer

Mit 3.117.400 Menschen wächst die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im März 2023 in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Prozent. Im Frühjahr 2023 ist die Zahl der Arbeitslosen in Niedersachsen um 1,7 Prozent auf 250.127 gesunken. Die Arbeitslosenquote lag bei 5,7 Prozent. Vor allem durch die Erfassung der Geflüchteten aus der Ukraine ist sie im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 12,2 Prozent gestiegen. Mit 78.283 offenen Stellen ist der Bedarf an Arbeitskräften in Niedersachsen jedoch nach wie vor hoch.

In den Krisen des Jahres 2022 war der Arbeitsmarkt stabil, und die arbeitsmarktpolitischen Instrumente wirkten. Bei der Bürgergeldreform konnte man die größten Schwachstellen beseitigen. Vorschläge der Wirtschaft wie zur Entbürokratisierung des Kurzarbeitergeldes und zur Reform der Fachkräfteeinwanderung wurden aufgegriffen.

Die strukturellen Probleme des Arbeitsmarktes bleiben jedoch. Deshalb müssen die Arbeitsmarktpartner weiter gemeinsam und mit aller Kraft Menschen für offene Stellen be-

geistern, Rahmenbedingungen verbessern, damit Teilzeit-Beschäftigte in Vollzeit arbeiten und Unternehmen verlässlich Flüchtlinge ausbilden und beschäftigen können, Qualifizierung und Weiterbildung fördern, Frühverrentungsanreize abschaffen und die Fachkräftezuwanderung beschleunigen. ■



André Schulte-Südhoff
Landesvorsitzender DIE FAMILIEN-
UNTERNEHMER e.V. Niedersachsen

„Die Arbeitszeit muss dringend flexibilisiert werden. In einer modernen Arbeitswelt braucht es anstelle einer täglichen eine wöchentliche Höchstarbeitszeit. Eine solche käme sowohl Unternehmen als auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern entgegen, denn starre Arbeitszeiten bremsen oft nicht nur das Unternehmen aus, sondern sind auch mit dem Familienleben der Beschäftigten schlecht vereinbar.“

ZITIERT

Frauen am Arbeitsmarkt: Klischees über Bord werfen und Vereinbarkeit schaffen

Die Entwicklung der letzten Jahre stimmt grundsätzlich positiv: Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Frauen stieg laut Regionaldirektion Niedersachsen von 2018 bis 2022 um 6 Prozent. Dennoch nahmen 2022 in Niedersachsen nur 58 Prozent der erwerbsfähigen Frauen aktiv am Arbeitsmarkt teil. Und davon arbeitete die Mehrheit nur in Teilzeit. 16 Prozent der arbeitslosen Frauen in Niedersachsen sind alleinerziehend, 1,2 Prozent der arbeitslosen Männer.

In den vergangenen Jahren hat sich bereits vieles verändert. In Hochschulen und auch in Ausbildungsberufen treffen wir deutlich mehr Frauen an als noch vor ein paar Jahren. In Stellenausschreibungen und Führungsetagen wird stärker nach Frauen gesucht. Doch noch immer unterscheiden sich die Erwerbsbiografien von Frauen und Männern und in vielen Köpfen dominieren alte Klischees. Über das Berufsleben hinweg spiegelt sich dies in Karriereverläufen, Gehältern und Rentenansprüchen wider.

Zu gleichen Arbeitsmarktchancen können Politik, Wirtschaft und Gesellschaft etwas beitragen: Zunächst einmal muss sich die Haltung gegenüber partnerschaftlicher Aufgabenteilung und berufstätigen Müttern in der Gesellschaft verbessern. Gelebte Vorbilder beschleunigen diesen Prozess und schaffen Verständnis, deshalb braucht es mehr Frau-

en in Führungspositionen. Anreize zur Ausweitung der Erwerbstätigkeit müssen stärker gefördert werden. Dringend braucht es einen beschleunigten Ausbau verlässlicher Betreuungsangebote. Chancengleichheit und klischeefreie Berufswahl sollten frühzeitig im Bildungssystem gefördert werden.

Für Frauen und Männer, die Beratungsbedarf für einen Wiedereinstieg in den Beruf haben, gibt es die Beauftragten für Chancengleichheit (BCA) in den Arbeitsagenturen und Jobcentern. Die BCA beraten auch Unternehmen bei der Umsetzung von Chancengleichheit wie zum Beispiel der praktischen Umsetzung von familienfreundlichen Arbeitsbedingungen. ■

Bürgergeld schafft wenig Arbeitsanreize für Langzeitarbeitslose

Besondere Sorge bei der Vermittlung bereiten der Bundesagentur für Arbeit Langzeitarbeitslose. Von den 89.038 Langzeitarbeitslosen in Niedersachsen haben 64 Prozent keinen Berufsabschluss.

Leider setzt auch das neue Bürgergeld mit höheren Regelsätzen und eingeschränkten Sanktionsmechanismen gerade für Langzeitarbeitslose gefährliche Anreize zum Ver-

Trainingsprogramm *Frauen in Führung*

Das Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft (BNW) und die UVN führen gemeinsam ein maßgeschneidertes Trainingsprogramm rund um zentrale Future Skills von Frauen mit (künftiger) Führungsverantwortung durch. Es thematisiert die relevanten Führungsthemen der Gegenwart und Zukunft und verbindet sie mit Impulsen sowohl für klassisches als auch zunehmend virtuell geprägtes Führungsverhalten.

Frauen in Führung hat mit zukunftsweisen Themen, modernen Lernkonzepten und der Expertise erfahrener Trainerinnen den Erfolg als weibliche Führungskraft im Fokus. Die UVN ermöglichen darüber hinaus Zugang zu einem umfangreichen Netzwerk mit regelmäßigen Treffen und wertvollen Insights



aus der Unternehmenspraxis. Informieren Sie sich gleich und machen Sie mit! Mit Jasmin Arabian-Vogel hat das Programm eine erfolgreiche niedersächsische Unternehmerin und Präsidentin des Verbands deutscher Unternehmerinnen als Schirmherrin. ■



Um frühzeitig ein ganzheitliches Angebot zu schaffen, müssen Jobcenter außerdem ihr Initiativrecht gegenüber Bundesagentur für Arbeit, Rentenversicherung und Krankenkassen für eine optimale Abstimmung nutzen. Leistungsbezieher sollten konsequent unterstützt und individuell durch den Angebotskatalog geführt werden. ■

Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber (EAA)

Beratung für alle Anliegen zur beruflichen Inklusion

Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber bei der Ausbildung, Einstellung und Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen informieren, beraten und unterstützen – das ist das Ziel der *Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber*. Als zentrale Anlaufstelle bei allen Fragen rund um die berufliche Teilhabe baut das Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft gemeinnützige GmbH (BNW) die Einheitlichen Ansprechstellen (EAA) in Niedersachsen derzeit an sechs Standorten auf.

Mit dem neuen Teilhabestärkungsgesetz und der Aufnahme des § 185a in das Sozialgesetzbuch IX zum 1. Januar 2022 ist die Einrichtung *Einheitlicher Ansprechstellen für Arbeitgeber* (EAA) bindend. Diese sollen als zentrale Ansprechpartnerinnen und -partner für Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber bei allen Fragen rund um die berufliche Inklusion dienen. Durch unklare Zuständigkeiten, hohen bürokratischen Aufwand sowie die Vielzahl an unterschiedlichen Fördermöglichkeiten agieren Arbeitgebende noch häufig zurückhaltend bei Neueinstellungen von Schwerbehinderten. In Niedersachsen erfüllten 2021 37,1 Prozent der dazu verpflichteten Unternehmen die Beschäftigungspflicht schwerbehinderter Menschen.

Wichtig für eine stärkere Beschäftigung ist ein passgenauer Matching-Prozess von Bewerbenden und Arbeitsplätzen. Das lässt sich



aber nicht erzwingen, weshalb die Anfang 2023 geplante massive Erhöhung der Ausgleichsabgabe für Arbeitgeber völlig untauglich ist.

Genau an dieser Stelle fungiert die EAA als Lotse und führt Unternehmen durch den Informationsdschungel.

Kontaktieren Sie das BNW per E-Mail unter eea-niedersachsen@bnw.de und erhalten Sie einen persönlichen Kontakt in Ihrer Region. Um mit Ihrem Unternehmen individuelle Wege zu finden, steht Ihnen außerdem auch der Arbeitgeber-Service der Bundesagentur für Arbeit unter 0800 4 5555 20 zur Verfügung. Die Palette der Förderinstrumente ist breit und reicht von Qualifizierung sowie Gehaltszuschüssen für Unternehmen bis hin zur Unterstützung bei technischer Ausstattung. ■



Website der EAA

35 Jahre Wirtschafts- und Verwaltungsvolontariat

Das Wirtschafts- und Verwaltungsvolontariat Niedersachsen ist eine Kooperation zwischen der niedersächsischen Wirtschaft und der Niedersächsischen Landesregierung und gilt als besonderes Instrument der Personalentwicklung. Der Erfahrungsaustausch ermöglicht seit 1988 jährlich etwa 30 bis 40 Führungskräften der öffentlichen Verwaltung und privatwirtschaftlicher Unternehmen einen Einblick in die jeweils anderen Tätigkeitsbereiche. Das Verwaltungsvolontariat findet über einen Zeitraum von zwei Wochen in der Regel im Oktober oder November jedes Jahres statt.

Nach zwei Jahren pandemiebedingter Pausen konnten im Herbst 2022 endlich wieder Führungskräfte aus niedersächsischen Wirtschaftsunternehmen ein Verwaltungsvolontariat in der niedersächsischen Landesverwal-



tung absolvieren und im Frühjahr 2023 das Wirtschaftsvolontariat ausrichten. Die Volontariate organisieren wir gemeinsam mit dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport. ■



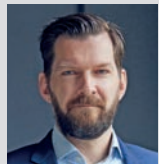
Träge Verwaltungsprozesse bremsen Fachkräftezuwanderung aus

In ihrem Gesetzentwurf zur Fachkräteeinwanderung mit einer Fachkräfte-, einer Erfahrungs- und einer Potenzialsäule sieht die Bundesregierung wichtige rechtliche Änderungen vor.

Die eigentliche Herausforderung besteht aber weiterhin: Ohne schnellere Verwaltungsprozesse und stark verkürzte Wartezeiten auf Behördentermine im In- und Ausland wird die Bundesregierung ihr Ziel, jedes Jahr bis zu 65.000 Erwerbstätige mehr aus Drittstaaten nach Deutschland zu holen, nicht einhalten können. Interessierte Fachkräfte dürfen nicht

ewig in der Warteschlange verharren. Hier beginnt bereits die Willkommenskultur!

Und dabei bleiben diese Ziele noch weit unter dem prognostizierten Bedarf. Laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung benötigt Deutschland pro Jahr bis zu 350.000 Arbeitskräfte aus Drittstaaten, um die Fachkräftelücke zu schließen. Damit unsere Unternehmen die notwendige Planungssicherheit haben, braucht es reibungslose, effiziente und transparente Abläufe sowie erreichbare und verlässliche Kontakte in den zuständigen Behörden und Ämtern. ■



Markus Suchert
Hauptgeschäftsführer Bundesverband der Systemgastronomie e.V. (BdS)

ZITIERT

„Gerade meine Branche ist auf Arbeitskräfte angewiesen, die wir seit Jahren vermehrt und gezielt aus dem Ausland anwerben. In unseren Mitgliedsrestaurants arbeiten Menschen aus über 120 Nationen. Deshalb muss es zukünftig einfach und unbürokratisch möglich sein, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Westbalkan oder weiteren Drittstaaten zu gewinnen.“

Gespräche mit jordanischem Arbeitsminister und Ingenieurskammer über Fachkräftezuwanderung

Um Mitgliedern bei der Besetzung von offenen Stellen zu helfen, gingen die UVN mit ihrer Tochtergesellschaft DNW im August 2022 neue Wege. Hierzu wurde ein Pilotprojekt gestartet, um Fachkräfte im Ausland zu gewinnen.

So war der damalige Geschäftsführer unserer Dienstleistungsgesellschaft DNW mit ei-

ner kleinen Delegation zu Besuch in Jordanien und sprach mit dem dortigen Arbeitsminister, dem Royal Court, Hochschulen, jordanischen Ingenieuren und ihrer Ingenieursvereinigung. Gerade bei gut ausgebildeten Ingenieuren erlebt das Land eine Arbeitslosigkeit von teils 25 Prozent. Dieses Potenzial gilt es zu nutzen. Im Rahmen der Reise bestätigten sich zwei

wesentliche Probleme: die knappe personelle Kapazität der visagebenden Botschaften in den Ländern sowie fehlende klare, einheitliche Regelungen der Anforderungen an Sprache. Wenn die Bundesregierung die Zuwanderung vereinfachen und vor allem beschleunigen will, muss hier nachgearbeitet werden. ■



Am 27. Juni 2023 vereinbarten Niedersachsens Arbeitsminister Dr. Andreas Philippi für die Landesregierung, die Bundesagentur für Arbeit Niedersachsen, der DGB - Deutscher Gewerkschaftsbund, UVN, IHK Niedersachsen und die Handwerkskammern kurzfristig konkrete Maßnahmenpläne zur gezielten Fachkräteeinwanderung und Weiterbildung in der Transformation entwickeln zu lassen.

Fotos © Nds. Sozialministerium

Regionale Job- und Integrationsmessen des Bündnisses NIEDERSACHSEN PACKT AN

Laut Statistischem Landesamt leben knapp zwei Millionen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Niedersachsen, das entspricht rund 24 Prozent der Bevölkerung. Eine lange Geschichte gelebter Integration in Arbeit, Bildungssystem und Gesellschaft. Ein Vorbild für den Umgang mit Flüchtlingen, die Jahr für Jahr nach Niedersachsen kommen – und ein großer Erfahrungsschatz, wie Integration gelingen kann.

In Niedersachsen waren im Januar 2023 allein 21.036 Geflüchtete aus der Ukraine arbeitslos gemeldet. Eine Arbeitsstelle bietet nicht

nur ein geregeltes Einkommen und Sicherheit, sondern ist für geflüchtete Menschen ein guter Weg, sich in die Gesellschaft zu integrieren. Deshalb liegt ein großer Schwerpunkt der Integrationsarbeit auf Spracherwerb und Anerkennung von Abschlüssen, so dass die Geflüchteten nach und nach dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen werden. Das Land hat dazu das Sprachförderprogramm des Landes ausgeweitet.

Das Bündnis NIEDERSACHSEN PACKT AN veranstaltet seit Anfang 2023 gemeinsam mit den Ämtern für regionale Landesentwicklung



Niedersachsen
packt an

ZUSAMMEN.
MEHR.

sowie in Kooperation mit den regionalen Agenturen für Arbeit und Jobcentern, Kommunen, Unternehmen sowie weiteren Kooperationspartnern vor Ort in ganz Niedersachsen regionale Integrationsmessen, um Unternehmen mit Arbeitssuchenden zusammen zu bringen. ■

Website Regionale Job-
und Integrationsmessen



Lebensarbeitszeit an steigende Lebenserwartung anpassen

Durch die im Koalitionsvertrag vereinbarte und im Jahreswirtschaftsbericht für 2023 angekündigte dauerhafte Festschreibung des Rentenniveaus auf mindestens 48 Prozent wird der Druck auf den Beitragssatz verdoppelt. Zu dem in den Folgejahren ohnehin stark ansteigenden Altenquotienten käme dann noch das im Vergleich zur bisherigen Rentenanpassungsformel erhöhte Rentenniveau hinzu. Der Beitragssatz würde bis 2050 auf 25 Prozent steigen müssen. Ein Einfrieren des Rentenniveaus bei immer weiter steigenden Beiträgen hieße, allein die junge Generation mit den

Kosten des demografischen Wandels zu belasten. Über unseren Bundesverband BDA fordern wir zur Vermeidung dieser Entwicklung insbesondere folgende Maßnahmen:

Frühverrentungsanreize abschaffen

Dies entlastet die Rentenversicherung und steigert die Beschäftigung. Die *Rente mit 63* führt zu enormen Kosten im Rentensystem und ist sozial- und arbeitsmarktpolitisch nicht mehr zu verantworten. Im Jahr 2021 nutzten etwa 269.000 Frauen und Männer die *Rente mit 63*. Das waren ähnlich wie in den Vor-

jahren rund 31 Prozent der mehr als 858.000 neuen Altersrentnerinnen und -rentner. Die *Rente mit 63* sicherte sich damit erneut den zweiten Platz auf der Liste der populärsten Altersrenten. Die Möglichkeit, vor Erreichen der Regelaltersgrenze abschlagsfrei in Rente zu gehen, muss abgeschafft werden.

Lebensarbeitszeit verlängern

Die Dauer des Rentenbezugs hat sich in den letzten Jahrzehnten verdoppelt. Während die Rentenbezugsdauer im Jahr 1965 noch bei 10,5 Jahren lag, waren es 2021 über 20 Jah-

Digitalisierung der Pflegeversicherung von Beginn an

Über unseren Bundesverband BDA appellierten wir, bei der vorgeschlagenen Reform der Pflegeversicherung die Notbremse zu ziehen, damit gerade jetzt für die Beitragszahlenden mehr Netto vom Brutto bleibt und Unternehmen durch weiteren bürokratischen Aufwand nicht zusätzlich belastet werden.

Die Bundesregierung muss sich an ihr zugesagtes Belastungsmoratorium halten. Die Digitalisierungsperspektive muss von Anfang an mitgedacht werden. Erst wenn die notwendigen Daten digital durch eine zentrale Stelle für die Arbeitgeber zur Verfügung gestellt werden, darf die Differenzierung der Beiträge greifen – nicht vorher und nicht rückwirkend. ■

re. Diese längeren Bezugsdauern werden – erfreulicherweise – in besserer Gesundheit verbracht als früher. Die in Gesundheit verbrachten Lebensjahre ab dem Alter von 65 betrugen 2010 in Deutschland durchschnittlich noch 7 Jahre, 2020 waren es schon 11,1 Jahre, was bereits über dem EU-26-Schnitt liegt. Es muss daher rechtzeitig über eine weitere Anpassung des gesetzlichen Rentenalters entschieden werden. ■



Foto © gopixa/stock.adobe.com

Gesetzliche Krankenversicherung braucht Strukturreform

Die drohende Finanzierungslücke in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) kommt für niemanden überraschend. Deshalb wird die Gesundheitsversorgung für Beschäftigte und Arbeitgeber bei gleichen Leis-

tungen nun spürbar teurer. Dieser Schritt ist jedoch zu kurz gedacht, verantwortungslos und belastet die Beitragszahlenden. Für zukunftsfeste Strukturen braucht es jetzt dringend notwendige Reformen. ■

Mehr als 1.000 ehrenamtliche Richterinnen und Richter benannt

In der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit wirken ehrenamtliche Richterinnen und Richter mit. Als Listenführer dürfen und müssen die UVN diese alle fünf Jahre sowie bei Ausscheiden einzelner Ehrenamtlicher neu benennen. Aufgrund der Vielzahl an Benennungen ist die Suche eine große Herausforderung, gerade für unsere Mitgliedsverbände. Deshalb

danken wir, neben den ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern selbst, auch diesen ganz besonders für Ihre Unterstützung und Benennungen.

Die Kammern der Arbeitsgerichte und des Landesarbeitsgerichts sind mit einer Berufsrichterin oder einem Berufsrichter und zwei

ehrenamtlichen Richterinnen und/oder Richtern von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite besetzt. Mit Ende der derzeitigen Amtszeit von 5 Jahren in der Arbeitsgerichtsbarkeit haben wir als Listenführer im Jahr 2023 mehr als 1.000 ehrenamtliche Richterinnen und Richter neu benannt. Informationen zur Tätigkeit finden Sie in den QR-Codes. ■



Sozialwahl 2023
Für Rente & Gesundheit

UVN sind Listenführer

Rund 52 Millionen Versicherte, Rentnerinnen und Rentner entscheiden bei der Sozialwahl darüber, wer sie in der Rentenversicherung und bei den Krankenkassen in den Sozialparlamenten vertritt. Sie findet alle 6 Jahre statt und ist seit 70 Jahren fester Bestandteil unserer Demokratie. Die Bereitschaft zur Mitarbeit in diesem wichtigen sozial- und auch gesellschaftspolitischen Bereich hat einen hohen Wert für unsere soziale Marktwirtschaft.

Für die UVN bedeutet dies die Besetzung von Verwaltungsräten, Vertreterversammlungen, Vorständen und Widerspruchsausschüssen mit über dreihundert Menschen in Arbeitgeberstellung. Wir sind der sogenannte Listenführer für die AOK Niedersachsen, die Deutsche Rentenversicherung Braunschweig-Hannover und die KKH. Erstmals mussten die Gremien bei dieser Sozialwahl mit einer 40-Prozent-Geschlechterquote besetzt werden. Dies konnte mit der tatkräftigen Mithilfe unserer Mitgliedsverbände sicher gewährleistet werden, wofür wir uns herzlich bedanken. ■



**Arbeits-
gerichtsbarkeit**



**Sozial-
gerichtsbarkeit**

5. Hannoveraner Forum Unternehmensrecht – Environmental, Social, Governance

Austausch von Wissenschaft und Praxis am 25. April 2023
bei der Dirk Rossmann GmbH

Die Veranstaltungsreihe *Hannoveraner Forum Unternehmensrecht* wird von den UVN und dem Lehrstuhl für Zivilrecht, Europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht der Juristischen Fakultät der Universität Hannover bzw. der dortigen Forschungsstelle für Bank- und Kapitalmarktrecht sowie Kapitalmarktrecht ausgerichtet. Sie bietet eine Möglichkeit zum Austausch von Wissenschaft und Praxis über aktuelle Themen und bringt Studierende des Schwerpunktbereichs Unternehmensrecht der Juristischen Fakultät der Leibniz Universität Hannover und Rechtsabteilungsleitende zusammen.

Unser 5. Hannoveraner Forum Unternehmensrecht am 25. April 2023 stand im Zeichen von *Environmental, Social, Governance – Chancen und Herausforderungen erkennen*. Wir danken Stefan Kappe (Dirk Rossmann GmbH) für die Gastfreundschaft sowie unseren Experten Dr. Markus Lange (Partner bei Baker Tilly in Frankfurt a.M.) und Prof. Dr. Patrick Velte (Leuphana Universität Lüneburg) für ihre Impulse und eine spannende Diskussion über Nachhaltigkeitsrisiken in der Finanz- und Realwirtschaft und unternehmerische Nachhaltigkeitsregulierungen. Durch die Veranstaltung führte Agneta Wiedbrauk. ■



Mit dem Rad zur Arbeit

Aktiver Einsatz für die Gesundheit und die Umwelt: Berufstätige Niedersächsinnen und Niedersachsen konnten sich ab 1. Mai wieder an der beliebten Mitmachaktion *Mit dem Rad zur Arbeit* (MdRzA) beteiligen. Schirmherr der gemeinsamen Initiative von AOK und ADFC ist der Niedersächsische Sozial- und Gesundheitsminister Dr. Andreas Philippi. Neben dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung und dem ADFC unterstützen der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Unternehmerverbände Niedersachsen e.V. die sportliche Aktion.

Für Firmen, die dieses Ziel ebenfalls verfolgen, aber noch Infos dazu brauchen, bieten AOK und ADFC auch außerhalb der Aktion kostenfreie Seminare an. ■



Aktiv sein lohnt sich doppelt.

Die Gesundheit fördern und gewinnen. Ab Mai 2023 geht es wieder los. Einfach mit Ihrem Account anmelden oder neu registrieren. Mehr erfahren auf mdrza.de

Mit dem **RAD** zur Arbeit

Eine Initiative von ADFC und AOK

AOK Niedersachsen. Die Gesundheitskasse.



70 Jahre SCHULEWIRTSCHAFT

Am 27. und 28. März 2023 begrüßten wir die Bundesorganisation und Landesteamer unserer Initiative für Berufsorientierung SCHULEWIRTSCHAFT in Hannover. Seit 70 Jahren ist das Netzwerk aktiv, vernetzt Lehrkräfte, Schulen und Unternehmen und sorgt so für Berufsorientierung und Fachkräftepotenzial.

Das Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT feiert in diesem Jahr 70-jähriges Jubiläum und ist mehr up-to-date denn je. Wenn es SCHULEWIRTSCHAFT nicht schon gäbe, müsste man es heute neu erfinden. Mit Schulkooperationen, Schülerpraktika und auch Lehrerbetriebspraktika gibt es viele Ansatzpunkte für die Netzwerkarbeit: Zahlreiche Anfragen zur Nachwuchsgewinnung von Unternehmen und Verbänden zeigen, wie wichtig der Austausch und das Bekanntmachen von guten Beispielen ist. Daher beschäftigt alle engagierten Aktiven auch die Frage, wie das bestehende Angebot einerseits sichtbarer und andererseits weiter ausgebaut werden kann.

Marco Hartrich, Staatssekretär im Niedersächsischen Kultusministerium, lernte bei der Jubiläumsveranstaltung das Netzwerk kennen und erläuterte die niedersächsischen Pläne mit dem Vorhaben Bildung 2040. Insbesondere ging er auf die Verankerung der beruflichen Orientierung in den Schulen und die Freiräume zur Umsetzung von Projekten zwischen Schulen und Unternehmen ein. „Die Berufliche Orientierung hat für das Land Niedersachsen einen hohen Stellenwert. Sie unterstützt junge Menschen nicht nur bei der reinen Wissensvermittlung, sondern auch bei der Vorbereitung auf die Herausforderungen der Zukunft. Gleichzeitig macht die damit einhergehende, stets im Wandel befindliche Lebens- und Arbeitswelt die Berufswahl komplexer. Aus diesem Grund ist uns die Einbindung von externen Partnerinnen und Partnern, wie den UVN und dem Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT, so wichtig. Eine enge Verzahnung von Schule und Betrieben ist immer zum Vorteil der Schülerinnen und Schüler.“ ■



70 JAHRE
SCHULEWIRTSCHAFT
DANKE!

SCHULEWIRTSCHAFT schafft den direkten Draht zwischen Unternehmen und Schulen vor Ort



Im Gespräch mit Katrin Stumpfenhausen blickt diese voller Zuversicht auf die Initiative SCHULEWIRTSCHAFT. Sie ist seit 2022 Abteilungsleiterin für Bildung und Gesellschaftspolitik und Geschäftsführerin von SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen sowie seit vielen Jahren als Bildungsexpertin in Verbänden tätig.

Frau Stumpfenhausen, was charakterisiert SCHULEWIRTSCHAFT?

Die Initiative ist das Netzwerk für partnerschaftliche Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft – regional verankert, bundesweit vernetzt. Wir bringen Schulen und Unternehmen zusammen, damit Jugendlichen der Übergang in die Berufswelt und Unternehmen die Nachwuchssicherung gelingt. Getragen wird die Arbeit durch ein breites ehrenamt-

liches Engagement, das durch hauptamtliche Geschäftsstellen auf Landes- und Bundesebene unterstützt wird. Auf Bundesebene wird das Netzwerk von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln getragen, auf Landesebene von Dachverbänden und Bildungswerken der Arbeitgeber in Partnerschaft mit den Regionaldirektionen der BA und den Ministerien.

Und wie ist SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen aufgestellt?

In Niedersachsen arbeiten zwanzig regionale Netzwerke aus Lehrkräften, Schulen und Unternehmen zusammen. Die Netzwerke werden von der im Haus der UVN angesiedelten Geschäftsstelle SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen unterstützt und koordiniert. Unsere Bildungsausschuss-Vorsitzende Bianca Rosenhagen ist ebenfalls Vorsitzende von Seiten der Wirtschaft und als ehemalige Leiterin des Studienseminars Meppen ist Irmgard Pö-

SCHULEWIRTSCHAFT Geschäftsführerin Katrin Stumpfenhausen, Unternehmer Stefan Schmädke als NFTE-Juror sowie UVN-Praktikantin Christa Höltkemeier beim Network for Teaching Entrepreneurship (NFTE) Treffen in der IGS Linden.



Foto © Stefan Schmädke

ling Vorsitzende von Seiten der Schulen. Alle regionalen Verantwortlichen treffen sich regelmäßig zum Erfahrungs- und Projektaustausch.

Wie können wir uns die Arbeit von SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen ganz konkret vorstellen?

Ziele des Netzwerks sind die berufliche Orientierung und damit die Verbesserung der Übergangsquote von Schule in Ausbildung. Verbesserung und Stärkung der Schulqualität durch Eigenverantwortlichkeit und Qualifizierung sowie die Vermittlung von ökonomischer Bildung. Das Netzwerk wirkt direkt vor Ort in den Regionen. Deshalb organisieren Ehrenamtliche aus Schule und Wirtschaft in unseren zwanzig regionalen Netzwerken gemeinsam Betriebserkundungen, Bewerbungsschecks, Mentorenprogramme, Schülerpraktika, begleiten Schülerfirmen und stellen viele Aktionen mehr auf die Beine. Wir schaffen Berufsorientierung und damit den direkten Draht ins Unternehmen vor Ort. Davon profitieren Jugendliche, Schulen und Unternehmen gleichermaßen.

Weiterhin viel Erfolg dabei! ■

**SCHULEWIRTSCHAFT
Niedersachsen
in den Regionen**





Foto © Goradenkoff/stock.adobe.com

Wettbewerbsfaktor Bildung

Bildung hat für die niedersächsische Wirtschaft viele Dimensionen, die eng miteinander vernetzt sind. Beginnend beim Übergang von Schule zu Beruf braucht es zwischen Schulen, Berufsschulen, Hochschulen und Wirtschaft eng abgestimmte Lehrpläne für Berufsorientierung und IT-Kenntnisse in allen Schulformen. Notwendiges praxisnahes Wissen zieht sich weiter durch den dualen Zweig der Berufsschulen, in denen möglichst aktueller Lernstoff und praktische Einheiten vermittelt werden sollten.

Insbesondere die Transformation in allen Wirtschaftszweigen zwingt uns heute zur Weiterbildung, damit wir während unseres ge-

samten Berufslebens am Ball bleiben. Auch die Möglichkeiten der Teilqualifikation, als Unterstützung für junge Erwachsene ohne Berufsabschluss, bieten Unternehmen die Chance, neue Fachkräfte zu gewinnen. Die generelle Offenheit gegenüber Veränderung und Neuem sollte so früh wie möglich gefördert werden. So wird lebenslanges Lernen positiv belegt.

Die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems und damit die Möglichkeiten der beruflichen Weiterentwicklung bieten heutzutage viel Spielraum und sind keine Einbahnstraße. Deshalb sollte die Duale Berufsausbildung die gleiche Anerkennung wie die akademische Bildung erfahren. ■

ZITIERT



Gaby Eberts
Geschäftsführerin Wirtschaftsverband
Gartenbau Norddeutschland e.V.

„Um den Fachkräfte-Engpass der Grünen Berufe zu stoppen, müssen die Anstrengungen bei der Lehrkräftebildung intensiviert werden. Dazu zählen die Stärkung der Studienstandorte für Agrar- und Gartenbauwissenschaften, eine stärkere Vereinheitlichung in der Lehramtsausbildung und niedrigere Hürden für Quereinsteiger. Weitere Potenziale sehen wir außerdem in der Meister- und Techniker Ausbildung als Hochschulzugangsvoraussetzung für das Lehramt. Dabei muss sichergestellt werden, dass pädagogische Inhalte und Methoden ausreichend vermittelt werden.“

SAVE THE DATE

für den
UVN Bildungs-Summit
am 24. Januar 2024

MINT-Fachkräfte dringend gesucht

IdeenExpo 2024 wächst

Vom 8. bis zum 16. Juni werden auf dem Messegelände in Hannover wieder Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) erlebbar sein. Die IdeenExpo findet 2024 zum neunten Mal statt, und sie wächst weiter: Eine ganze Halle kommt diesmal hinzu. „Die IdeenExpo war noch nie so wichtig wie heute“, sagt der Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Volker Schmidt und verweist sowohl auf dramatische Zahlen in Bezug auf den Fachkräftemangel als auch auf die sinkende Zahl der Studienanfänger in den MINT-Fächern.

Auch im MINT-Frühjahrsreport 2023 des IW Köln wird der besorgniserregende Trend mehr als deutlich: Nach einem coronabedingten Rückgang im Jahr 2020 ist besonders die MINT-Fachkräftelücke wieder deutlich angestiegen. Bundesweit liegen in den MINT-Berufen im April 2023 insgesamt rund 496.500 zu besetzende Stellen vor. Gleichzeitig waren 190.570 Personen arbeitslos gemeldet, die gerne einem MINT-Erwerbsberuf nachgehen würden. Daraus lässt sich per unbereinigter Betrachtung ableiten, dass über sämtliche Anforderungsniveaus bundesweit mindestens 305.900 offene Stellen in MINT-Berufen nicht besetzt werden konnten. ■



rufen im April 2023 insgesamt rund 496.500 zu besetzende Stellen vor. Gleichzeitig waren 190.570 Personen arbeitslos gemeldet, die gerne einem MINT-Erwerbsberuf nachgehen würden. Daraus lässt sich per unbereinigter Betrachtung ableiten, dass über sämtliche Anforderungsniveaus bundesweit mindestens 305.900 offene Stellen in MINT-Berufen nicht besetzt werden konnten. ■

Rechtsanspruch Ganztagsbetreuung und Sprachförderung konsequent umsetzen

Chancengleichheit beginnt in der frühkindlichen Bildung – sowohl für Kinder als auch für berufstätige Eltern. Deshalb begleiten wir weiterhin die Landesregierung im Bereich frühkindlicher und schulischer Bildung. Denn zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ab 2026 fehlt es noch an allen Ecken und Enden. Immer häufiger kommt es zu Schul- und Betreuungsausfällen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird auf eine harte Probe gestellt.

Die systematische frühe Bildung ist der Hebel für mehr Chancen- und Bildungsgerechtigkeit. Globalisierung, Flüchtlingspolitik, Fachkräftezuwanderung verstärken die Notwendigkeit eines qualitativen und quantitativen Ausbaus unserer Betreuungs- und Bildungseinrichtungen mit hochwertigen Bildungsstandards, qualifiziertem Personal und ausreichendem Betreuungsschlüssel.

Ein guter Betreuungsschlüssel ist unabdingbar für die Qualitätsentwicklung und die individuelle und klischeefreie Förderung jedes Kindes. Um ausreichend Fachkräfte zu gewinnen, sollte Schulgeld endgültig abgeschafft und die praxisintegrierende Ausbildung deutlich ausgebaut werden; sie ist insbesondere beim Quereinstieg in den Beruf attraktiv. Ebenso wichtig sind qualitativ gute Fort- und Weiterbildungsangebote. Mehr als 20 Prozent der 3- bis unter 6-jährigen Kinder kommen erst in der Kindertageseinrichtung umfassend mit Deutsch in Berührung, haben eine verzögerte Sprachentwicklung oder Sprachförderbedarf. Deshalb müssen Sprach- und MINT-Förderung Bestandteil der Qualifizierung sein.

Um ausreichend Erziehende auszubilden, müssen kreative Ideen entwickelt werden. So hat die Bundesagentur für Arbeit eine kom-

pakte dreijährige Erzieherausbildung konzipiert, die komplett gefördert und gerade für Arbeitssuchende interessant wäre. Als Zugangsvoraussetzung würde eine anderweitige Berufsausbildung, ein Hochschulzugangsberechtigung oder eine fünfjährige einschlägige Berufserfahrung gelten. Eine sehr sinnvolle

und notwendige, aber auch herausfordernde Idee mit Blick auf die Integration in das vorhandene System. Denn bislang sieht unsere Ausbildungsstruktur eine zweijährige Ausbildung zu sozialpädagogischen Assistenten und darauf aufbauend die zweijährige Ausbildung an der Fachschule vor. ■

Kinder begeistern und Neugier wecken



Am Zukunftstag 2023 besuchten uns drei Schulkinder und durften einen ganzen Tag unseren stellvertretenden Hauptgeschäftsführer Christoph Meinecke begleiten. Neben der Vorstellung unserer Verbandsarbeit stand das Unternehmertum im Zentrum ihres Besuchs: Sie schauten sich gemeinsam drei Unternehmen unterschiedlicher Branchen und Größen an. Vom jungen Unternehmen bis zum international agierenden Traditionsunternehmen

Bahlsen erfuhren sie alles über die unterschiedlichen Ausbildungs- und Berufsfelder, Unternehmensgründungen, Geschäftsentwicklungen und Standortfragen. Den Abschluss bildete ein Gespräch mit einem Fachanwalt für Insolvenzrecht, der den Dreien erklärte, welche Möglichkeiten Unternehmen haben, wenn ihre Geschäftsmodelle nicht mehr funktionieren oder, wie während der letzten Jahre, Wirtschaftskrisen nicht überstehen. ■



Quelle: <https://lehrer-werden-in-niedersachsen.de/>

* Einstellungsbedarf insgesamt für den Zeitraum 2020 bis 2030 in Niedersachsen. Quelle: Bericht der Kultusministerkonferenz vom Dezember 2019

Arbeitsmarktpartner schaffen riesige Bühne für Berufsorientierung und Ausbildung

Während der Woche der beruflichen Bildung vom 13. bis 17. März 2023 zeigten alle Arbeitsmarktpartner im Bündnis Duale Berufsausbildung, wie eng die Zusammenarbeit in den letzten Jahren geworden ist. Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit, DGB Niedersachsen und UVN demonstrierten die Vielfalt an digitalen und persönlichen Angeboten und unterstrichen die Bedeutung der Ausbildung.

Die Arbeitsmarktpartner appellierten an die Politik, gemeinsam mit den Sozialpartnern die Rahmenbedingungen für die Ausbildung so zu gestalten, dass sie modern, attraktiv und zukunftsfest wird. DGB, UVN und BA forderten gemeinsam pragmatische Lösungen, damit niemand auf dem Weg verloren geht. Neben einer breiten Berufsorientierung müssten in den Abgangsklassen Schülerinnen und Schüler ohne tragfähige Anschlussperspektive identifiziert und individuell durch die Agenturen für Arbeit beraten, gefördert und begleitet werden.

Johannes Pfeiffer, Vorsitzender der Geschäftsführung der Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen, unterstrich das gemeinsame Ziel, jedem Jugendlichen eine berufliche Perspektive zu geben. „Zu viele Jugendliche verlassen die Schule ohne eine berufliche Anschlussperspektive oder sogar ohne einen Schulabschluss. Diese Reserven müssen wir heben. Fachkräftesicherung beginnt bereits beim Übergang von Schule zu Beruf. In vielen Schulen findet regelmäßig eine qualitativ hochwertige Berufs-

orientierung durch unsere Berufsberaterinnen und -berater statt. Auch ein verbindliches Unterrichtsfach Berufsorientierung würden wir voll unterstützen.“

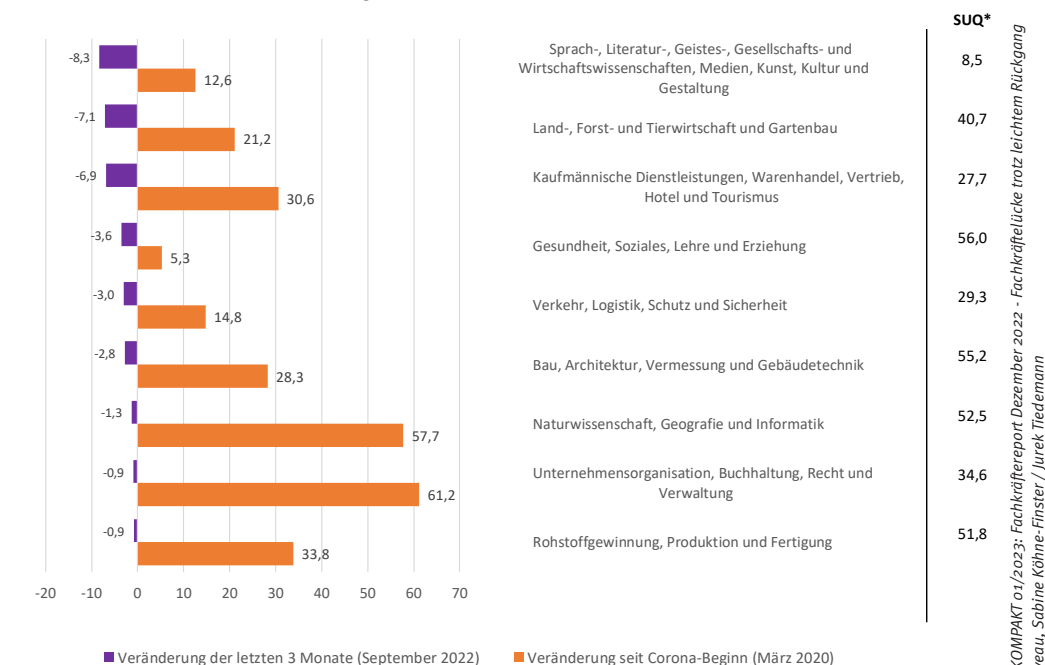
Dr. Mehrdad Payandeh, Vorsitzender des DGB Niedersachsen, lobte die Woche der beruflichen Bildung als gute Plattform, der Politik gegenüber die Relevanz der dualen Berufsausbildung zu betonen. „Damit sich mehr junge Menschen für eine duale Ausbildung entscheiden können, müssen sie die Vielfalt der Ausbildungsberufe kennenlernen. Und das schon in der allgemeinbildenden Schule. Hier braucht es ein Ankerfach Berufsorientierung, und wenn sich dann die jungen Menschen für eine Ausbildung entscheiden, muss jeder und jedem von ihnen ein Ausbildungsplatz angeboten werden. So macht das Ankerfach Berufsorientierung Sinn. Niemand darf verloren gehen!“

Auch UVN-Hauptgeschäftsführer Dr. Volker Müller wies deutlich auf die Notwendigkeit von frühzeitiger Beratung in den Schulen hin. „Eine gezielte Berufsorientierung ist ein wichtiger Schritt bei der Entscheidung für eine berufliche Laufbahn. Sie ermöglicht Schülerinnen und Schülern, sich mit verschiedenen Berufsfeldern vertraut zu machen, ihre Interessen und Fähigkeiten zu erkunden und fun-

dierte Entscheidungen über ihre Zukunft zu treffen. Eine qualitativ hochwertige Berufsorientierung trägt somit dazu bei, eine passende Berufswahl zu treffen und eine langfristige Zufriedenheit im Beruf zu erreichen. Die UVN und SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen unterstützen sowohl Verbände und Unternehmen als auch Schulen bei der Umsetzung.“ ■



Abbildung 3: Veränderung der Anzahl offener Stellen und Stellenüberhangsquote*
Nach Berufsbereichen (saisonbereinigt), in Prozent, Dezember 2022



Hinweis: Ohne Helfertätigkeiten; *Die Stellenüberhangsquote (SUQ) beschreibt den Anteil an offenen Stellen, für den es keine passend qualifizierten Arbeitslosen gibt, an allen offenen Stellen. Für die Saisonbereinigung wurden fehlende Werte von 1 oder 2 mit 1,5 imputiert. Die Saisonbereinigung erfolgte nach der Methode TRAMO SEATS mit JDemetra+.

Quelle: KOFA-Berechnungen auf Basis von Sonderauswertungen der BA und der IAB-Stellenerhebung, 2023

Website Bündnis Duale
Berufsausbildung



Gemeinsam neue Wege gehen

Als Spitzenverband der niedersächsischen Wirtschaft für 100 Mitglieder bilden die UVN das Dach der regionalen Arbeitgeberverbände und Branchenverbände in Niedersachsen.



Im Gespräch mit unserem Mitglied **Stefan Zammit, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbands Mitte e.V.**, werfen wir einen ganzheitlichen Blick

auf die Fachkräftesituation und in eine sehr ländlich geprägte Region, die von Südniedersachsen bis nach Nordthüringen reicht:

Herr Zammit, welchen Stellenwert hat die Fachkräftesicherung für die Region Mitte?

Die Zukunftsfähigkeit unserer Betriebe und letztendlich unserer gesamten Region hängt maßgeblich davon ab, wie gut es der Politik

und uns als Arbeitgebern gelingt, die Attraktivität unserer Region als Wohn- und Arbeitsort zu steigern. Der Fachkräftemangel stellt nach wie vor eine Bedrohung für unsere Betriebe dar. Es mangelt nicht nur an qualifizierten Fachkräften, sondern auch an geeigneten Nachfolgerinnen und Nachfolgern, die den Fortbestand unserer Unternehmen gewährleisten können.

Welche Maßnahmen werden verfolgt, um Fachkräfte- und Unternehmensnachfolgen zu sichern?

Die bisher von der Politik geplanten und umgesetzten Maßnahmen greifen entweder zu kurz, kommen zu spät oder müssen noch ihre volle Wirkung entfalten. Es steht fest, dass wir uns als Arbeitgeber nicht darauf verlassen können, dass diese Maßnahmen allein ausreichen werden. Jeder von uns muss sich die Frage stellen: Was kann ich tun, um jetzt und in Zukunft eine qualifizierte Belegschaft sicherzustellen? Wie

kann ich mein Unternehmen attraktiver für Arbeitnehmer gestalten? In diesem Zusammenhang gilt es, die Grundprinzipien von Fördern und Fordern zu berücksichtigen.

Das Grundprinzip Fördern und Fordern hat also Bestand. Was hat sich verändert?

Wer sich ausschließlich darüber beklagt, dass die Generation Z nur an Work-Life-Balance denkt, keine Verantwortung übernehmen möchte oder eine Vier-Tage-Woche mit vollem Lohnausgleich fordert, hat die Realitäten des heutigen Arbeitsmarktes entweder noch nicht akzeptiert oder glaubt, dass er die enormen Herausforderungen der nächsten Generation überlassen kann. Ich möchte klarstellen, dass die Arbeitsbedingungen in unseren Betrieben in der Regel bereits sehr gut sind und für die meisten Unternehmen eine Vier-Tage-Woche angesichts des knapper werdenden Humankapitals und steigender Produktionskosten keine realistische Option darstellt. Dennoch müssen

wir uns den Gegebenheiten stellen – und zwar jetzt!

Welche Richtung müssen Unternehmen auf dem heutigen Bewerbermarkt also einschlagen?

Wir müssen bereit sein, neue Wege zu gehen und in der Region eng zusammenzuarbeiten, um uns zukunftsfähig aufzustellen. Und wir brauchen dazu moderne politische Rahmenbedingungen, die uns mehr Flexibilität lassen und die unternehmerische Freiheit wahren. Unternehmen können dadurch robustere Strukturen schaffen und den Transformationsprozess vorantreiben. Es ist erforderlich, gefährliche Abhängigkeiten abzubauen und alles in unserer Macht Stehende zu tun, um qualifizierte Arbeitskräfte auszubilden, in der Region zu halten und Zuzug aus dem Ausland und anderen Regionen Deutschlands zu fördern.

Herzlichen Dank für das Gespräch! ■

ZITIERT



Cornelia Okpara
Stellv. Hauptgeschäftsführerin
BDSW Bundesverband der Sicherheitswirtschaft e.V.

„Ein Schlüssel gegen den Arbeitskräftemangel und für erfolgreiche Dienstleistungen sind gut aus- und fortgebildete, souveräne Beschäftigte. Die Sicherheitswirtschaft setzt daher seit Jahren auf ihre Qualifizierung. Seit 2002 wurden zwei Ausbildungsberufe geschaffen, die Aufstiegsfortbildung wurde neu geregelt sowie eine Seiteneinsteigerqualifizierung in Form einer Fortbildungsprüfung bei der IHK erarbeitet. Wir glauben, dass die Förderung der Ausbildungsaktivitäten einen entscheidenden Anteil am Gesamterfolg der Branche hat, und unterstützen diese durch die Arbeit unseres Fachausschusses Ausbildung. Dazu gehört auch die Zertifizierung von zwanzig Sicherheitsfachschulen.“



Kostenfreie Qualifizierungen für Ausbilderinnen und Ausbilder im digitalen Wandel

Seit drei Jahren steht das Projekt NETZWERK Q 4.0 beim Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft (BNW) für die bedarfsgerechte und praxisnahe Vermittlung von digitalen Fach-, Methoden- und Sozialkompetenzen für Ausbilderinnen und Ausbilder. Mehr als 100 Qualifizierungsangebote, passgenau für das Berufsbildungspersonal entwickelt, stehen auf einer digitalen Lernplattform bereit. Die-

se kostenfreien Q 4.0 Trainings sowie weitere Lern- und Austauschformate erreichten bereits über 25.000 Teilnehmende. ■



Website Q 4.0

Sackgasse Ausbildungsgarantie

Stärkere Berufsorientierung für passgenaue Besetzung



UVN-Bildungsexpertin Katrin Stumpfenhausen (2. v. l.) und Wissenschaftsminister Falko Mohrs (3. v. l.) auf der Jahrestagung der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften Hannover-Hildesheim 22 Jahre beständiger Wandel. Transformation von Wissenschaft und Arbeitswelt am 19. Januar 2023 zum Schwerpunkt Fachkräftesicherung und -gewinnung

Nie waren die Chancen auf einen Ausbildungsplatz so gut wie heute – auch für Jugendliche ohne schulische Bestnoten. Längst gibt es mehr offene Stellen als Bewerber und Bewerberinnen. Im Ausbildungsjahr 2022 haben 468.900 Personen in Deutschland einen neuen Ausbildungsvertrag in der dualen Berufsausbildung abgeschlossen. Rund 70.000 bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldete Ausbildungsplätze konnten nicht besetzt werden, Tendenz steigend. Zwar haben die Verantwortlichen erkannt, dass es neben zahlreichen privatwirtschaftlichen Initiativen eine Modernisierung und feste Struktur der Berufsorientierung vor allem in Schulen braucht. Die Umsetzung lässt jedoch auf sich warten.

Das geplante Weiterbildungsgesetz verspricht hier Fortschritte etwa durch ein neues Praktikumsprogramm, flexiblere Einstiegsqualifizierungen und Mobilitätsförderung. Zusätzliche außerbetriebliche Ausbildung darf es aber nur in Ausnahmeregionen geben.

Die im Kabinettsentwurf zum Weiterbildungsgesetz verankerte Ausbildungsgarantie ist der falsche Weg. Besser sollten wir das Matching von Jugendlichen und Ausbildungsberufen und damit den Ausbildungsbetrieben verbessern, statt durch eine Ausbildungsgarantie Angebot und Nachfrage zu entkoppeln. ■

Projekt I D E E

LELA – die LehrstellenLandkarte

Gemeinsam mit weiteren Arbeitsmarktpartnern suchen wir Unterstützerinnen und Unterstützer für eine Berufsorientierungs-App zum wissenschaftlich fundierten Geo-Recruiting für Auszubildende und dual Studierende.

Zunächst werden per Klick Interessen und Talente ermittelt, die dann für das passende Matching von Ausbildungsplatzsuchenden und passenden Ausbildungsberufen und -betrieben sorgen. Betriebe und ihre Ausbildungsangebote werden außerdem per Umkreissuche vorgestellt, so dass Nutzerinnen und Nutzer automatisch auf Angebote in ihrer unmittelbaren Umgebung aufmerksam werden.

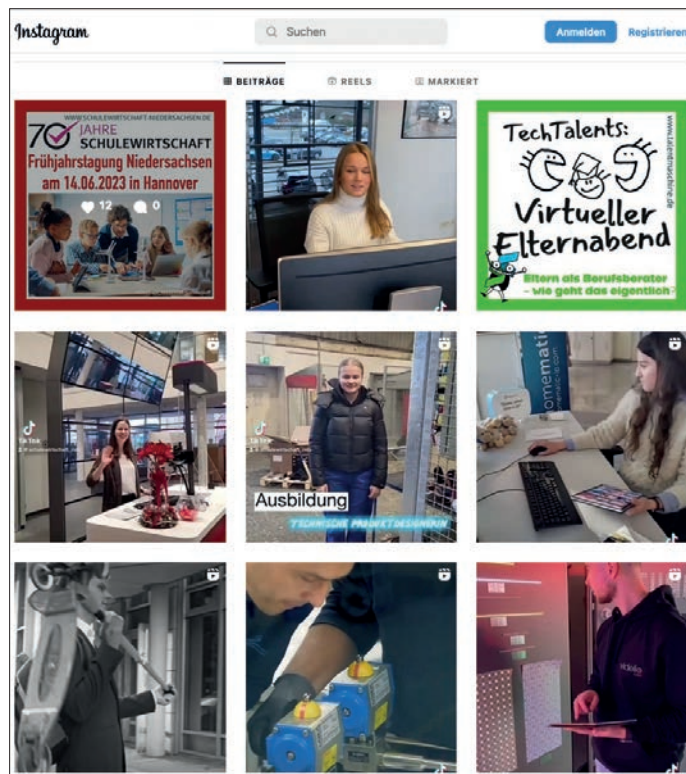
Jugendliche emotional ansprechen und begeistern

UVN startet TikTok-Kampagne zur Fachkräfteansprache und veröffentlicht kontinuierlich Unternehmensvideos

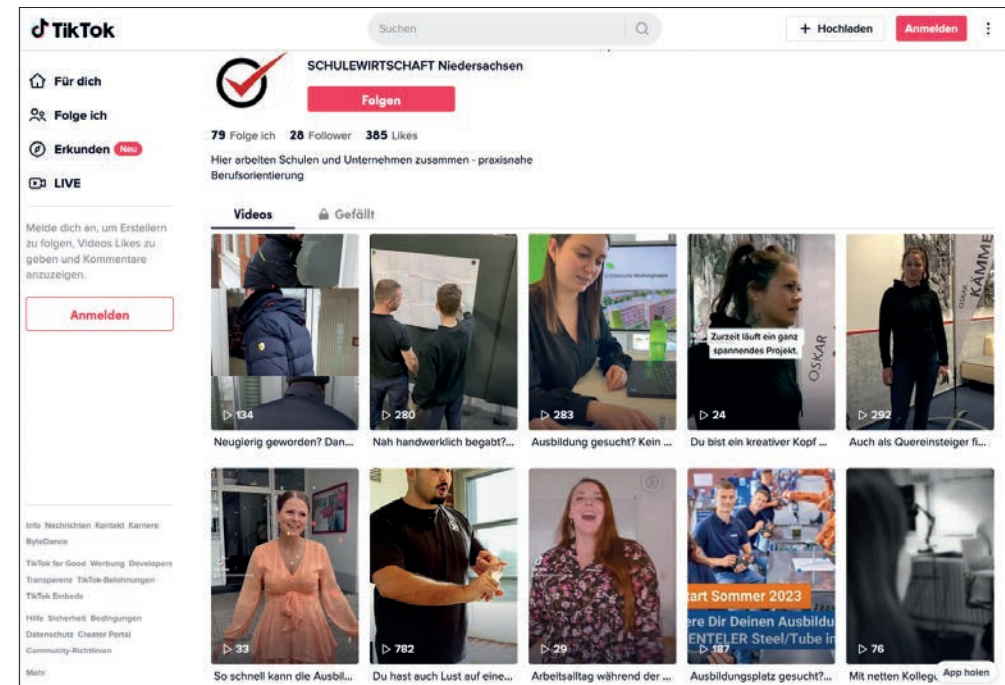
Im März 2023 starteten wir mit SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen unsere erste Kampagne zur Berufsorientierung und Fachkräfteansprache auf TikTok. Ziel war es, auf einer Plattform von und für Jugendliche Aufmerksamkeit für Arbeitgeber zu erreichen und ge-

meinsam neue Wege bei der Ansprache und Akquise von Jugendlichen auszuprobieren.

Alle Verbände und Unternehmen waren eingeladen, uns ihr Bewegtbild zur Verfügung zu stellen und über unsere Kanäle zu teilen.



Instagram
SCHULEWIRTSCHAFT



In kurzen Videos stellten Auszubildende ihren Alltag, ihre Jobs und ihre Unternehmen vor und warben so für die duale Ausbildung. So haben wir gemeinsam mit unserer ehemaligen Praktikantin und Projektmitarbeiterin Riana Coca einen ganz neuen TikTok Auftritt eingerichtet, uns mit dem Algorithmus der Plattform vertraut gemacht und mehr als 70 Videos mit einer Reichweite von insgesamt mehr als 5.500 Klicks veröffentlicht. Die Ausstrahlung in unserem Instagram Account brachte weitere rund 3.000 Sichtungen.

Auch im kommenden Jahr werden wir unser Engagement ausbauen. Dabei berücksichtigen



TikTok
SCHULEWIRTSCHAFT

wir sowohl aktive Unternehmen, die unsere Plattform zur erneuten Ausstrahlung nutzen, als auch unerfahrene Betriebe, die erste Versuche im Bewegtbild auf einer gemeinsamen Plattform veröffentlichen möchten. Neben der Reichweite gilt es dann, junge Menschen auf TikTok zu motivieren, interessante Unternehmen direkt zu kontaktieren und sich im besten Falle zu bewerben. ■

BA erhöht Fördermittel zur Qualifizierung auf 52 Mio. Euro

Digitalisierung, Globalisierung und Transformation erfordern eine beständige Weiterbildung und Qualifikation im Berufsleben. Die vorhandenen Fördermöglichkeiten zur Qualifizierung ihrer Beschäftigten nutzen Unternehmen heute jedoch noch viel zu wenig. Im Jahr 2022 hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) 42,1 Millionen Euro in die Qualifizierung von Beschäftigten in Niedersachsen investiert, es wäre aber deutlich mehr möglich gewesen.

Ein Grund für die Zurückhaltung ist sicherlich, dass viele Betriebe durch Pandemie und Krieg weniger Kapazitäten für strategische Personalplanung hatten. Damit noch mehr Unternehmen von den Förderprogrammen profitieren können, legt die BA noch eine Schippe drauf und plant für 2023 52,1 Millionen Euro

ein, zehn Millionen mehr als 2022 abgerufen wurden.

Beratung und Förderangebote erhalten Unternehmen beim Arbeitgeber-Service der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen. ■



**Förderübersicht
NBank**



**Arbeitgeber-
Service BA**

INFO

Online-Rechner Förderanspruch

Das von der Bundesregierung beschlossene Qualifizierungschancengesetz eröffnet Unternehmen seit Januar 2019 deutlich größere Fördermöglichkeiten bei der Weiterbildung von Beschäftigten. Folgen Sie dem QR-Code und berechnen Sie im BNW-Online-Rechner Ihren maximalen Förderungsanspruch sowie Kosten für eine Qualifizierung.



Qualifizierung „Spezialist*in für digitale Transformation und Veränderungsmanagement“

TRANSFORMATIONSLOTSEN

In einem deutschlandweit einzigartigen Projekt starteten die Sozialpartner UVN und DGB mit ihren Bildungswerken im Herbst 2020 die Qualifizierung zu Transformationslotsen. Mittlerweile hat sich das erfolgreiche Projekt auch einen Namen in der EU gemacht und gilt als Best-Practice.

Mit den Transformationslotsen setzen Unternehmen genau da an, wo Innovation vorangetrieben wird: bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Für den nachhaltigen Aufbau von Transformationskompetenz braucht es Pioniere, die Innovationspotenziale erkennen sowie frühzeitig Problemlösungen anstoßen und begleiten.

Flankiert werden sie durch ein starkes Netzwerk zum Wissens- und Erfahrungsaustausch. Das Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft (BNW) und die Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen (AuL) unterstützen sie dabei, das Know-how in ihren jeweiligen Arbeitskontext zu übertragen und es gemeinsam mit der Belegschaft umzusetzen.

Die Experten in den Kompetenzhubs beraten zu Beschäftigtenqualifizierung und Fördermöglichkeiten, stellen Umsetzungshilfen zur Verfügung und machen die Beschäftigten für die neuen Berufsbilder fit. Die Qualifizierung zu Transformationslotsen steht allen Unternehmen in Niedersachsen offen. ■



Der Transformationsbeirat im Praxisaustausch zur Transformationslotsen-Qualifizierung mit der Peiner Umformtechnik GmbH

Wissenschaft und Wirtschaft – Innovation und Fortschritt leben

Rund 450 Gäste beim Wirtschaftsempfang der UVN und der Leibniz Universität Hannover am 22. Mai 2023

Ziel des Wirtschaftsempfangs ist es, den Dialog zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu fördern, um neue Formen der Zusammenarbeit auszuloten und bestehende Kooperationen auszubauen. Zum diesjährigen Empfang entwickelten UVN und LUH ein neues Format. Zehn Vortragende aus Wissenschaft und Wirtschaft stellten in kurzen Pitches ihre Projekte vor rund 450 Gästen vor und schufen damit die Grundlage für einen gelungenen Austausch und spannende Gespräche. In seiner Begrüßung betonte LUH-Präsident Prof. Dr. Volker Epping die Bedeutung der Hochschulen für die Wirtschaft des Landes. „Das Innovationspotenzial der Hochschulen trägt zum gesellschaftlichen Fortschritt bei und hilft, zukünftige Herausforderungen wie beispielsweise die Energiewende, die Digitalisierung und den demografischen Wandel zu meistern.“

„Ganz im Geiste von Leibniz werden hier Spitzenforschung und Transfer zusammen gedacht und zusammen umgesetzt“, hob Wissenschaftsminister Falko Mohrs in seinem Grußwort hervor. „Dafür setzt der Wirtschafts-

empfang ein tolles Zeichen. Nur gemeinsam werden Wissenschaft und Wirtschaft mit Politik und Gesellschaft die großen Herausforderungen unserer Zeit bewältigen. Als Land leisten wir dazu einen Beitrag: Wir investieren in den kommenden fünf Jahren über unsere Agenda zukunfts.niedersachsen mehr als 570 Millionen Euro in den Wissenschaftsstandort Niedersachsen – und zwar in Zukunftsfelder, die auch Leibniz auf den Leib geschneidert sein könnten: Transformation, Digitalität, Spitzenforschung.“

UVN-Hauptgeschäftsführer Dr. Volker Müller erklärte, dass „moderne, gut ausgestattete und international vernetzte Hochschulen ein wesentlicher Standortfaktor sind. Durch ihre Lehre und wissenschaftlichen Tätigkeiten sowie praxisnahe, innovative Forschungen sind sie ein Garant für hervorragend ausgebildete Fachkräfte. Nicht nur bei Fachkräftezuwanderung, Qualifizierung und Anerkennung, sondern auch bei der Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung spielen sie eine bedeutende Rolle. Für einen besseren Wis-



Fotos © Marcus Prell/UVN

sens- und Fachkräftetransfer brauchen wir neben weniger Bürokratie eine starke Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft.“

Die bestehenden Kooperationen können immer noch weiter ausgebaut werden: So soll-

ten die Vermittlung von Werkstudenten, Studienabbrechern und Absolventen professionalisiert, universitäre Start-Ups und Spin Offs stärker gefördert und vernetzt sowie der Technologietransfer mit der Wirtschaft weiter verbessert werden. ■



UVN Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit (AÖffa)



UVN Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit (AÖffa) zu Gast bei Madsack

Zweimal im Jahr trifft sich der UVN-Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit (AÖffa) mit dem Ziel, neue Trends und Techniken in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit kennenzulernen und mit Hilfe von Best-Practice-Beispielen Erfahrungen auszutauschen.

Und deshalb waren wir im Oktober 2022 zu Besuch im neuen Newsroom der MADSACK Mediengruppe. Nach einem Rundgang durch die Redaktion verfielen wir in eine spannende Diskussion über Print und Online, Regionalität sowie Wirtschafts- und landespolitische Berichterstattung. Vielen Dank an HAZ-Chefredakteurin Dany Schrader und Neue Presse-Chefredakteur Carsten Bergmann für den Austausch.

Gemeinsam mit dem Ausschuss Bildung widmeten wir uns im Mai 2023 digitalen PR-Formaten für den Alltag. Thematisch führten uns unsere Expertinnen und Experten durch die Welt der Podcast-, Bewegtbild-, Bildbearbeitungs- und Social Media-Tools. Dabei beschäftigten wir uns mit unterschiedlichsten Unternehmensbereichen von der Unternehmenskommunikation über die Fachkräftesprache bis hin zum digitalen Stadtgemeinschaftsmarketing.

Vielen Dank an Florian Bernschneider (Arbeitgeberverband Region Braunschweig e.V.), Bianca Rosenhagen (Rosenhagen GmbH), Stefan Schmädeke (dreizehn+vier) und Tanja Berg (Wirtschaftsförderung Stadt Wunstorf). ■



Fotos © Sascha Gramann

Team Wirtschaft gewinnt das 23. UVN-Tennisduell mit 6:2

Das niedersächsische Tennisduell *Wirtschaft gegen Politik* auf Einladung der UVN und des Instituts der Norddeutschen Wirtschaft e.V. (INW) fand im Juli 2022 traditionell im Rahmen des ATP-Challenger-Turniers *BRAWO OPEN* in Braunschweig statt. Der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil ist Schirmherr der Veranstaltung. Im Finale entschied die Wirtschaft das Match für sich und fuhr damit den insgesamt 17. Sieg ein.

Alle 28 Aktiven erkämpften im Rahmen von 22 Tennis-Doppel-Begegnungen für ihr Team Wirtschaft bzw. Politik und für die individuelle Wertung Punkte. So wurden aus jedem Team je zwei Spielerinnen oder Spieler mit den meisten Punkten für das Finale ermittelt. Für das Team Politik standen Dr. Axel von der Ohe (Landeshauptstadt Hannover) und Jörg Rüdiger (DAGEFÖRDE Öffentliches Wirtschaftsrecht

Rechtsanwaltsgesellschaft mbH) im Finale. Für die Wirtschaft traten Dirk Bode (fme AG) und Sven Schmidtman (i-strategy GmbH) an. Das Team Wirtschaft siegte schließlich komfortabel mit 6:2.

„Das gegenseitige Kennenlernen und Netzwerken hat einen wichtigen Stellenwert für unseren starken Wirtschaftsstandort Niedersachsen. Auf dem Tennisplatz spüren wir, wie wichtig diese Vielfalt und vor allem die persönliche Zusammenarbeit sind“, sagt UVN-Hauptgeschäftsführer Dr. Volker Müller. „Es macht immer wieder Spaß mit unseren Gästen in ständig neuen Doppelkonstellationen zu spielen, auf die man sich jedes Mal neu einstellen muss. Da gab es spannende Duelle, ganz gleich ob die Spielfreude oder der Ehrgeiz im Vordergrund stehen.“ ■



überfordert. Einziger Kostenpunkt für Arbeitgeber: 15 Euro pro teilnehmendem Beschäftigten. In diesem Betrag enthalten waren zwei Bäume für den Gesamttopf.

Zusätzliche Baumspenden durch die Öffentliche Versicherung Braunschweig, Fujitsu und das INW erhöhten den zu erlaufenden Baumvorrat 2023. So bewegten alle Teilnehmenden gemeinsam insgesamt 93.166 Kilometer und damit 2.150 Bäume für den Nationalpark Harz, die im Herbst 2023 nahe Braunlage gepflanzt werden. Das bedeutet ab dem ersten Jahr eine jährliche CO₂-Bindung von knapp 26.877 Kilogramm.

Begleitet wurde die Challenge durch vier digitale Experten-Talks zu den Themen Lauftraining, Ernährung, Motivation und Gesundheit.

Zu den Aufzeichnungen, Informationen zur Challenge und Ihrer UVN-Projektverantwortlichen gelangen Sie über den QR-Code.

UVN Summitree Challenge 2024

Nach vielen positiven Rückmeldungen möchten wir für 2024 noch mehr Verbände und Unternehmen zur Teilnahme motivieren und die Challenge vom 1. – 31. Januar 2024 wiederholen. Da nicht nur die Nationalparks, sondern alle Wälder nach mehreren trockenen Sommern, Stürmen und Schädlingsbefall lichter werden, möchten wir die erlaufenen Bäume 2024 unterschiedlichen Regionen in Niedersachsen zukommen lassen. ■



Experten-Talks

Gesund, nachhaltig und als Team ins neue Jahr

2. UVN Summitree Challenge startet im Januar 2024 – forsten Sie gemeinsam mit uns die niedersächsischen Wälder auf!

Mit geballter Kraft und sehr kurzem Vorlauf starteten am 1. Januar 2023 dreißig Unternehmen mit 894 Beschäftigten im Rahmen der UVN Summitree Challenge ins neue Jahr. Klar im Fokus standen die drei Arbeitgeberziele: Teamspirit, Gesundheit und Nachhaltigkeit. Gemeinsam mit dem ADAC-Marathon und Summitree entwickelten wir damit ein kostengünstiges Angebot mit großem Mehrwert für Unternehmen, an dem Beschäftigte auf freiwilliger Basis teilnehmen konnten.

Bei der Challenge sammelte jedes Verbands- oder Unternehmens-Team per App Kilome-

ter beim Joggen, Spazieren, Wandern und Fahrradfahren. Verknüpfungen mit gängigen Trackern waren ebenfalls möglich. Und auch Einheiten im Fitnessstudio und auf dem Heimtrainer konnten manuell eingetragen werden. Durch die gemeinsame Challenge nutzten wir die gesammelte Kraft aller teilnehmenden Unternehmen, da die eingezahlten Bäume in einem ‚Gesamttopf‘ landeten und von allen Challenge-Teilnehmenden bewegt werden konnten. So konnte ein leistungsstarkes kleines Unternehmen deutlich mehr Bäume erlaufen als eingezahlt und sportlich weniger Aktive größerer Unternehmen wurden nicht

UVN-Summitree-Challenge





Foto © Marcus Prell/UVN

UnternehmerKULTUR trifft auf Sprachwelten

Sprachkunst und Wirtschaft – kein neues Thema. Schon in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts dichtete Kurt Schwitters in Hannover für Continental das Gummilied. Heute führt der Weg für Texter und Gag-Schreiber im Fernsehen immer häufiger über Poetry-Slams. Und das in Zeiten, in denen der Jugend nachgesagt wird, nur noch in Emojis zu kommunizieren. Was bedeutet das für Bildung, Kunst, Werbung und Wirtschaft?

Moderator Jan Egge Sedelies diskutierte am 1. März 2023 mit den Podiumsgästen Sonja Anders (Staatstheater Hannover), Till Meiner (Westermann Gruppe), Christian Riedel

(Clarios) und Dany Schrader (Hannoversche Allgemeine Zeitung) wie sich Sprache verändert und welche Rolle sie im Unternehmen und seiner Kultur spielt. Das Highlight war ein großartiger Poetry Slam mit Sven Kamin (Platz 1), Tanja Schwarz und Henrik Szanto. Der lebendige Beweis, wie gewaltig Sprache wirkt!

Die UnternehmerKULTUR ist eine Veranstaltung unserer Bürogemeinschaft mit dem Institut der Norddeutschen Wirtschaft e.V. (INW) in Zusammenarbeit mit Deloitte, der HANNOVER FINANZ Gruppe und 2023 mit dem Schauspiel Hannover. ■

Duales Rundfunksystem sichert Demokratie, Meinungsbildung und Zusammenhalt

Das duale Rundfunksystem Deutschlands ist ein Garant für unsere Demokratie. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll per Programmauftrag umfassend und ausgewogen Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung anbieten. Der privat-kommerzielle Rundfunk ist marktwirtschaftlich organisiert und finanziert sich in erster Linie durch seine Werbeeinnahmen. Beide stehen unter Beobachtung der Gesellschaft

und dem gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Anpassungsdruck.

Sowohl der öffentlich-rechtliche als auch der private Rundfunk werden durch Gremien überwacht und beraten, die die Interessen der Allgemeinheit und die Vielfalt der Meinungen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen. In die Niedersächsische Landesmedienanstalt

(NLM) entsenden wir Erik von Hoerschelmann (UVN), Vorsitzender des Programmausschusses, sowie Lena Donner (UVN), Mitglied im Rechtsausschuss.

Mit der Neuzusammensetzung des NDR-Rundfunkrates im Sommer 2022 wurden durch die UVN Cornelia Höltekemeier (Landesvereinigung der Bauwirtschaft Niedersachsen), al-



ternierende Vorsitzende im NDR-Rundfunkrat, sowie Lisa Budde (UVN), stellvertretende Vorsitzende im NDR-Landesrundfunkrat, entsandt. Benedikt Hüppe (UVN) überwacht im NDR-Verwaltungsrat seit Juni 2023 die Geschäftsführung des Intendanten.

Im Gespräch mit Lisa Budde und Erik von Hoerschelmann berichten diese über aktu-

elle Themen und Entwicklungen im Zuge ihrer Gremienarbeit.

Welche Schwerpunktthemen haben im vergangenen Jahr den NDR-Rundfunkrat und die NLM beschäftigt?



Lisa Budde: Leider war der rbb-Skandal und die sich anschließende Debatte über Compliance-Regelungen und Fehlverhalten einzelner Führungs-

kräfte die ersten Monate meiner Amtszeit bestimmend. Auch der NDR hat sich von Führungskräften getrennt, nachdem klar wurde, dass in einigen Landesfunkhäusern das Klima qualitativ hochwertige journalistische Arbeit eher behindert als fördert. Eine durch den NDR angestoßene interne Untersuchung mündete in einem Klimabericht, der nun Basis für eine Neuausrichtung von Strukturen und Führungskultur innerhalb des NDR ist. Wichtige Schritte, die sowohl der Verwaltungsrat als auch der Rundfunkrat konstruktiv begleitet haben.

Parallel dazu lag der Fokus auf der Neuausrichtung des NDR: der Weg in die digitale Welt und die Erschließung neuer Zielgruppen, ohne diejenigen zu verlieren, die das Programm linear verfolgen. Das ist ein Spagat, der behut-

sames und wohlüberlegtes Handeln erfordert. Diese Entscheidungen, gerade als vergleichsweise sehr junges Gremienmitglied zu begleiten, ist unheimlich spannend.



Erik von Hoerschelmann: Nach fünf Jahren hatten die neu konstituierte Versammlung und vor allem der Programmausschuss wieder die Aufgabe, die Zulassungen der sogenannten Drittsendezeiten in einem aufwändigen mehrstufigen Verfahren zu vergeben. Der Medienstaatsvertrag sieht vor, dass der Sender RTL aufgrund seiner hohen Reichweite zur Sicherung der Meinungsvielfalt drei Stunden wöchentlich für unabhängige Dritte einräumt. Und da die niedersächsische Landesmedienanstalt seit Sendebeginn 1984 zulassende und aufsichtführende Anstalt für den bundesweiten Veranstalter RTL Television ist, haben wir die Bewerber für die insgesamt vier Sendezeitschienen intensiv geprüft und in unserer Versammlung am 14. Juni 2023 die Zulassungen beschlossen.

Ein weiteres spannendes Thema: Am 13. Juli ist die neue private niedersächsische DAB+ Plattform live geschaltet worden. Damit werden nun auch private Radioprogramme aus Niedersachsen heraus per DAB+ verbreitet. In Nieder-

sachsen können so 113 Hörfunkprogramme von privaten Veranstaltern zusätzlich digital in bester Klangqualität empfangen werden.

Vor welchen gesellschaftlichen und unternehmerischen Herausforderungen stehen der öffentlich-rechtliche und der private Rundfunk zurzeit?

Lisa Budde: Die Akzeptanz und Legitimation der öffentlich-rechtlichen Programme stehen intensiv im Fokus der gesellschaftlichen Debatte. Dass wir eine Neuausrichtung brauchen, weg von der rein linearen Welt hin zu einer Kombination aus linearen und digitalen Angeboten, um alle Zielgruppen erreichen zu können und zukunftssicher aufgestellt zu sein, ist dabei unbestritten. Dass diese wichtigen Entscheidungen permanent von einer durch Politik befeuerten Kostendiskussion und Herabsenkung der Rundfunkbeiträge begleitet werden, ist nicht immer zielführend.

Wir müssen meiner Meinung nach zuerst einmal die öffentliche, gesellschaftliche Debatte darüber führen, welche Inhalte und Strukturen wir im öffentlichen-rechtlichen Rundfunk brauchen und wollen, um anschließend zu schauen, welche Mittel dafür benötigt werden. Qualitätsjournalismus gibt es nicht zum Nulltarif!

Erik von Hoerschelmann: Die Finanzierung durch Werbung wird für die Privatradios im-

mer schwieriger, weil der Markt enorm unter Druck steht. Im Gegensatz zu reinen Internet-Angeboten sind sie deutlich stärker reguliert. Weitere umfassende Werbeverbote für Lebensmittel, die das Bundesministerium für Ernährung plant, würden die private Medienvielfalt gefährden. Dabei spielt die Medien- und Meinungsvielfalt eine immer wichtiger werdende Rolle für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Der private Rundfunk und damit auch die Niedersächsische Landesmedienanstalt werden 2024 40 Jahre alt. Die NLM ist für die Beobachtung jugendschutzrelevanter Inhalte im Fernsehen und Internet zuständig – eine Aufgabe, die immer mehr Aufwand erfordert.

Herzlichen Dank für das Gespräch! ■



Foto © Santiago Nunez/stock.adobe.com

Nach der Pandemie ist vor der Reform

Die Pandemie hat das Gesundheits- und Sozialsystem extrem geschwächt und auf Bundes- wie auf Landesebene viele offene Flanken geschaffen und verstärkt. Bundespolitische Reformvorhaben, veraltete landespolitische Strukturen und ein eklatanter Fachkräftemangel schaffen einen enormen Gesprächs- und Handlungsbedarf.

In Niedersachsen ist die Gesundheits- und Sozialwirtschaft der drittgrößte Wachstumsmarkt. Er steht und fällt mit klugen Unternehmen, Forschenden, Ärztinnen und Ärzten, Pflegenden, Apotheken und umsichtigen Krankenkassen. So war bereits vor der Pandemie unser UVN Dialogkreis Pflege gemeinsam mit Unternehmen aus der Privatwirtschaft und

der Wohlfahrtspflege im Gesundheits- und Pflegesektor intensiv im Austausch, um Herausforderungen zu identifizieren und für alle tragbare, passgenaue Lösungsansätze zu finden.

Auch mit der neuen Landesregierung und dem Wechsel an der Spitze des Niedersächsischen



Kerstin Tack
Vorstandsvorsitzende
Paritätischer
Wohlfahrtsverband

„Die Krankenhausreform ist wichtig und notwendig, um auch künftig gute medizinische Versorgung unter Berücksichtigung sich verändernder Rahmenbedingungen sicherzustellen. Die Reform muss allerdings nachgebessert werden, um zu vermeiden, dass Niedersachsen überproportional von Schließungen betroffen ist und als Flächenland dem Versorgungsauftrag nicht mehr gerecht werden kann.“

ZITIERT

Gesundheitsministeriums bleibt der UVN Dialogkreis Pflege das Instrument, um alle Akteure aus Wirtschaft und Politik an einen Tisch zu holen. ■

Gute Pflege ist unbezahlbar

UVN-Unternehmerreise *Pflege* am 5. und 6. Oktober nach Berlin

Pandemie, steigende Energiekosten und Fachkräftemangel brachten die Pflegeeinrichtungen und -anbieter die vergangenen Jahre an die Grenzen ihrer Möglichkeiten. Zusätzlich veranlasste die angekündigte Pflegereform uns 2022, direkt in Berlin bei Verbänden, Abgeordneten und Bundesgesundheitsminister anzuklopfen, unsere Situation zu beschreiben sowie Lösungsvorschläge und Forderungen vorzutragen.

Gemeinsam mit unseren Mitgliedsverbänden aus der Sozial- und Gesundheitswirtschaft sowie niedersächsischen Pflegeunternehmen sprachen wir mit Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach, Dr. Carola Reimann (Vorstandsvorsitzende, AOK-Bundesverband), Gernot Kiefer (Vorstand, GKV-Spitzenverband) MdB Kristine Lütke (FDP, Mitglied im Gesundheitsausschuss) und MdB Dr. Christos Pantazis

(stellv. gesundheitspolitischer Sprecher, SPD-Fraktion).

Die bestimmenden Themen waren Fachkräftemangel, die Einwanderung von Fachkräften in den deutschen Arbeitsmarkt, eine stark belastende Bürokratie und die Finanzierung unseres Pflegesystems, die schon seit längerem an ihre Grenzen stößt. ■



Edgar Lerch
Vorsitzender
VDB-Physiotherapieverband
LV Niedersachsen und
Bremen e.V.

„Die Ausbildung für Masseure und medizinische Bademeister muss schulisch und praxisorientiert bleiben. Eine Teilakademisierung bringt eine Vielzahl von Vorteilen mit sich. Durch die Integration von theoretischem Wissen und evidenzbasierter Praxis werden Fachkompetenz und klinische Fähigkeiten gestärkt. Zertifikate hierfür lassen sich hervorragend in die Ausbildung integrieren. Dies ist auch ein wichtiges Mittel zur Inklusion und Teilhabe blinder und sehbehinderter Menschen. Die Ausbildungsreform muss dringend umgesetzt und das Schulgeld in allen Bundesländern abgeschafft werden. Wir brauchen keine Kammer für Physiotherapeuten und Masseure. Sie bringt keine Vorteile, sondern weitere Bürokratie – und davon haben wir bereits mehr als genug.“

Zurück zur Normalität

Risikogruppen impfen und verantwortungsvoll mit Infektionen leben

Im Herbst 2022 starteten wir gemeinsam mit der Niedersächsischen Landesregierung, unserem Sozialpartner und weiteren gesellschaftlichen Akteuren die letzte große Impfkampagne in Niedersachsen, um insbesondere Risikogruppen vor dem Winter ausreichend zu schützen.

Mit Blick auf niedrige Corona-Infektionszahlen, milde Krankheitsverläufe und günstige Prognosen warb auch unsere Bundesvereinigung BDA Anfang 2023 bei der Bundesregierung für eine vorzeitige Beendigung der Corona-Arbeitsschutzverordnung.

Diese ist zum 2. Februar 2023 vorfristig ausgelaufen. Seither gelten die Empfehlungen zum Arbeitsschutz. Arbeitgeber können diese bei Bedarf zum Schutz ihrer Beschäftigten anwenden – auch zum Schutz vor anderen Infektionskrankheiten, etwa der Grippe.

Als Teil der Corona-Sicherheitsmaßnahmen lief die Regelung zur telefonischen Krankschreibung am 31. März 2023 aus. Gefolgt von der Kurzarbeitergeld-Regelung, die um sechs Monate bis zum 30. Juni 2023 verlängert wurde. ■



Ricarda Hasch
Vorstandsvorsitzende der
bpa Landesgruppe
Niedersachsen

„Die Pflege in Deutschland ist wirtschaftlich am Boden, weil erheblich gestiegene Kosten nicht in vollem Umfang refinanziert werden und das Personal zunehmend fehlt. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen finden schon heute kaum noch die Versorgung, die sie brauchen. Das beschädigt längst auch die gesamte deutsche Wirtschaft: Wer für seine Mutter keinen Heimplatz oder für seinen Vater keinen Pflegedienst findet, steht morgen nicht als wertvolle Arbeitskraft zur Verfügung.“

ZITIERT





Geschützt bleiben, impfen lassen!

Die Impfung schützt am besten vor einem schweren Krankheitsverlauf!

impfen-schuetzen-testen.de

Stay protected. Get vaccinated!





Stellschrauben für ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem – Digitalisierung, Strukturreformen und Abbau von Ineffizienzen

Im Interview mit Christoph Meinecke, stellvertretender UVN-Hauptgeschäftsführer und Vorstand im AOK Verwaltungsrat



Herr Meinecke, Sie sind Vorstand im AOK Verwaltungsrat für die Arbeitgeberseite. Was sind genau ihre Aufgaben?

Krankenkassen sind wichtiger Bestandteil unseres Sozialversicherungssystems. Das Tolle in Deutschland ist daran, dass wir eine sozialpartnerschaftliche Selbstverwaltung in diesem Bereich haben. Das bedeutet, Arbeitgeber und Versicherte – die zu gleichen Teilen mit ihren Beiträgen finanzieren – bestimmen, wie das Geld ausgegeben wird. Die Alternative wäre ein steuerfinanziertes, staatliches Gesundheitssystem. Das überzeugt eigentlich nicht, wenn wir

beispielsweise nach Großbritannien schauen. Auch die viel gelobten skandinavischen Länder sind hier nicht unbedingt besser aufgestellt. Wartezeiten und Wege sind dort regelmäßig deutlich länger. Als UVN koordinieren wir die Stimme der Arbeitgeber im Verwaltungsrat und auch die arbeitgeberseitige Besetzung der erforderlichen Selbstverwaltungsgremien.

Vor welchen Herausforderungen stehen die Krankenkassen?

Gesundheitsversorgung wird immer komplexer. Wir leben in einer älter werdenden Gesellschaft. Hier ist weitsichtiges Handeln der Gesellschaft und auch der Politik erforderlich. Das haben wir in den letzten Jahren leider vernachlässigt. Es wurde zu kurzfristig agiert. Finanzlöcher wurden aus Mitteln der Arbeitgeber und

der Versicherten gestopft, anstatt strukturelle Reformen anzuschieben. So wird das System auf Dauer nicht funktionieren. Digitalisierung, Strukturreformen und der Abbau von Ineffizienzen sind die Stellschrauben für ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem, in dem Beschäftigte auch gerne arbeiten.

Die Digitalisierung des Gesundheitssystems ist kein neues Thema ...

Ja, die Digitalisierung des Gesundheitssystems ist längst überfällig. Die elektronische Gesundheitskarte ist seit über zwanzig Jahren ein leides Thema. Hier wollen wir endlich einen Durchbruch. Die verpflichtende Einführung der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg.

Dieser wird nicht störungsfrei und auch mühsam sein. Ein Verbleiben bei Fax und ausgedruckten gelben Zetteln ist jedoch keine gangbare Alternative. Dies dient auch dem Wohl der Patienten, die dann weniger Wege und bessere Informationen auf ihrem Weg durch die medizinischen Instanzen haben. Auf niedersächsischer Ebene ist das vordringlichste Ziel, dass das Land künftig seinen gesetzlichen Investitionspflichten nachkommt. Hier wurde in der Vergangenheit leider zu sehr gespart.

Herzlichen Dank für das Gespräch! ■

Energiemanagement in der Pflege

Gemeinsame Informationsveranstaltung der UVN, der Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit (NAN) und der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen (KEAN) am 25. April 2023

Nicht erst seit dem russischen Angriffskrieg und der Energiekrise ist das Thema Energiemanagement und Energieeffizienz maßgeblich für die Wirtschaftlichkeit von Unternehmen aller Branchen. Auch Pflegeeinrichtungen stehen unter einem zunehmenden Kostendruck.

Ein Faktor, der sich direkt beeinflussen lässt, ist die Energieeffizienz in Einrichtungen: moderne Heizsysteme und Energiesparlösungen sowie Energiemanagement und alternative Energieträger können Kosten deutlich senken. Gleichzeitig sind sie ein Schritt in Richtung

Dekarbonisierung. Über die Potenziale neuer Technologien, Effizienzmaßnahmen und Förderungen informierten praxiserfahrene Beraterinnen und Berater des IngenieurNetzwerks Energie eG und der NBank. ■



Niedersachsen
Allianz für Nachhaltigkeit

**Klimaschutz- und
Energieagentur
Niedersachsen**



Digital Health City Hannover

Neues Format *Digital Health Talk* für Start-ups, etablierte Unternehmen, Projekt-treibende und Medizininformatiker startete am 9. November 2022

Die Gesundheitswirtschaft in Hannover boomt: Hier arbeiten rund 76.000 Beschäftigte, die mit 15 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die größte Branche darstellen. Hannover bietet die größte kommunale Kliniklandschaft bis zur Supramaximalversorgung und ist Vorreiter in patientenorientierter Spitzenforschung. Gleichzeitig steigt die Digitalisierungsrate in der Gesundheitsversorgung, um Qualität und Wirtschaftlichkeit zu verbessern.

Das neue Netzwerk *Digital Health City Hannover* (DHCH) vereint die Player der Gesundheits-

wirtschaft, bietet einen hohen Vernetzungsgrad, fördert aktiv bestehende Netzwerke, entwickelt neue Instrumente und bringt die relevanten Player zusammen. Als Partner der Initiative luden wir gemeinsam mit hannoverimpuls zur ersten Netzwerkveranstaltung in die Cumberlandische Galerie nach Hannover.

Diese Meet-ups stellen regelmäßig lokale Projekte mit Gesundheitsbezug vor und schaffen eine persönliche Netzwerkplattform. So begrüßten wir zur ersten Veranstaltung dieser Reihe am 9. November 2022 Christian Neumann, Business Manager Healthcare Informatics and

Fotos © felix albertin fotografie, DHCH



Digital Health Technologies, Philips. Frei nach dem Leitsatz 'Digitalisierung ist Team sport' suchten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Gesundheits- und Sozialwirtschaft in

den Gruppenworkshops nach gemeinsam Synergien, Wegen zur Ressourcenschonung, Experten-Netzwerken und Innovationstreibern. ■

Verlässliche Versorgung durch Apotheken sicherstellen

GKV-Finanzstabilisierungsgesetz, Lieferengpass-Gesetz und eine Apothekenhonorierung von 2013 stellen unsere flächendeckende Arzneimittelversorgung durch Apotheken vor riesige Herausforderungen. Durch das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz müssen Apotheken mehr Geld für ein abgegebenes Arzneimittel an die Krankenkassen zahlen. Laut Entwurf des Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungs- und

Versorgungsverbesserungsgesetzes (*Lieferengpass-Gesetz*) sollen die während der Pandemie erfolgreich angewandten Austauschregeln für Apotheken nur in Teilen verstetigt werden und die Austausch-Pauschale von 50 Cent bei Engpässen auf geringem Niveau festgeschrieben werden. Hier braucht es dringend Anpassungen für eine verlässliche Arzneimittelversorgung vor Ort. ■



Kim-Fleur Seliger
Geschäftsführerin Landesapothekerverband Niedersachsen e.V. (LAV)

„Lieferengpässe verschärfen die Versorgungslage in Niedersachsen. Die Apotheken brauchen deshalb Flexibilität und Vertrauen in ihre Kompetenz, die sie in den letzten Jahren bewiesen haben. Die Politik muss die Apotheken entlasten und fair honorieren, sonst wird es für Apotheken immer schwieriger, die Patientinnen und Patienten zu versorgen.“

ZITIERT

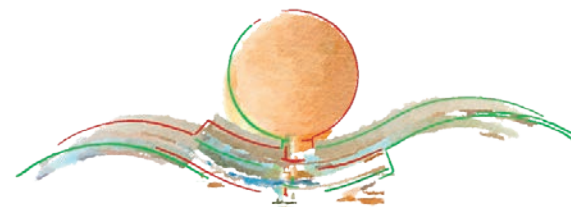
Niedersächsischer Sozialpreis ehrt Verantwortung, Zusammenhalt und Solidarität

UVN und LAG FW zeichnen gemeinsam mit Schirmherr Minister Olaf Lies am 15. Juni 2023 gesellschaftlich engagierte Unternehmen und gemeinnützige Organisationen aus

Mit der Verleihung des Niedersächsischen Sozialpreises sprechen die beiden Stifter, Unternehmerverbände Niedersachsen und die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, gemeinsam mit Schirmherr Minister Olaf Lies gesellschaftlich engagierten Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen Dank und Anerkennung für ihre besondere Leistung aus. Gleichzeitig möchten sie mit den Praxisbeispielen der Preisträger für sozial nachhaltiges Wirtschaften sensibilisieren, begeistern und dazu animieren, selbst aktiv zu werden. Der Sozialpreis wird alle zwei Jahre vergeben. Die Preisträgerinnen und Preisträger erhalten neben einem für die eigene Öffentlich-

keitsarbeit nutzbaren Projektfilm eine Skulptur des Kunstschmieds Alfred Bullermann. Diese hat er gemeinsam mit Mitarbeitenden der Caritas-Werkstätten Altenoythe erdacht und geschmiedet. Mehr über die Preisträgerinnen und -träger erfahren Sie im jeweiligen Projektfilm (QR Codes bei Beschreibungen).

Ein großes Dankeschön ging in diesem Jahr an Lorenz Hansen, Geschäftsführer der Gundlach Bau und Immobilien GmbH & Co. KG, für die Unterstützung der Veranstaltung und seine Laudatio. Das Unternehmen Gundlach wurde vor zwei Jahren selbst für ein Projekt mit dem Preis ausgezeichnet. ■



NIEDERSÄCHSISCHER SOZIALPREIS
Verantwortung. Zusammenhalt. Solidarität.

Kategorie Sozial am Arbeitsplatz

Historisch-Ökologische Bildungsstätte (HÖB) Emsland in Papenburg e.V., Bildungs- und Tagungszentrum Ostheide Heimvolkshochschule Barendorf e. V., nifbe – Niedersächsisches Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung
Ressourcenorientierte Organisationsentwicklung in Kindertagesstätten

Über das Projekt

Im Rahmen des Projektes hat das HÖB mit 21 Kitas in der Region Lüneburg innovative

Ansätze entwickelt, die die Kitas langfristig stärken. In sogenannten Entwicklungswerkstätten wurden energiegeladene Zukunftskonzepte entwickelt, in konkrete Handlungsschritte aufgliedert und implementiert. In Zeiten von Personal- und Zeitmangel, Aufgabenfülle und Termindruck werden Kindertagesstätten als attraktives Arbeitsfeld gestärkt, zufriedenes und gesundes Arbeiten gefördert und eine angemessene Work-Life-Balance über verschiedene Lebensphasen hinweg unterstützt.



Kategorie Sozial für das Gemeinwesen

Cluster e.V. und Cluster Projekte GmbH, Hildesheim

Über das Projekt

Die Freie Werkstatt des Cluster e.V. und Cluster Projekte GmbH setzten den Gedanken der Nachhaltigkeit um und bieten gleichzeitig praktische Berufsorientierung für Jugendliche. Der erlebte Einblick in handwerkliche Berufe

ist überaus wichtig für die Berufsfindung und Motivation der jungen Menschen. Ressourcen und Kosten werden bei gemeinsam genutzten Werkstatträumen für Holz- und Metallarbeiten geringgehalten. Neben handwerklichen Fähigkeiten lernen die jungen Menschen auch soziale Kompetenzen. Für Jugendliche ist das Studio *Fitness im Viertel* kostenlos.



Sonderpreis 2023 Hilfen in der Corona-Pandemie

Fachstelle Sucht und Suchtprävention des Kirchenkreises im Landkreis Verden Präventionsprojekt (Cyber-)Mobbing – und raus bist Du!

Über das Projekt

Hierbei handelt es sich um ein Projekt zur Aufklärung über Entstehung und Auswirkungen von Mobbing für Jugendliche, Eltern, Lehrende und weitere Betroffene sowie zur Entwicklung eines Frühwarnsystems. Damit

sollen Mobbingprozesse rechtzeitig erkannt, unterbrochen und die negativen sozialen und gesundheitlichen Folgen vermieden werden. Gerade da im Pandemiejahr 2020 die psychische Belastung der Kinder und Jugendlichen stieg, konnte das Projekt mit neu entwickelten digitalen Formaten, Schulungen, interaktiven Unterrichtseinheiten, Fortbildungen für Lehrkräfte, Veranstaltungen für Eltern und begleitender Sozialarbeit einen großen und nachhaltigen Mehrwert leisten.

Sonderpreis 2023 Hilfe für die Ukraine

Premium Aerotec, Varel Aktion Glückspfennig

Über das Projekt

Die Beschäftigten der Premium Aerotec Industries am Standort Varel spenden monatlich ihren Rest-Cent-Betrag in einen Fördertopf. Diese Summe wird vom Unternehmen verdoppelt. 2022 gab es eine Sonderausschüttung in Höhe von 10.000 Euro für die ukrainischen Flüchtlinge in der Region. Gemeinsam mit

der Agenda Varel wurden 30 Projekte unterschiedlichster Art ausgewählt und finanziell unterstützt. Darunter waren zum Beispiel 240 9-Euro-Tickets, ein ukrainischer Nachmittag, Schulausflüge, Gutscheine für Schulmaterialien, ein Therapiehundeprojekt, Übersetzungsgeräte, Unterstützung der Willkommensklasse oder der Kauf zweisprachiger Bücher für die Stadtbibliothek.





Kreislaufwirtschaft in Niedersachsen – zukunftsfähig und innovativ

Parlamentarischer Abend der UVN am 4. Mai 2023 im Alten Rathaus Hannover

Eine voll leistungsfähige Kreislaufwirtschaft mit ihren Schwerpunkten Vermeidung, Wiederverwendung, Reparatur und Recycling ist das Zukunftsmodell für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen. Dadurch werden natürliche Ressourcen geschont, internationale Lieferkettenprobleme reduziert und unsere Versorgungssicherheit gestärkt. Um die vielen innovativen Ideen und Entwicklungen weiter-

zubringen und unsere Kreislaufwirtschaft zu perfektionieren, ist ein reger Austausch zwischen Wirtschaft und Politik unabdingbar. Nur so können wir neue Potenziale feststellen, passgenaue Materialien entwickeln, dringend erforderliche Standortfaktoren wie unseren Infrastrukturausbau zügig voranbringen und die Wettbewerbsfähigkeit Niedersachsens und Deutschlands sicherstellen.

Beim Parlamentarischen Abend im Alten Rathaus Hannover diskutierten wir mit rund 300 Gästen aus Politik und Wirtschaft, wie wir die Kreislaufwirtschaft zügig in ein neues Zeitalter führen können. In seiner Begrüßung drängte UVN-Hauptgeschäftsführer Dr. Volker Müller auf deutlich schnellere Genehmigungsverfahren und blickte voller Zuversicht auf die geplante Regierungskommission des Nieder-

sächsischen Umweltministeriums zur Circular Economy.

Unsere Experten brachten viele Lösungen aus der Wirtschaft ein. So wies Marc Verfürth (AVISTA OIL AG) darauf hin, dass das stoffliche Recycling Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit von knappen Ressourcen schaffe. Die Altölaufbereitung spare nachweislich bis

zu 90 Prozent CO₂-Emissionen. Der 'Mehr-Wert' dieser Maßnahmen müsste am Ende aber auch gesehen werden. Trotz der Möglichkeiten der Rückgewinnung zahlreicher Rohstoffe fließen jährlich Millionen Tonnen strategisch wichtiger Metalle für die Energiewende, E-Mobilität und Digitalisierung aus Europa ab.

Marie-Christine von Hahn (Aurubis AG) wies darauf hin, dass eine CO₂-neutrale Zukunft gigantische Mengen dieser Rohstoffe wie beispielsweise Kupfer brauche. Denn Recycling auf höchstem technischen Niveau brauche eine wettbewerbsfähige und stabile Energie- und Rohstoffversorgung. Dr. Hady Seyeda (H.C. Starck Tungsten) unterstrich die vorhandenen Wettbewerbsnachteile wie ausufernde Energiekosten beim Ausbau seiner vielfältigen Recyclingaktivitäten und zeigte der Politik Lösungswege auf. Michael Larisch (EEW Energy from Waste GmbH) verwies auf veraltete Regelwerke und Vorgaben, die beispielsweise die

Nutzung von Verbrennungsrückständen zur Herstellung schadloser und CO₂-sparender Zementadditive nicht zuließen. Auch öffentliche Ausschreibung böten großes Potenzial. ■



Fotos © Marcus Prell/UVN



Peter Kurth
Präsident BDE Bundes-
verband der Deutschen
Entsorgungs-, Wasser- und
Rohstoffwirtschaft e.V.

„Kreislaufwirtschaft bedeutet die Transformation zu einer Ressourcen bestmöglich schonenden Wirtschaft. Mehr Rohstoffgewinnung aus Abfällen, Energieeinsparung und Emissionsminderung, langlebigere Produkte, die so entworfen werden, dass die spätere Wiederverwendung eine Chance hat. So können wir Industriestandort bleiben und trotzdem ambitionierte Klimaziele erreichen.“

ZITIERT



UVN-Hauptgeschäftsführer Dr. Volker Müller am 4. August 2022 für ein ausführliches Interview mit Anne-Kathrin Berger auf dem h1-Sofa zur Lage der niedersächsischen Wirtschaft



Fehlende Wettbewerbsfähigkeit dämpft Wachstum

Die extremen Preissteigerungen waren im Jahr 2022 das dominierende wirtschaftspolitische Thema. So sind die Verbraucherpreise in Deutschland laut Statistischem Bundesamt im Gesamtjahr um 7,9 Prozent nach oben gesprungen. Bei den Erzeugerpreisen lag der Anstieg sogar bei 32,9 Prozent, dem höchsten Wert seit Beginn der Erhebung im Jahr 1949. Stärkster Treiber waren dort die Energiepreise mit einem Plus von 86,2 Prozent. Ohne Berücksichtigung der Energie erhöhten sich die Erzeugerpreise immer noch um 14,0 Prozent.

In diesem schwierigen Umfeld ist die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr um 1,8 Pro-

zent gewachsen. Die wichtigste Wachstumsstütze war der private Konsum. Er legte nach Wegfall der Corona-Maßnahmen um 4,6 Prozent zu und hat fast das Vorkrisenniveau von 2019 erreicht. Besonders deutlich hat sich dieser Trend bei den Ausgaben in Hotellerie und Gastronomie sowie Freizeit, Unterhaltung und Kultur gezeigt. Der staatliche Konsum ist mit 1,1 Prozent leicht gestiegen. Der Staat hat viel Geld für die Versorgung der Geflüchteten ausgegeben, gleichzeitig aber Corona-Maßnahmen eingestellt.

Auch die Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge haben mit einem Plus von 2,5

Prozent erheblich zum Wachstum beigetragen. Die Bauinvestitionen sind dagegen aufgrund fehlender Fachkräfte und Baumaterialien sowie steigender Bauzinsen um 1,6 Prozent eingebrochen. Trotz der Preisanstiege hat der Außenhandel zugenommen. Die Importe sind mit einem Plus von 6,7 Prozent allerdings deutlich stärker gestiegen als die Exporte mit plus 3,2 Prozent. Der entsprechend negative Außenbeitrag dämpfte das Wachstum.

Die Wirtschaftsleistung in Niedersachsen lag laut Landesamt für Statistik Niedersachsen mit einem Wachstum von plus 1,1 Prozent unter dem Bundesschnitt. Auch hier haben

die Dienstleister maßgeblich zur Wertschöpfung beigetragen, insbesondere in den Bereichen Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit (plus 3,1 Prozent) sowie Handel, Verkehr und Gastgewerbe (plus 2,7 Prozent). Rückgänge gab es dagegen im Bau (minus 2,0 Prozent), Forstwirtschaft und Fischerei (minus 1,8 Prozent) sowie im produzierenden Gewerbe (minus 0,9 Prozent). Ähnlich wie im Bundeslandstrend wurde die Erholung nach der Corona-Pandemie durch die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs gedämpft. ■

Die Zeit läuft uns davon – Rahmenbedingungen für Tempo, Investitionen und Fortschritt endlich anpassen!



Im Gespräch mit UVN-Hauptgeschäftsführer Dr. Volker Müller erläutert dieser, warum der Wirtschaftsstandort Deutschland und

die Marke Made in Germany ernsthaft in Gefahr sind.

Herr Dr. Müller, wie geht es den niedersächsischen Unternehmen?

Die letzten Jahre stecken allen noch in den Knochen. Es gibt kein einheitliches Bild. Es gibt Branchen, insbesondere in der Industrie, die in den letzten Jahren sehr gut gelaufen sind. Aber wenn ich heute Bauindustrie, Automobilindustrie und Chemieindustrie sehe, dann wird deutlich, vor welchen Herausforderungen wir stehen.

Aber Deutschland und Europa haben sich ein Ziel gesetzt und unsere Unternehmen sind mehr als motiviert, dies gemeinsam zu verfolgen: Die ökologische und digitale Transformation der niedersächsischen Wirtschaft unter Beibehaltung unserer Wettbewerbsfähigkeit. Nur haben sich die Bedingungen durch Pandemie und Krieg dermaßen verändert, dass auch die Rahmenbedingungen entsprechend angepasst werden müssen – und zwar besser gestern als heute!

Gestern? Das heißt, der Wirtschaftsstandort ist in Gefahr?

Ja. Dank Wirtschaftshilfen, Kurzarbeit, Förder-

programmen in Digitalisierung und Energieeffizienz wurden während der Pandemie zwar viele notwendige Investitionen für die Transformation getätigt, um beispielsweise mobiles Arbeiten anbieten zu können und den klimaneutralen Umbau fortzuführen. Aber die zurzeit stark erhöhten Energie-, Rohstoff- und Arbeitskosten durch Krieg, Lieferkettenprobleme und sozialpolitische Reformen machen vielen Unternehmen zu schaffen und sind der Ausdruck einer immer noch hohen Inflation von über 5 Prozent. Hinzu kommen eine wachsende Bürokratie, langwierige Genehmigungsverfahren und fehlende Fachkräfte zur Umsetzung der Transformation. Viele Aufträge und Produktionen sind zurückgegangen. Alle Unternehmen sind betroffen. Unsere Wettbewerbsfähigkeit schwindet.

Unternehmen investieren aber dort, wo die Wettbewerbsfähigkeit hergestellt ist und Gewinne erwirtschaftet werden. Vor allem für international agierende KMU und Industrieunternehmen gibt es nur diese Konsequenz.

Was muss also passieren?

Wir brauchen weniger Bürokratie, mehr Tempo in der Verwaltung, wettbewerbsfähige Energiepreise und Steuersenkungen, damit unsere Unternehmen wieder in Deutschland investieren und transformieren können. Wie in der Vergangenheit können wir die Herausforderungen bewältigen, wenn wir wieder kreativ und innovativ sein können. Aber aus Berlin kommen wenig hilfreiche Ideen wie zum Beispiel die Vier-Tage-Woche. Die Zukunft wird eher mehr als weni-

UVN-Hauptgeschäftsführer
Dr. Volker Müller zu
Gast auf dem Podium
des Konzernforums
der Salzgitter AG am
23. Mai 2023



ger Arbeitszeit bringen, die muss aber deutlich flexibler werden. Während die Politik diskutiert, verliert unser Industrie- und Wirtschaftsstandort Tag für Tag an Kraft.

Bereits während der Erarbeitung unserer Positionen zur Landtagswahl Ende 2021 mit unseren Mitgliedsverbänden und deren Unternehmen sowie in unseren mehr als dreißig UVN Business Talks im Verlauf des Jahres 2022 haben niedersächsische Unternehmerinnen und Unternehmer ausführlich Hintergründe erklärt und auf die wesentlichen Stellschrauben für mehr Tempo, Investitionen, Innovationen und Fortschritt

hingewiesen. Viele weitere Verbände und Unternehmen haben diese Forderungen und Ansätze ebenfalls an allen relevanten Stellen platziert.

Die Niedersächsische Landesregierung hat sich nach der Koalitionsbildung sofort an die Arbeit gemacht. So haben wir die neue Deutschlandgeschwindigkeit bei der Genehmigung der LNG-Terminals als Vorbild für die Genehmigungsverfahren bei Windenergie- und Industrieanlagen genommen. Diese Geschwindigkeit braucht es nun aber flächendeckend in der Praxis.

Herzlichen Dank für das Gespräch! ■

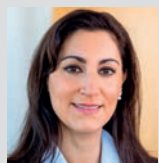


Jörn P. Makko
Hauptgeschäftsführer Bauindustrieverband
Niedersachsen-Bremen e.V.

„Keine Wende ohne Bauindustrie: ob Energiewende, Wärmewende, Mobilitätswende oder die eigenen vier Wände - es gibt überall viel zu tun! Infrastruktur bröckelt und bröseln, Wohnraum ist knapp und teuer, Breitbandausbau noch lange nicht flächendeckend, Preise für Baustoffe und Zinsen für Baugeld bleiben hoch. Die Aufgaben werden anspruchsvoller. Danke an UVN für die hervorragende Zusammenarbeit!“

ZITIERT

„Eine wettbewerbsfähige Chemieindustrie ist die unverzichtbare Basis für das Gelingen der Transformation. Verfügbare Energie zu bezahlbaren Preisen, beschleunigte Genehmigungsverfahren und eine planbare Chemikalienpolitik sind dafür die Grundvoraussetzungen, die schnellstmöglich sichergestellt werden müssen.“



Dr. Sarah Saeidy-Nory,
Geschäftsführerin
Verband der Chemischen
Industrie Landesverband
Nord e.V. (VCI Nord),
Hauptgeschäftsführerin
Arbeitgeberverband
ChemieNord e.V.



Industriepolitik für Deutschland

Am 26. Juni 2023, im Anschluss an die Wahl unseres neuen UVN-Präsidenten Dr.-Ing. Andreas Jäger, begrüßten wir Ministerpräsident Stephan Weil und BDI-Präsident Prof. Dr. Siegfried Russwurm zur UVN-Veranstaltungsreihe *Auf den Punkt. Industriepolitik für Deutschland*

Mit der BDI-Umfrage *Lagebild im industriellen Mittelstand 2023*, veröffentlicht am 6. Juni 2023, macht unser Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) erneut deutlich, dass 45 Prozent der knapp 400 befragten mittelständische Unternehmen verschiedener Größen, Regionen und industrieller Branchen gezwungen sind, ihre Investitionen in die Transformation zurückzustellen. Die hier aufgeführten Ergebnisse der Studie und notwendige Maßnahmen zum Erhalt unseres Industriestandortes diskutierten wir gemeinsam mit unseren Gästen:

- Die Industrie benötigt für mehr Investitionen einen spürbaren Bürokratieabbau und gezielte Steuersenkungen. Die Politik ist in der Verantwortung, die Rahmenbedingungen am Standort zu verbessern.
- Preise für Energie und Rohstoffe haben sich im Vergleich zum Vorjahr zwar etwas entspannt, bleiben aber für fast zwei Drittel der befragten Unternehmen eine der drängendsten Herausforderungen. Der Industriestrompreis muss dringend verlässlich und dauerhaft auf ein wettbewerbsfähiges Niveau sinken, sonst droht die Transformation in der Industrie zu scheitern.
- 25 Prozent der befragten Unternehmen kämpfen mit Infrastrukturschwächen am

Standort Deutschland (Verkehr, Energie, Digitales).

- 37 Prozent der befragten Betriebe beklagen sich akut über zu viel Bürokratie und langsame Genehmigungsverfahren.
- Rund drei Viertel der Unternehmen beklagen zu hohe Arbeitskosten, nicht zuletzt

aufgrund des gravierenden Fachkräftemangels.

- Wesentliche Hemmnisse für die gezielte Erwerbsmigration sind trotz der Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes nach wie vor komplizierte und langwierige Verwaltungsverfahren.



Clearingstelle des Landes intensiv einbinden

In der Kabinettsitzung am 11. Dezember 2022 hat die neue Landesregierung den Weg für die Fortführung der Clearingstelle des Landes Niedersachsen freigemacht und eine Verlängerung der Projektförderung bis Ende 2024 beschlossen. Als unabhängige Stelle in der Trägerschaft der IHK Niedersachsen und unterstützt von einem breit aufgestellten Mittelstandsbeirat, in dem auch die UVN sitzen, trägt die Clearingstelle zur Bürokratievermeidung für den Mittelstand bei. Sie analysiert dafür Gesetzes- und Verordnungsvorhaben, ob diese für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) vermeidbaren, bürokratischen Aufwand bedeuten und sorgt für Praxisnähe.

In einer gemeinsamen Presseaktion hat der Mittelstandsbeirat ausdrücklich die Fortsetzung der Arbeit der Clearingstelle unterstützt, ihre Arbeit gelobt und sich für eine verlässliche finanzielle Grundlage ausgesprochen, die auch künftig ihre Arbeitsfähigkeit sicherstellt. Denn Bürokratievermeidung und -überprüfung wird eine der wesentlichen Aufgaben der Politik zur Entlastung gerade der kleinen Betriebe sein. So sollten alle Ministerien und Ressorts intensiv von der Clearingstelle Gebrauch machen und alle Vorhaben ausnahmslos einem Bürokratiecheck unterziehen. ■

Unternehmenssteuern reduzieren und Investitionsanreize schaffen

Die deutsche Steuerpolitik hat mit Blick auf unsere Wettbewerbsfähigkeit und Investitionstätigkeiten in Transformation und Energiewende viel Luft nach oben. Privatwirtschaftliche und auch öffentliche Investitionen am Standort Deutschland nehmen stetig ab. Wichtige Wettbewerber verfügen über ein Unternehmenssteuerrecht, das deutlich attraktiver ist als in Deutschland.

Damit Deutschland international nicht länger ein Höchststeuerland ist, sollte die Steuerbelastung der Unternehmen 25 Prozent nicht

überschreiten. Dazu müssen Bund und Länder im ersten Schritt diese vier steuerpolitischen Maßnahmen beschließen:

- Den Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen.
- Investitionsprämien in die digitale Transformation und Energiewende erhöhen.
- Die steuerliche Forschungsförderung verbessern für mehr Innovationskraft.
- Die Thesaurierungsregelung reformieren für eine bessere Investitionsfähigkeit.



Dr. Karsten Tech
Hauptgeschäftsführer Landesverband Niedersachsen und Bremen
der holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie e.V.

„Unsere Unternehmen stehen vor großen Herausforderungen: Die Geschäftsaussichten trüben sich ein. Die Materialverfügbarkeit hat einen hohen Preis, da die Kosten für Komponenten und Zulieferprodukte kontinuierlich steigen. Die schwer zu kalkulierenden Energiepreise verkomplizieren die Planungen. Zudem stehen die Lieferketten weiter unter Druck.“

ZITIERT



Dr. Holger Hennies
Präsident Landvolk Niedersachsen – Landesbauernverband e.V.

„Der zweitgrößte Wirtschaftszweig Niedersachsens, die Land- und Ernährungswirtschaft, sieht sich weiterhin einem enormen Veränderungsdruck ausgesetzt. Im Bereich des Ackerbaus bereiten uns vor allem die Pläne der EU-Kommission zur Anwendung von Pflanzenschutzmitteln große Sorgen. Neben massiven Ertragseinbußen befürchten wir deutliche Verluste beim Einkommen und damit der Investitionsbereitschaft. Auch der nachgelagerte Bereich würde stark leiden. Die Landwirte stellen sich gesellschaftlich geforderten Veränderungen, aber sie wollen diese mitgestalten“

ZITIERT

UVN Lunch-TALK



Was ist los im Finanzsektor?
mit

Burkhard Balz
Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank

13. April 2023
11:00 - 12:00 Uhr
Videokonferenz

Die Automobilindustrie erlebt eine ‘Operation am offenen Herzen’



UVN im Gespräch mit Dr. Volker Schmidt in seiner Funktion als Hauptgeschäftsführer von NiedersächsenMetall.

Der Verband formuliert und koordiniert die gemeinsamen Interessen von rund 300 Betrieben mit ca. 100.000 Beschäftigten der niedersächsischen Metall- und Elektroindustrie, darunter neben dem Maschinen- und Anlagenbau eine Vielzahl namhafter Auto-

mobilizulieferer. In den tarifpolitischen, arbeits- und sozialrechtlichen sowie arbeitswissenschaftlichen Fragen stellt der Verband die Weichen für die Zukunft der Branche.

Herr Dr. Schmidt, wie stellt sich die aktuelle Situation der niedersächsischen Automobilindustrie dar?

Die niedersächsische Automobilindustrie befindet sich derzeit in einem tiefgreifenden Strukturwandel, der mit dem Begriff „Strukturbruch“ meines Erachtens am treffendsten beschrieben ist. Die Automobilwirtschaft – das ist das wirtschaftliche Herz Niedersachsens. Über 60 Prozent der Beschäftigten

in der niedersächsischen Industrie arbeiten in der Automobilindustrie, ein Prozentsatz, den in dieser Höhe kein anderes Bundesland kennt. Zwei Drittel der industriellen Wertschöpfung kommen aus der Autobranche. Dahinter steht nicht nur VW, sondern auch eine mindestens ebenso starke Zulieferindustrie. Dabei ist die Ertragslage in der Zulieferindustrie derzeit alles andere als rosig, vier von zehn Autozulieferern erwarten 2023 rote Zahlen. Dies dämpft die Investitionskraft der Unternehmen empfindlich. Und dies vor dem Hintergrund, dass eigentlich massiv investiert werden müsste. Denn rein volkswirtschaftlich betrachtet entwerfen Transformation und exorbitant gestiegene Energiekosten erhebliche Teile des industriellen Anlagevermögens.

Was bedeutet diese Entwicklung für die Transformation der Autoindustrie?

Das Zusammenwirken aus Transformation und Energiekostenkrise bewirkt, dass wir in der industriellen Kernbranche Niedersachsens derzeit so etwas wie eine „Operation am offenen Herzen“ erleben. Die Transformation ist nicht zum Nulltarif zu haben, das wissen wir. Sie verlangt extrem hohe Investitionen. Dem stehen allerdings massiv gestiegene Kosten auf der Beschaffungsseite entgegen, die bei den meisten Unternehmen kräftig in die Margen gehen. Denn 60 Prozent unserer Autozulieferer sagen, sie könnten diese Mehrkosten gar nicht oder nur stark eingeschränkt in den Preisen weitergeben.

Woran liegt das?

Fehlende Marktmacht der meist mittelständischen Zulieferer, längerfristige Lieferverträge mit Fixpreisen, aber auch der Fakt, dass die Absatzmärkte durch die Ausdünnung der Verbrennerfahrzeuge im Portfolio der Autohersteller deutlich geschrumpft sind und weiter schrumpfen. Zulieferer „leben“ vor allem von hohen Marktvolumina, tatsächlich aber haben wir es seit 2018 mit einer mittlerweile halbierten Autoproduktion in Deutschland zu tun. Insofern bleibt es das Geheimnis der Politik, wenn insbesondere von den Autozulieferbranche gebetsmühlenartig mehr Investitionen in Dekarbonisierung, neue Antriebe, neue Werkstoffe und in die Digitalisierung eingefordert werden, viele Betriebe dies aber gar nicht stemmen können, weil die Ertragslage es nicht hergibt. Das Versprechen, dass die Energiewende den Strompreis verbilligt, ist mehr als zwei Jahrzehnte alt. Fakt aber ist, dass Deutschland heute den mit Abstand höchsten Industriestrompreis aller Industrieländer hat. Die letzte Reform der Unternehmenssteuern liegt 22 Jahre zurück und allen Ankündigungen zum Trotz verharren wir im Status quo. Fakt ist auch hier, dass unsere wichtigsten Wettbewerber attraktive steuerliche Rahmenbedingungen längst zum Feld des Standortwettbewerbs gemacht haben. Es wird Zeit, dass die deutsche Politik den immer intensiver werdenden Wettbewerb der Industriestandorte endlich wahrnimmt und entsprechend handelt. Mehr Initiative von der Wirtschaft einzufordern wäre also erheblich glaubwürdiger, wenn die Bundesregierung liefern würde.

Herzlichen Dank für das Gespräch! ■

Nachhaltigkeitsberichterstattung im Unternehmen

Gemeinsam mit der Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit (NAN) haben wir uns in zwei Veranstaltungen der Reihe ‚Sustainable Finance in Häppchen‘ mit der Unternehmensfinanzierung nach ESG-Kriterien und dem aktuellen Stand der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD), also der Zukunft der Nachhaltigkeitsberichterstattung, auseinander gesetzt. Am 31. August 2022 beschäftigten wir uns schließlich mit der konkreten Umsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung im Unternehmen.



Dabei ging unser Experte Lothar Hartmann, Leiter des Nachhaltigkeitsmanagements der memo AG, insbesondere auf die Prozesse, die Einbindung der Beschäftigten sowie notwendige Zeit- und weitere Ressourcen ein. ■

Mehr Investitionen in Landesstraßen und Brücken

Gemeinsam setzt sich die niedersächsische Wirtschaft gegenüber der Landesregierung für mehr Investitionen in die marode Verkehrsinfrastruktur ein. Doch der niedersächsische Haushalt plant 2023 eine weitere Reduzierung. Zusammen mit der Bauindustrie sprachen wir im Mai 2023 mit der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) über den wachsenden Investitionsstau bei Straßen und Brücken.

Niedersachsen ist flächenmäßig das zweitgrößte und mit rund 8 Millionen Einwohnern der Bevölkerungszahl nach das viertgrößte Bundesland Deutschlands. Neben dem Individualverkehr sind und werden auch künftig noch stärker die Unternehmen mit Lastentransporten abhängig von intakten Landesstraßen und Brücken sein. Dieser Gesichtspunkt wird durch den Trend der Globalisierung und die Zunahme lokaler Wirtschaftskreisläufe und -netzwerke verstärkt.

So ist Niedersachsen mit seiner Zuliefer- und Automobilindustrie sowie der Logistikwirt-

schaft einer der wichtigsten Mobilitätsstandorte und Handelsknotenpunkte in Europa. Unsere Land- und Ernährungswirtschaft ist angewiesen auf intakte Landesstraßen und als Tourismusstandort nutzen jährlich Millionen Besucher unsere Verkehrsinfrastruktur.

Straßen dienen aber nicht nur der Fortbewegung. Die Oberflächen sind wichtige Bestandteile des Wassermanagements bei Starkregenereignissen. Reibungsloser Verkehr sorgt für weniger Stau. Weniger Stau bedeutet weniger CO₂. Insofern ist eine intakte Verkehrsinfrastruktur ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz.

Alle Verkehrsträger benötigen kontinuierliche Investitionen. Viele Landesstraßen in Niedersachsen sind in einem gefährlichen Zustand, behindern Güterverkehre und sorgen für Verkehrseinschränkungen. Außerdem sind in Niedersachsen fünfzig Brücken so schwer geschädigt, dass sie vor der Sperrung stehen, weiteren einhundert Brücken droht das gleiche Schicksal. Die drei marodesten in Nie-

Jörn. P. Makko
(Nds. Bauindustrie, l.)
und Dr. Volker Müller
(UVN, r.) schildern der
Hannoverschen Allge-
meinen Zeitung (HAZ) den
wachsenden Investitions-
stau niedersächsischer
Straßen und Brücken.



dersachsen sind am Weidetor (Hannover), am Südschnellweg (Hannover) und die Weserbrücke (Hannoversch Münden).

Unsere Landesverkehrsinfrastruktur benötigt jährlich mindestens 130 Mio. Euro, um einem Investitionsstau und einer nicht aufholbaren Vernachlässigung unserer Landesstraßen vorzubeugen. Eine erneute Reduzierung der Landesmittel ist unverantwortlich! Geplant sind 2023 laut Haushaltsentwurf der Niedersächsischen Landesregierung jedoch nur 82 Millionen Euro, sogar 20 Millionen weniger als im

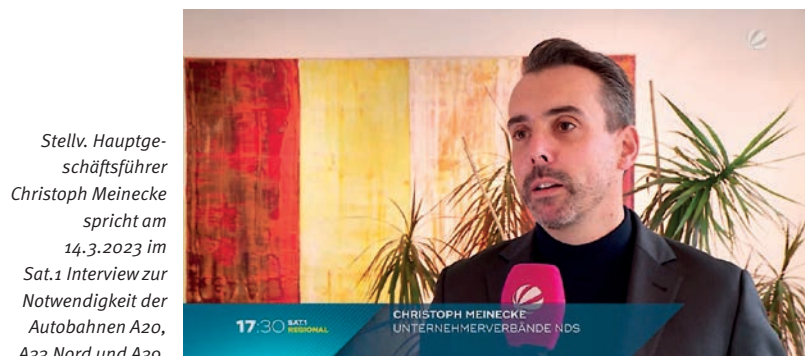
vergangenen Jahr. Und diese Investitionsmittel berücksichtigen nicht einmal die aktuellen Bau- preisstörungen. Hinzu kommen zähe Genehmigungsverfahren, wachsende Bürokratie und, wie beim abgeschlossenen Planfeststel- lungsverfahren des Südschnellwegs in Hanno- ver, immer wirkungsvollere Demonstrationen einzelner Interessengruppen oder Personen, die wichtige Vorhaben einfach ausbremsen.

Ein Pakt für Infrastruktur, ein Pakt für Brücken, kann der Einstieg sein, um diese Probleme zu lösen. ■

Am 15. Juli 2022
diskutierten wir maßgeb-
liche Stellschrauben zur
„Zeitenwende Mobilität“
mit Bundesverkehrsmini-
ster Dr. Volker Wissing
und ADAC-Präsident
Christian Reinicke.



Foto © Marcus Prell/UVN



Stellv. Hauptge-
schäftsführer
Christoph Meinecke
spricht am
14.3.2023 im
Sat.1 Interview zur
Notwendigkeit der
Autobahnen A20,
A33 Nord und A39.

Aufbruchstimmung auf der HANNOVER MESSE

Aussteller und Veranstalter der HANNOVER MESSE vom 17. bis 21. April 2023 ziehen positives Fazit – Niedersachsen lädt traditionell zum Niedersachsen-Abend am Messe-Mittwoch



Foto © Deutsche Messe

Rund 1.000 Gäste trafen sich zum Niedersachsen-Abend am 19. April 2023. Die Gastgeber Dr. Volker Müller (UVN), Dr. Bernhard Bruns (IHK Niedersachsen), Olaf Lies (Niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung), Dr. Jochen Köckler (Deutsche Messe AG) und Gunnar Groebler (Salzgitter AG).

Unter dem Motto *Industrial Transformation – Making the Difference* zeigten die Aussteller der diesjährigen Weltleitmesse der Industrie, welche Innovationen sie entwickeln – auf dem Weg zu einer smarten, energieeffizienten und nachhaltigen Industrie. Zu den Kernthemen der HANNOVER MESSE zählten künstliche Intelligenz, Wasserstoff, Energiemanagement, die vernetzte und intelligente Produktion sowie das neue Datenökosystem Manufacturing-X.

Mehr als 4.000 Ausstellende präsentierten ihre Lösungen für eine digitale, vernetzte sowie nachhaltige Industrie. Darunter zeigten mehr als 300 Start-ups ihre Vielfalt und Innovationskraft. Das Partnerland Indonesien setzte sich als hochattraktiver und dynamischer Standort für Investitionen und Partnerschaften in Szene.

43 Prozent aller Gäste kamen aus dem Ausland und informierten sich darüber, wie sie ihre Produktion zukunftsfähig gestalten können. Die Top-Besuchertländer nach Deutschland waren die Niederlande, China, Korea, Polen und die USA.

Mehr als einhundert politische Delegationen aus mehr als fünfzig Ländern besuchten die HANNOVER MESSE in diesem Jahr. Allen voran Bundeskanzler Olaf Scholz mit dem indonesischen Präsidenten Joko Widodo sowie Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck. Weitere Delegationen kamen aus ganz Europa, Argentinien, Mexiko, Kanada, Japan, China, den USA und Indien. ■

TECHTIDE 2022 – Gemeinsam die digitale Transformation in Niedersachsen gestalten



Foto © TECHTIDE

Stellv. UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe im Kreis der Digitalunterstützer des Landes Niedersachsen auf der TECHTIDE 2022

Die TECHTIDE unterstützt die Digitalstrategie des Landes Niedersachsen, vernetzt die handelnden Personen und zeigt auf, wie die Gesellschaft von digitalen Technologien profitieren kann. Die vergangene Veranstaltung wurde am 12. September 2022 abends vom damaligen Wirtschaftsminister Dr. Bernd Althusmann und Kenza Ait Si Abou, Expertin für Künstliche Intelligenz (KI), eröffnet. Rund 1.500 Besucherinnen und Besucher trafen am 13. September auf ein vol-

les Programm mit mehr als 80 Vorträgen im Convention Center auf dem Messegelände in Hannover.

Ein Höhepunkt war die Vorstellung der vier nominierten Digitalen Orte Niedersachsen und die anschließende Auszeichnung des Gewinners: das digitale Medienbildungslabor DIGILAB – Bildung. Kompetenz. Kultur in Hittfeld. ■

Horizons #23 by Heise widmet sich der digitalen Arbeitswelt

Künstliche Intelligenz, Recruiting, IT-Sicherheit und Digitalisierung stellen Führungskräfte und Manager vor große Herausforderungen. Wie intelligente Lösungsansätze und Strategien in der digitalen Arbeitswelt aussehen können, zeigt Heise Medien im neuen Eventformat Horizons by Heise am 27. und 28. November 2023 in Hannover.

Um die Themen passgenau auf die Teilnehmenden zuzuschneiden, hat Heise Medien Kooperationen mit der Medienmarke t3n, der CISO Alliance und den Unternehmerverbänden Niedersachsen vereinbart. Die UVN sind ebenfalls im Programmkomitee vertreten. ■



Landeswohnungsbaugesellschaft – Kooperation statt Konkurrenz für mehr Wohnraum und bessere Rahmenbedingungen

Der vdw Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Niedersachsen Bremen vertritt die Interessen von 178 Wohnungsunternehmen in Niedersachsen und Bremen. In ihren rund 400.000 Wohnungen leben fast eine Million Menschen. In Niedersachsen gehört jede fünfte Mietwohnung zum Bestand der vdw-Mitgliedsunternehmen, die Mieten liegen im Durchschnitt bei 6,01 Euro pro Quadratmeter (nettokalt).



Im Interview mit uns erklärt vdw-Verbandsdirektorin Dr. Susanne Schmitt, vor welchen Herausforderungen die Branche steht.

Frau Dr. Schmitt, wie sieht es derzeit aus für die Wohnungswirtschaft in Niedersachsen?

Die Probleme gerade im Bereich des bezahlbaren Wohnens sind gravierend. Bezahlbarer Wohnraum ist knapp, obwohl die vdw-Mitglieder ihre rund 300.000 Wohnungen in Niedersachsen zu einem Durchschnittspreis von 6,01 Euro pro Quadratmeter vermieten. Die Politik muss sich der Schaffung preiswerter Wohnungen fokussierter zuwenden; dabei ist die Landesförderung für den Neubau nicht so schlecht. Aber unter Einbeziehung aller Fakto-

ren haben wir derzeit eine Gemengelage, die unseren Mitgliedern das Bauen sehr schwer macht.

Das Land will mit der Gründung einer eigenen Wohnungsgesellschaft neue Impulse setzen. Was hält der vdw davon?

Das Vorhaben, eine Landeswohnungsbaugesellschaft zu gründen, dürfte eine der wegweisendsten und ehrgeizigsten Entscheidungen der amtierenden Landesregierung sein. Schon im nächsten Jahr soll das Unternehmen seine Arbeit aufnehmen. Der vdw hatte sich früh in die Diskussion über das Für und Wider einer neuen Wohnungsgesellschaft eingeschaltet. Wir haben auch auf die Risiken hingewiesen und davor gewarnt, das Unternehmen mit zu hohen Erwartungen zu überladen. Denn die Rahmenbedingungen an den lokal und regional sehr unterschiedlichen Wohnungsmärkten in Niedersachsen sind schwierig – und auch eine Landesgesellschaft kann diese prägenden Einflussfaktoren (hohe Baukosten, fehlende Materialien, geringe Kapazitäten im Bauhandwerk, steigende Zinsen u.v.m.) nicht ohne Weiteres aushebeln. Gleichwohl: Wenn die Landesgesellschaft ihre Arbeit aufnimmt und sie Mitglied in unserem Verband wird, wie dies im Koalitionsvertrag festgehalten ist, steht ihr das gesamte Netzwerk der sozialorientierten Wohnungswirtschaft zur Verfügung.

Wie sollte die Landeswohnungsbaugesellschaft Ihrer Ansicht nach aufgestellt sein?

Wir warnen davor, einen großen Apparat aufzubauen. Stattdessen müsste die Gesellschaft schlank und kostengünstig arbeiten. Sie kann dabei auf die Unterstützung der etablierten kommunalen Unternehmen und der rund 100

Wohnungsgenossenschaften in ganz Niedersachsen vertrauen. Kooperation statt Konkurrenz – dann kann der Plan zu einer Erfolgsschicht werden.

Herzlichen Dank für das Gespräch! ■

Wettbewerb *Gemeinsam aktiv – Handel(n) vor Ort*

Das Niedersächsische Wirtschaftsministerium startet 2023 bereits zum sechsten Mal gemeinsam mit verschiedenen Partnern den Ideenwettbewerb *Gemeinsam aktiv – Handel(n) vor Ort*. Bewerbungsschluss ist der 28. August 2023. Unter dem diesjährigen Motto *Starker Handel – Starke Zentren* sollen Einzelhandelsunternehmen, Standortgemeinschaften und Genossenschaftsmodelle, die kreative Ideen und „starke“ Projekte zur Belebung ihres Standortes oder gar der gesamten Innenstadt entwickelt haben, für ihr Engagement und ihre Kreativität ausgezeichnet werden.

Mark Alexander Krack, Hauptgeschäftsführer des Handelsverband Niedersachsen-Bremen (HNB) und einer der Partner des Ideenwettbe-

werbs, unterstrich, dass „wenngleich der Handel immer schon im Wandel gewesen ist, wir nicht zuletzt durch Einschnitte auch bei großflächigen Akteuren sehen, wie wichtig es ist, gemeinsam vor Ort aktiv zu sein, um die Zentren unserer Städte und Gemeinden in Niedersachsen lebendig zu erhalten. Starke Zentren lebten schon immer in der Kernfunktion vom Handel. 85 Prozent der Menschen erwarten vielfältige Einkaufsmöglichkeiten von innerstädtischen Lagen.“ ■

Website
Ideenwettbewerb





Foto © Mattis Kammerer/stock.adobe.com

Rohstoffsicherungsbericht 2022 des LBEG stellt klar:

Niedersachsen braucht mehr Gipsabbau und einen neuen Gipskompromiss

Der lange erwartete Rohstoffsicherungsbericht 2022 des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) wurde im März 2023 veröffentlicht. Er stellt klar: Wir benötigen mehr Rohstoffabbau in Niedersachsen, um sowohl die Klimaziele als auch die baupolitischen Ziele der Bundes- und Landesregierung erreichen zu können.

Der weiterhin hohe Bedarf an Neubauten, Gebäudesanierungen sowie der politisch angestrebte Um- und Ausbau des bestehenden Wohnraumbestands lassen auch in naher Zukunft die Nachfrage nach Baurohstoffen und insbesondere nach Baustoffen auf Gipsbasis

nicht absinken. Gipsabbau sichert dabei die Rohstofflieferung für eine angestrebte Verdichtung des Wohnungsbestands in die Höhe, um ausufernde Flächenversiegelung zu vermeiden. Gips ist ein sehr wichtiger Rohstoff für den Bau. Genehmigungen dafür sind jedoch immer schwieriger zu bekommen. Daher begrüßen wir die Ergebnisse des LBEG und hoffen auf eine dringend notwendige Versachlichung der Debatte.

Im Jahr 2002 wurde der sogenannte Gipskompromiss beschlossen, auf dessen Grundlage der Gipsabbau im Südharz auf eine Kulisse von Vorranggebieten im Landes-Raumord-

nungsprogramm mit einer Gesamtfläche von etwa 280 ha beschränkt wurde. Dieser Kompromiss ging von einem stetig weitergehenden Ersatz von Naturgips durch Sekundärrohstoffe, insbesondere durch REA-Gipse, und damit von einem zeitnahen Ende des Abbaus von Naturgipsen im Südharz aus.

Der Rohstoffsicherungsbericht geht nach den eigenen Erhebungen des LBEG bei gleichbleibender baukonjunktureller Entwicklung und dem Wegfall der REA-Gipse von einem steigenden jährlichen Bedarf von etwa 1,7 bis 2,0 Millionen Tonnen Gips- und Anhydrit-Rohstoffen aus. Nach den Berechnungen des

LBEG liegt die Restreichweite des genehmigten Gipsabbaus im Südharz bei etwa acht bis 16 Jahren für Baugipsrohstoffe und bei etwa elf bis 22 Jahren für Spezialgipsrohstoffe.

Wegfallender REA-Gips aus Kohlekraftwerken erfordert umweltschädlichen und teuren Import von Gips. Synthetische Gipse stehen in Deutschland wegen des Verbots der Herstellung von Phosphorgips nicht oder nur in sehr geringen Mengen von wenigen 10.000 Tonnen pro Jahr zur Verfügung.

Aus rohstoffwirtschaftlicher Sicht betrachten wir daher den niedersächsischen Gipskompromiss von 2002, der auch auf die Verfügbarkeit ausreichender Mengen von REA-Gips setzte, als überholt. Seine Überarbeitung und eine Neuaufstellung der Versorgung mit Gipsrohstoffen für das Land Niedersachsen ist dringend erforderlich. Die Daten aus dem Rohstoffsicherungsbericht müssen nun mit Prognosen zum erwarteten Gipsbedarf in den kommenden Jahrzehnten abgeglichen werden. Wir brauchen realistische Bewertungen der technischen und mengenmäßigen Bereitstellung von geeigneten Ersatzbaustoffen, von Substituierungsmöglichkeiten und der angestrebten Steigerung der Recyclingquoten. Nach Vorlage dieser Ergebnisse müssen wir die Diskussion auf politischer und fachlicher Ebene fortsetzen. Ziel ist, einen für alle Beteiligten tragbaren Kompromiss zum Gipsabbau in das nächste Landes-Raumordnungsprogramm aufzunehmen. ■

LROP – Landesregierung erkennt den Ernst der Lage nicht

Am 30. August 2022 hat das Kabinett die Änderungsverordnung (NROG) zum Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) gemäß § 4 Abs. 2 Satz 1 NROG beschlossen. Zur finalen Fassung der Änderungsverordnung erklärten die UVN, dass diese Fassung insbesondere im Bereich des Rohstoffabbaus leider weit hin-

ter dem zurückbleibe, was dringend notwendig ist, um die ambitionierten Wohnungs- und Straßenbauziele der Landes- und Bundesregierung realisieren zu können.

Mit Blick auf den Kohleausstieg und dem damit verbundenen Wegfall des REA Gipses so-

wie den weiterhin mangelhaften Regelungen zu Sekundärbaustoffen, schaffe das neue LROP nun erneut Hürden für dringend benötigte Bauvorhaben. Damit erkenne die Landesregierung nicht den Ernst der Lage! ■

PFAS differenziert betrachten und Umsetzungsphase verlängern

Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat einen Vorschlag für ein Verbot der Herstellung, der Verwendung und des Inverkehrbringens (einschließlich der Einfuhr) von mindestens 10.000 Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS) veröffentlicht. Das vorgeschlagene Verbot wurde im Rahmen der EU-Chemikalienverordnung REACH von Behörden aus Deutschland, den Niederlanden, Dänemark, Norwegen und Schweden ausgearbeitet.

Dadurch könnten viele technische Textilien zum Schutz des Menschen, der Umwelt, der Ressourcen und des Klimas sowie viele EU-Textilhersteller bald vor dem wirtschaftlichen Ende stehen. PFAS werden in zehntausenden von Produkten verwendet, darunter

Mobiltelefone, Windturbinen, Kosmetika, Solarpaneele, medizinische Geräte und Regenschirme. Einmal freigesetzt verbleiben sie jedoch aufgrund ihrer außerordentlichen chemischen Stabilität über Jahrzehnte in der Umwelt.

Voraussichtlich 2025 kann mit einer Entscheidung der Europäischen Kommission über den Vorschlag gerechnet werden. Sollte der PFAS-Beschränkungsvorschlag angenommen werden, wäre dies eines der umfangreichsten Verbote chemischer Stoffe seit Inkrafttreten der REACH-Verordnung 2007. Laut der vorgeschlagenen Beschränkung gibt es für Unternehmen je nach Anwendung Übergangsfristen von eineinhalb bis dreizehneinhalb Jahren, um Ersatz zu finden.

Die UVN beschäftigen sich im Arbeitskreis Umwelt mit der Konsultation. Wir setzen uns dafür ein, dass man stärker zwischen den unterschiedlichen PFAS differenziert. So können einige eher ersetzt werden als andere, für die es noch keine Ersatzstoffe gibt, die aufgrund ihrer Langlebigkeit sehr nachhaltig sind oder ein höheres Gut schützen, wie im Falle feuerfester Kleidung. Außerdem fordern wir eine Verlängerung der Umsetzungsphasen. ■



Foto © Goradenkoff/stock.adobe.com



Energie-Schlüsselland Niedersachsen – wie nutzen wir am besten unsere Poleposition?

Energiepolitischer Jahresauftakt am 1. Februar 2023 von UVN und EWE AG

Spätestens seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ist klar, dass unsere Energieimporte stärker hätten diversifiziert werden müssen. Zudem wurde beim Ausbau der Erneuerbaren viel Zeit verschwendet. Das Ergebnis ist die Dreifachherausforderung durch hohe Energiekosten, Versorgungsunsicherheit und den nur langsam voranschreitenden Umbau unseres Energiesystems.

Staatliche Hilfsprogramme sollen kurzfristig die Auswirkungen abfedern und Infra-

strukturprojekte beschleunigt werden, um das Langfristziel einer klimaneutralen Energieversorgung zu erreichen. Es ist unstrittig, dass Niedersachsen hierbei für Deutschland eine Schlüsselrolle zukommt. Welche konkreten Ziele die Landesregierung hat und wie unsere Industrie und Unternehmen an den Veränderungen partizipieren und zum Taktgeber werden können, darüber sprachen die Gastgeber UVN und EWE AG mit dem Niedersächsischen Energie- und Umweltminister Christian Meyer.

In seinem Impuls stellte Stefan Dohler (EWE AG) fest, dass Niedersachsen Vorreiter bei erneuerbaren Energien, beim Aufbau der Wasserstoffwirtschaft, bei modernen Energieinfrastrukturen und in der Energieforschung sei. „Jetzt ist die Zeit, durch kluge Entscheidungen diesen Vorsprung zu sichern und in eine positive Entwicklung unserer gesamten niedersächsischen Wirtschaft umzumünzen. Es ist unsere Entscheidung, ob wir die Chancen auf Wertschöpfung, neue Arbeitsplätze und positive Entwicklung nutzen oder uns da-

mit begnügen wollen, Durchleitungsland für den Süden zu sein und nur die Lasten der dafür nötigen Infrastruktur zu tragen. Wir sagen klar und deutlich: Letzteres ist nicht in unserem Interesse. Wir bringen unsere Expertise ein, um Mut zu machen und dafür zu werben, dass alle kraftvoll an einem Strang ziehen.“

Minister Christian Meyer unterstrich, dass Niedersachsen schon jetzt ein wichtiges Zahnrad im Getriebe der bundesweiten Energieversorgung sei: „Wir sind Wind- und Energieland



Nr. 1. Außerdem haben wir mit dem LNG-Terminal in Wilhelmshaven gezeigt, mit wie viel Tempo wir konkrete Projekte tatsächlich umsetzen können. Wir müssen beim Ausbau der erneuerbaren Energien endlich den Turbo zünden, um unsere Klimaziele zu erreichen. Niedersachsen kann ein noch größeres, bundesweites Vorbild sein und zum Taktgeber der Energiewende werden. Und ich bin sehr froh, dass die niedersächsische Industrie und Wirtschaft mitziehen wollen. Die Energiewende birgt für uns alle die Chance auf mehr Wertschöpfung, neue Produktionen und zukunfts-sichere Arbeitsplätze.“

Durch das Fishbowl-Diskussionsformat konnten Zuschauerinnen und Zuschauer aktiv mitdiskutieren. Ein zentrales Thema der Diskussion war der Faktor Zeit, den UVN-Hauptgeschäftsführer Dr. Volker Müller bereits während seines Impulses ins Spiel gebracht hatte: „Seit Jahren sprechen wir über die Chancen der Energiewende. Passiert ist bislang we-

nig. Dabei ist die zentrale Herausforderung nicht die Technik, sondern unser Verständnis von gesellschaftlichem Miteinander, das sich in quälend langen Genehmigungsverfahren und hunderten von Bürgerinitiativen gegen Energiewendeprojekte ausdrückt. Technisch ist die Energiewende möglich. Nun gilt es, die volkswirtschaftlich richtigen Schlüsse zu ziehen: Ist es sinnvoll, dass Energie aus Norddeutschland über viele Leitungen nach Süden transportiert wird oder ist es sinnvoller, die Energie dort zu verbrauchen, wo sie gewonnen wird? Bei all diesen Hemmnissen ist Politik gefragt, Rahmenbedingungen zu schaffen, die das Aufbruchmomentum unterstützen, das in der Wirtschaft vorherrscht.“ ■



Fotos © Marcus Prell/UVN

Mehr Tempo für die Energiewende

Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz
veröffentlicht im Juni 2023 den 5. Energiewendebericht

Der Bericht verdeutlicht die zentrale Rolle Niedersachsens als Energiewendeland Nr. 1 bei der bundesweiten Energiewende. Jede fünfte Kilowattstunde Strom, die im vergangenen Jahr in Deutschland produziert wurde, kam aus Niedersachsen. Von den in Niedersachsen produzierten 77,4 Terrawattstunden (TWh) stammen bereits 64 Prozent aus Erneuerbaren Energien. Im Ländervergleich der Onshore-Windenergie steht Niedersachsen sowohl bei den erteilten Genehmigungen für neue Anlagen (in 2022 wurden 198 Anlagen genehmigt) als auch bei der insgesamt installierten Leistung mit rund 12.100 MW unangefochten auf

Platz 1. Beim Thema Biogas ist Niedersachsen ebenso bundesweit Spitzenreiter und erzeugt mit 1.451 MW installierter elektrischer Leistung so viel Strom aus Biogas wie kein anderes Bundesland. Auch bei der Photovoltaik war im Jahr 2022 ein deutlicher Zubau von fast 600 MW an PV-Leistung zu verzeichnen. Damit liegt in Niedersachsen die installierte gesamte PV-Leistung bei rund 5.600 MW.

Die energiebedingten CO₂-Emissionen haben in Niedersachsen im Jahr 2022 einen neuen Tiefstand erreicht. Seit 1990 bis zum Jahr 2022 sind diese von 76,8 Millionen Ton-

nen CO₂ um fast 28 Prozent auf 55,4 Millionen Tonnen gesunken. Weitere Reduzierungen erreiche man durch klimaneutrale Stahlwerke und Autokonzerne, so Energieminister Christian Meyer. Weiter fördert die in Niedersachsen bereits vorgeschriebene kommunale Wärmeplanung die Wärmewende und die Task Force Energiewende sowie das Windenergie-Beschleunigungs-Gesetz erleichtern laut Bericht spürbar den Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Transformation der Wirtschaft. Hinzu kommen die Anstrengungen im Offshore-Bereich sowie beim Grünen Wasserstoff. Das Land fördert zusammen mit dem

Bund mit mindestens 2,4 Milliarden Euro ein grünes Wasserstoffnetz in Niedersachsen mit Herstellung, Speicherung, Transport und Verwendung zum Ersatz von fossilem Öl und Gas.

Minister Meyer unterstrich während seiner Vorstellung die erreichten Erfolge, blickte aber auch auf die noch entfernten Ziele, die sich Niedersachsen gesteckt hat: „Wenn wir unsere Klimaziele erreichen und den gesamten Energiebedarf bis 2040 vollständig aus erneuerbaren Energien decken wollen, muss das Tempo ein anderes werden. Dafür müssen wir die Erneuerbaren massiv und schneller ausbauen als bisher. Und wir müssen den Strom aus erneuerbaren Energien zunehmend auch auf die anderen Sektoren übertragen. Wir brauchen eine ganzheitliche Energiewende – und nicht nur eine Stromwende. Denn Niedersachsen ist als Agrar- und Küstenland wie kein anderes Bundesland von den Folgen der Klimakrise betroffen.“ ■



Energiewendebericht
Niedersachsen 2022

UVN Lunch-TALK

Marten Bunnemann
Vorstandsvorsitzender
Avacon AG

Dr. Susanna Zapreva
Vorstandsvorsitzende
enercity AG

Update zur Energieversorgung
mit

27. September 2022
17:30 - 18:30 Uhr
Videokonferenz

Politische Rahmenbedingungen und Investitionsfähigkeit sicherstellen

Deutschland hat sich das Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu sein. Niedersachsen legt noch eins drauf und zielt auf 2040. Seit Jahren arbeiten Staat, Wirtschaft und Gesellschaft an einer nachhaltigen und modernen Energieversorgung. Doch der russische Angriffskrieg auf die Ukraine im Jahr 2022 und die damit einhergehende Versorgungsunsicherheit gepaart mit stark steigenden Energiekosten haben deutlich gemacht, wie viele Hürden es auf dem Weg dahin noch zu überwinden gilt.



Im Gespräch beschreibt Benedikt Hüppe, stellvertretender UVN-Hauptgeschäftsführer und Experte für Energie und Digitalisierung, diese dringend notwendigen Rahmenbedingungen.

Herr Hüppe, die Auswirkungen von Pandemie und Krieg haben die Wirtschaft stark unter Druck gesetzt. Welche Priorität hat die Klimaneutralität neben all den anderen Baustellen zurzeit?

Unsere Unternehmen haben dieses Ziel trotz Krisen-Marathon fest im Blick. Allerdings haben sich die Voraussetzungen verändert. Und das erfordert eine schnelle Anpassung der

Rahmenbedingungen und zügige politische Entscheidungen.

Wenn wir unsere Ziele erreichen wollen, braucht es deutlich mehr Tempo bei den Genehmigungen, mehr Investitionen des Staates in unsere Infrastruktur und mehr Investitionsanreize in klimaneutrale Technologien für alle Unternehmen. Darüber hinaus braucht es international wettbewerbsfähige Energiepreise. Für die energieintensive Industrie genauso wie für die kleinen und mittleren Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen und diese Ziele umsetzen und die Gesellschaft in ihrer Breite mitgestalten.

Der Zeitplan der EU und Deutschlands für eine klimaneutrale Transformation verkürzt sich von Legislatur zu Legislatur. Die Niedersächsische Landesregierung plant schon 2040 klimaneutral zu sein, bis 2030 sollen sich die Treibhausgas-Emissionen um 75 Prozent und bis 2035 um 90 Prozent gegenüber 1990 verringern. Warum sollten wir jetzt, aus der Krise heraus, schneller sein, als vor der Pandemie vorgesehen?

In der Vergangenheit wurden politisch handwerkliche Fehler gemacht, die das Transformationstempo vor dem Angriffskrieg auf die Ukraine stark gebremst haben. Jetzt versucht die Politik mit der Brechstange, das Tempo wieder zu erhöhen. Wir dürfen nicht ver-

gessen, dass wir das Fundament unserer Industriegesellschaft umbauen. Riesige Veränderungen wie diese brauchen viel Vorlauf in Unternehmen und Gesellschaft, um die enormen Investitionen vorbereiten und finanzieren zu können. Während der Pandemie haben wir in Teilen gesehen, welche Geschwindigkeit wir aufnehmen können, wenn man Unternehmen entlastet und die richtigen Investitionsanreize setzt. Genau das braucht jetzt auch die Energiewende.

Und wie soll das konkret passieren?

In erster Linie mit marktwirtschaftlichen Mechanismen. Warum nehmen wir den Unternehmen durch Steuern und Abgaben viele Mittel weg, um sie dann auf bürokratischen Wegen als Unterstützung wieder zurückzuzahlen? Für die Unternehmen sind die Energiekosten ebenso Produktionskosten wie viele andere auch. Wenn es gelänge, die Unternehmen an anderer Stelle, beispielsweise durch Steuererleichterungen und Reduktion der Arbeitskosten zu entlasten, wären die hohen Energiekosten leichter auszuhalten. Jede strukturelle finanzielle Erleichterung erhält der Staat durch ein gesteigertes Steueraufkommen zurück oder spart sie an anderer Stelle.

Hier schließt sich nahtlos das Thema Digitalisierung an. Die Verwaltung muss deutlich schneller und digitaler werden. Neben Materialengpässen läuft der Ausbau der Erneuer-

baren Energien aufgrund aufwendiger, zäher Genehmigungsverfahren so schleppend. Sowohl für neue Planungen, Modernisierungen, aber auch für die Materialtransporte zu den Baustellen. In vielen Behörden warten Anträge auf ihre Bearbeitung, weil nicht ausreichend Fachkräfte vorhanden sind. Dabei kann mir niemand erklären, warum eine Routenplanung eines Schwertransports nicht automatisiert erfolgen kann, sondern händisch durch Fachpersonal geprüft werden muss.

Allein in Niedersachsen müssen für ein klimaneutrales, stabiles und modernes Stromnetz Milliarden in den Netzausbau investiert werden. Diese Last darf nicht im Norden bleiben. Von der Infrastruktur profitieren alle. Dann müssen die Kosten dafür auch gemeinschaftlich getragen werden.

Ich bin skeptisch, ob Bund und Land die politischen Rahmenbedingungen, Fachkräftebedarfe und Infrastrukturmaßnahmen dermaßen schnell verbessern können, um die Ziele des neuen Klima-Gesetzes im Zeitplan zu erreichen. Wir werden diesen Weg in jedem Fall mit den uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten begleiten und unterstützen.

Herzlichen Dank für das Gespräch! ■



NAN-Transformations-
studie 2022

Standortvorteile nutzen und Potenziale heben

Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit (NAN) veröffentlicht am 7. September 2022 die Transformationsstudie zur Dekarbonisierung für Niedersachsen

Niedersachsen soll bis 2040 klimaneutral werden. Das gibt das Niedersächsische Klimagesetz (NKKlimaG) vor. Der niedersächsischen Wirtschaft kommt hierbei eine herausragende Bedeutung zu. Die Betriebe und der gesamte Wirtschaftsstandort müssen sich gleichermaßen ökologisch, ökonomisch und sozial weiterentwickeln, um den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen gewachsen zu sein – und zugleich Wertschöpfung und Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern. Vor dem Hintergrund der angespannten Energiesituation haben Bedeutung und Geschwindigkeit des Transformationsprozesses der niedersächsi-

schen Wirtschaft noch einmal zugenommen. Mit der Studie leistet die NAN Grundlagenarbeit, um diesen Prozess zielgerichtet zu unterstützen.

Als Partner der Allianz für Nachhaltigkeit unterstrichen die UVN am 7. September 2022 gemeinsam mit dem damaligen Niedersächsischen Energieminister Olaf Lies, DGB Niedersachsen, der LHN und der IHKN das Potenzial Niedersachsens: Die Transformationsstudie macht deutlich, dass Niedersachsen das Potenzial hat, Vorreiter zu sein und proaktiv zu gestalten. Zuerst müsse das Land aber vor al-

lem schneller werden und seine Standortvorteile nutzen. Die Studie legt die Grundlagen, damit die Landesregierung die Transformation der Wirtschaft in Niedersachsen unterstützen und beschleunigen kann. Sie zeigt beispielsweise, dass die Informations- und Datengrundlage noch optimiert werden muss und die Wärmewende in der Industrie bis dato zu wenig Beachtung gefunden hat. Auch ein Blick auf die Branchen machte weitere Energieeffizienzpotenziale deutlich. ■



Vehid Alemić
Hauptgeschäftsführer
Verband der Ernährungs-
wirtschaft e.V. (VdEW)

„Die Unternehmen der Lebensmittelwirtschaft treffen die hohen Energiepreise wegen der überdurchschnittlichen Energiebedarfe besonders hart. Hinzu kommen stark gestiegene Einkaufspreise und Arbeitskosten. Die Reduzierung der staatlichen Steuern und Abgaben auf ein Minimum wäre auch eine wichtige Entlastung für die Ernährungswirtschaft, würde die Inflation bremsen und Investitionen in die Transformation voranbringen.“

ZITIERT

Gemeinsamer Appell 2022 zur Energiepreiskrise – Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände schlagen Alarm!

In ad-hoc-Schalten und Arbeitskreisen informierten die UVN seit Ausbruch des Krieges Anfang 2022 ihre Mitglieder über die Energieversorgung und -kostenentwicklung. Immer mehr Betriebe und Unternehmen waren angesichts explodierender Gas- und Strompreise im Herbst 2022 existenziell bedroht. Die dadurch entstehenden Preissteigerungen hatten einen Bumerang-Effekt auf die gesamte Gesellschaft. Deshalb brauchten wir einen unkomplizierten Zugang zu angemessenen Hilfsleistungen, die über die damals angekündigte Verlängerung des Spitzenausgleichs für energieintensive Unternehmen hinausgingen.

Das Hilfspaket der niedersächsischen Koalition zur Überwindung der Energiepreissteigerungen Anfang September konnte die betroffenen Unternehmen nicht durch den Winter bringen. Die ausgeweiteten Kreditprogramme waren für unsere Unternehmen angesichts der Unsicherheiten im Energiebereich keine wirkungsvolle Hilfe, sondern dauerten zu lang und verursachten viel zusätzliche Bürokratie. Außerdem vermissten wir wichtige Entlastungen bei der Verlängerung der Kurzarbeitergeldregelung und den Unternehmenssteuern. Neben der Kostenreduzierung forderte die niedersächsische Wirtschaft für eine stabile Energieversorgung, vorübergehend alle Stromproduzenten am Netz zu lassen.

Um den Ernst der Lage mit geballter Kraft und vielen unterschiedlichen Beispielen zu verdeutlichen, erarbeiteten wir ein Positionspapier zur Energiepreiskrise, dass wir der Landesregierung in einem gemeinsamen Appell am 16. September 2022 überreichten. Darin erklärten unsere betroffenen Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände, dass Bundes- und Landesregierungen die Auswirkungen der steigenden Energiekosten unterschätzen, und forderten die Reduzierung der staatlichen Steuern und Abgaben auf ein Minimum und die Entkopplung des Gas- und Strommarktes durch eine Preisdeckelung der zur Stromproduktion genutzten Gasmenge. Weiter musste eine staatliche Ko-Finanzierung der Strom-Übertragungsnetzentgelte stattfinden. Nach der EEG-Umlage sollten auch andere Umlagen wie die KWK- und die Offshore-Netzumlage gestrichen werden.

Die Lage für die Wirtschaft war und ist sehr ernst, ernster als während der Corona-Pandemie. Unsere industrielle Wertschöpfung, das gesamte Modell Deutschland steht noch immer auf dem Spiel. Der Staat muss die Abgaben reduzieren, das Energieangebot verbreitern und das Strommarkt-Design ändern. Bereits im Herbst 2022, als wir noch die Zeit für strukturelle Veränderungen hatten, machten wir deutlich, dass direkte Hilfen nicht die



UVN-Hauptgeschäftsführer Dr. Volker Müller fordert im Dezember 2022 im Interview mit RTL Nord Entlastung von Energiepreissteigerungen zum Erhalt energieintensiver Unternehmen am Standort.

erste Wahl sein dürfen, sondern Veränderungen bei der Angebotsseite, Abgaben und Strommarktdesign. Mittlerweile, im Sommer 2023, kommen wir um einen reduzierten Industriestrompreis nicht mehr herum, wenn wir unsere energieintensiven Unternehmen und Industrie am Standort halten wollen. ■



Appelle der Verbände

Unbürokratische KMU-Wirtschaftshilfe 2023



Landespressekonferenz zur Energiekrise:
Millionen-Hilfe für Unternehmen
in Niedersachsen, NDR-Bericht vom
19. Dezember 2022

Mit der im Dezember gestarteten Wirtschaftshilfe KMU Niedersachsen bot das Land eine niedrigschwellige Unterstützung für die Unternehmen an, die besonders hart von den Energiepreissteigerungen betroffen waren. Diese Härtefallhilfe deckte alle Energieträger ab. Dafür standen insgesamt 300 Millionen Euro (200 Mio. Euro Niedersachsen, 100 Mio. Euro Bund) zur Verfügung – zunächst rund 100 Millionen

Euro für Zahlungen an kleine und mittlere Unternehmen als Entlastung für Energiepreissteigerungen im Jahr 2022.

Die Antragsstellung über die NBank war vom 23. Februar bis Ende März 2023 möglich. Um eine schnelle Hilfe zu gewährleisten, plante die NBank eine unmittelbare Abschlagszahlung von 50 Prozent der beantragten Hilfe. ■

Kernkraft-Abschaltung am 14. April 2023 war strategischer Fehler

Die Abschaltung der Kernkraftwerke zu diesem Zeitpunkt war ein strategischer Fehler. Die Wirtschaft, vor allem die Industrie, braucht eine verlässliche, stabile und bezahlbare Stromversorgung. Die Grundlast kann noch nicht durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Eine Verknappung des Angebots führt logischerweise zu einer Verteuerung des Stroms.

Um die noch funktionierenden, aber abgeschalteten, Kernkraftwerke zu ersetzen, stoßen Braun- und Steinkohlekraftwerke jährlich noch 35 Millionen Tonnen mehr CO₂ aus. Damit erweisen wir der Energiewende und vor allem der CO₂-Bilanz einen Bärendienst. ■

Task-Force Energiewende Niedersachsen

Anfang 2023 hat die Niedersächsische Landesregierung die *Task-Force Energiewende* installiert, um die Energieversorgung und Wirtschaft schnellstmöglich und zielstrebig auf Erneuerbare Energien und Klimaneutralität umzustellen. Die Task-Force, in der auch die UVN beratend vertreten sind, hat die Aufgabe, Beiträge für einen beschleunigten Transformationsprozess zu leisten. Dazu wurden im Umwelt-, Landwirtschafts- und Wirtschaftsministerium ressortübergreifend besetzte Arbeitsgruppen unter Einbeziehung externer Experten gebildet.

Am 31. Mai 2023 hat der Lenkungskreis, bestehend aus Umwelt- und Energieminister Christian Meyer, Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte und Wirtschaftsminister Olaf Lies, erste Ergebnisse der bisherigen Arbeit vorgestellt. Dazu zählen unter anderem:

Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

- **Windenergie-Beschleunigungsgesetz:**
Per Landesgesetz wird den Planungsträgern vor Ort vorgegeben, wie viel Prozent ihrer Fläche sie bis zum Jahr 2026 für Windenergie ausweisen müssen. Der Bund verpflichtet Niedersachsen dazu, insgesamt 2,2 Prozent der Landesfläche für Windenergie auszuweisen, damit neue Windkraftanlagen entstehen können.
- **Ausbaubeschleunigung Photovoltaik:**
Die Landesregierung will mehr Solar-

energie auf niedersächsischen Dächern und versiegelten Flächen wie zum Beispiel Parkplätzen. Dazu werden Gesetze geändert, Verfahren entschlackt und die Nutzung von Sonnenenergie auf denkmalgeschützten Gebäuden erleichtert.

- **Personalverstärkungsprogramm:**
Die Servicestelle Windenergie wird zu einer Servicestelle Erneuerbare Energien ausgebaut und mit zusätzlichem Personal verstärkt. Sie unterstützt die Kommunen bei der Genehmigung von Photovoltaik, Windenergie, Geothermie, Biogas und Wasserstoff.

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

- **Nachfolgeerlass zum bestehenden Verwertungskonzept für Wirtschaftsdünger und Gärreste (Biogas):**
Für den außer Kraft getretenen bisherigen Runderlass wird eine Nachfolgeregelung angestrebt. Ziel ist es, die neuen rechtlichen Aspekte der Niedersächsischen Bauordnung, des Düngegesetzes und der novellierten Düngeverordnung zu berücksichtigen.
- **Regelung zu Lagerkapazitäten und Verwertung von Wirtschaftsdünger (Gärrückstände):**
In Anpassung an die aktuelle Rechtsprechung sollen Regelungen umgesetzt werden, wonach Betreiber von flächenlosen



Biogasanlagen keine Lagerkapazitäten für im eigenen Betrieb anfallende Wirtschaftsdünger (Gärrückstände) vorhalten müssen. Voraussetzung ist, dass sie eine rechtskonforme Verwertung zu Düngezwecken mit Dritten sicherstellen.

■ **Änderung des Niedersächsischen Raumordnungsgesetzes (NROG):**

Zur Beschleunigung der planerischen Sicherung von Windenergiegebieten soll den Regionalplanungsträgern erstmals die Erarbeitung von Regionalplänen ermöglicht werden. Zudem sollen Fristen für die Erarbeitung der Regionalpläne vorgesehen werden.

■ **Arbeitshilfe für die Ausweisung von Windenergiegebieten:**

Die fortlaufend aktualisierte, umfangreiche Arbeitshilfe soll den Träger der Regionalplanung die rechtskonforme Festlegung

von Windenergiegebieten vor dem Hintergrund der mehrfach geänderten Gesetzgebung (Bund und Land) erleichtern.

- **Stärkung der Ämter für Regionale Landesentwicklung:** Durch sie sollen der Netzausbau und der Ausbau der Windenergie unterstützt werden.

Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung:

- **Verfahrensbeschleunigung:** Abbau struktureller Hemmnisse durch standardisierte Informationsgrundlagen, Digitalisierung und regionales Projektmanagement.
- **Wasserstoffwirtschaft und -netze:** Ermittlung regionaler Bedarfe zur besseren Planbarkeit von Netzausbauvorhaben.

■ **Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft:**

Forschungs- und Innovationsförderung, Reallabore und Technologiemärkte.

■ **Staatliche Infrastrukturen und Finanzinstrumente:**

Identifizierung von für die Transformation der Wirtschaft maßgeblichen Infrastrukturen und sinnvollen Finanzinstrumenten.



Stefan Katt
Geschäftsführer Landesverband
der Maschinenringe (LMR)
Niedersachsen e.V.

„Der Landesverband der Maschinenringe in Niedersachsen ist engagiert als Impulsgeber für Landleben und Landwirtschaft. So verbinden wir viele Interessen mit einem klaren Blick nach vorne. Die Agrar-Zukunft braucht das gestärkte Bewusstsein für Nachhaltigkeit, für gesellschaftliche Entwicklungen und für neue Digitalisierungschancen.“

ZITIERT

Solarpflicht für Industrie- und Gewerbe-Neubauten seit 2023

Um die Nutzung von erneuerbaren Energien zu beschleunigen und Treibhausgasemissionen zu reduzieren, haben einige Bundesländer eine Photovoltaikpflicht beschlossen. Diese Pflicht trifft laut § 32 a Niedersächsische Bauordnung (NbauO) seit 2023 in Niedersachsen neben Wohn-Neubauten auch Neubauten, die überwiegend gewerblich genutzt werden und mindestens eine Dachfläche von 50 m² auf-

weisen. Mindestens 50 Prozent der Dachflächen sind bei der Errichtung des Gebäudes mit Photovoltaikanlagen auszustatten. Bei der Errichtung ist die Tragkonstruktion des Gebäudes so zu bemessen, dass auf allen Dachflächen Photovoltaikanlagen zur Stromerzeugung aus solarer Strahlungsenergie errichtet werden können. ■



Stellv. UVN-Hauptgeschäftsführer Benedikt Hüppe am 27. Februar 2023 im Gespräch mit dem NDR zur Solaranlagenproduktion in Niedersachsen.

ZITIERT



Silke Weyberg
Geschäftsführerin Landesverband Erneuerbare Energien
Niedersachsen e.V. (LEE)

„Wir begrüßen die Forderung der Landesregierung, in die Wiederansiedlung von Solarproduktionsfirmen in Niedersachsen zu investieren. Damit ist eine funktionierende Lieferkette gewährleistet. Wir glauben allerdings nicht, dass der Staat der bessere Unternehmer ist, sondern sprechen uns für Landesbürgschaften oder Förderungen aus.“

Gebäudeenergiegesetz sorgt für nationale Überregulierung

Das geplante Heizungsgesetz der Bundesregierung verursacht weitere unnötige Bürokratie und schafft keinen ökologischen Mehrwert. Die Klimaziele im Gebäudesektor werden durch den von der EU ab 2027 geplanten Emissionshandel mit sinkendem CO₂-Deckel viel effizienter, da

technologieoffen und marktwirtschaftlich, erreicht. Die Reduktion der CO₂-Zertifikate verknappt den Einsatz fossiler Energieträger und somit den CO₂-Ausstoß. Eine nationale Überregulierung ist kontraproduktiv und überfordert die Unternehmen. ■

ZVEI-Studie: Milliarden Investitionen in Stromnetze notwendig

Wie die PWC-Studie *Stromnetze der Zukunft* im Auftrag des ZVEI zeigt, besitzen insbesondere die Verteilnetze derzeit nicht die Eigenschaften, die ein Stromnetz für die verlässliche und gesicherte Versorgung ab 2030 benötigt. Der ZVEI ging bei der Veröffentlichung der Studie am 8. März 2023 von einer Leistungslücke in den Netzen von 80 GW über alle Spannungsebenen aus. Bis 2030 braucht es daher massive Investitionen in diese kritische und für die Energiewende so wichtige Infrastruktur – laut Schätzungen des ZVEI mindestens 100 Milliarden Euro.

Die Studie definiert als Zielbild ein Klimaneutralitätsnetz, das Erzeugung und Verbrauch multidirektional, zeitlich sowie räumlich miteinander koordiniert und die Sektorkopplung ermöglicht – über alle Spannungsebenen, Stakeholder und Technologien hinweg. Zu den wichtigsten Eigenschaften zählen die zuverlässige Bereitstellung verlässlicher Netz- und Energiezustandsdaten in Echtzeit, der systemdienliche Einsatz von Flexibilitäten für eine effizientere Netzauslastung und die Nutzung

und Vorhaltung von Speicherkapazitäten, etwa durch bidirektionales Laden von Elektroautos. Bisher seien nur zwei der in der Studie beschriebenen 39 Funktionalitäten im gesamten Stromnetz umgesetzt.

Die Ergebnisse zeigen zudem, dass zunächst gezielt in die Digitalisierung der Netze investiert werden muss. Nur dadurch kann der ebenfalls nötige physische Ausbau an die größten Engpässe exakt angepasst und extreme Anstiege von Netzentgelten abgemildert werden. Gleichzeitig bildet die Digitalisierung schon heute die Grundlage für flexible Stromtarife, von denen alle Endverbraucherinnen und -verbraucher profitieren können. Dieser Umbau sei laut ZVEI eine Transformation am offenen Herzen, der reibungslose Netzbetrieb müsse zu jeder Zeit gewährleistet sein. ■



PWC/ZVEI-Studie
Stromnetze der Zukunft

Klimapolitische Ziele der niedersächsischen Landesregierung

Mit der Novelle des Niedersächsischen Klimagesetzes (NKlimaG), dass Ende Juni in den Landtag eingebracht wurde, sollen die klimapolitischen Ziele für Niedersachsen angehoben und die Verringerung der Treibhausgasemissionen beschleunigt werden. Als neue Zielmarken nennt der Entwurf, dass Niedersachsen schon 2040 klimaneutral sein soll, bis 2030 sollen sich die Treibhausgas-Emissionen um 75 Prozent und bis 2035 um 90 Prozent gegenüber 1990 verringern. Das bisherige Klimagesetz sah eine Treibhausgas-Neutralität bis 2045 vor.

„Für eine erfolgreiche Energiewende und unsere ambitionierten Ausbauziele der Erneuerbaren Energien müssen wir jetzt auch beim Thema

Stromübertragungsnetz den Turbo starten. Ich begrüße daher die Erleichterungen auf Bundesebene“, so Minister Meyer bei seinem Besuch am 27. März 2023 beim Stromübertragungsnetzbetreiber Tennet in Lehrte. „Auf Landesebene werden wir in der Taskforce Energiewende mit einer eigenen Projektgruppe den Netzausbau beschleunigen. Neben dem Zuwachs an Windrädern und Solaranlagen gehört der Ausbau der Infrastruktur und damit der Übertragungs- und Verteilnetze in den Fokus. Denn die Energiewende gelingt bundesweit nur, wenn wir die Offshore-Windenergie und den an Land produzierten Wind- und Sonnenstrom effektiv nutzen und intelligent transportieren.“ Grundlage dafür seien unter anderem schnellere Planungs- und

Genehmigungsprozesse. Die EU-Notfallverordnung wird neben dem Bau von Windrädern auch den Netzausbau beschleunigen sowie Verfahren vereinfachen und verkürzen.

Um die Akzeptanz zu steigern, sei der Bau von Erdkabeln zu bevorzugen, zudem müsse man stärker auf die Kommunen zugehen beim Bau der Leitungen, so Meyer: „Hier muss vom Bund mehr ermöglicht werden, denn ein örtlicher Trassenkonsens ist immer noch die beste Beschleunigungsmöglichkeit. Die Taskforce Energiewende beschäftigt sich daher in einer eigenen Arbeitsgruppe, der auch Tennet angehört, sehr intensiv mit dem Netzausbau. Der gesellschaftliche Kraftakt der Energiewende lässt sich

nur im Dialogprozess mit verschiedenen Stakeholdern meistern, um Streitfragen in Planungs- und Genehmigungsverfahren zu schlichten und die Abläufe von Genehmigungen effizienter zu gestalten.“

Minister Meyer begrüßte die Überlegungen der niederländischen und deutschen Regierung zur Übernahme des deutschen Tennet-Stromnetzes durch die Bundesrepublik. „Wichtig ist der Erhalt der Arbeitsplätze bei einer möglichen Übernahme. Grundsätzlich ermöglicht die öffentliche Hand aber mehr Investitionen und Verantwortung für die Energiewende. Insgesamt erfordert die Energiewende Milliardeninvestitionen in die Netze.“ ■



Andreas Müller
Vorsitzender
ZVEI Niedersachsen
und Bremen

„Wir müssen massiv in unsere Stromnetze investieren. Neben dem physischen Ausbau braucht es dringend eine Digitalisierung der Netze. Der digitale Netzanschlusspunkt aus intelligentem Messsystem und Schnittstelle zum Gebäudeenergiemanagementsystem ist die Basis für eine aktive Teilhabe der Endkunden an der Energiewende und ermöglicht gleichzeitig eine netzdienliche Nutzung des Flexibilitätspotenzials der neuen Verbrauchertechnologien und somit der Stabilität unseres Stromnetzes.“

KEAN bietet kostenlose Transformationsberatungen für KMU

Um den Transformationsprozess in niedersächsischen KMU aktiv zu unterstützen, hat die Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen (KEAN) im Rahmen ihrer Mitarbeit in der Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit (NAN) drei Beratungsangebote entwickelt, die gemeinsam mit regionalen Partnern umgesetzt werden: Impuls Klimaneutralität, Impuls Solar sowie Impuls Energie- und Materialeffizienz. Unternehmen erhalten in den jeweiligen Angeboten eine kostenfreie Vor-Ort-Beratung durch von der KEAN anerkannte und geschul-

te Fachleute. Im Anschluss an die Beratung gibt es zudem einen Bericht mit unternehmensspezifischen Handlungsempfehlungen und Hinweisen auf weiterführende Förderprogramme.

Das Angebot richtet sich an kleine und mittlere Unternehmen (gemäß EU-Definition), die ihren Standort oder Sitz in Niedersachsen haben und Energiekosten von mehr als 10.000 Euro netto pro Jahr haben. Zudem müssen die Unternehmen Mitglied in der IHK oder

HWK sein und nach De-minimis-Verordnung förderfähig sein. Beim Angebot Energie- und Materialeffizienz müssen die Unternehmen zudem produzierend tätig sein und/oder der Anlagenpark zum Betriebsvermögen gehören. ■



Beratung KEAN

Hand in Hand für die Wasserstoffwirtschaft

Niedersachsen ist auf dem Weg, eine zentrale Rolle in der europäischen Wasserstoffwirtschaft einzunehmen. Als Produzent und Abnehmer, insbesondere aber auch als Importland, bei der Speicherung von Wasserstoff für unsere Energiesicherheit und bei der Versorgung der Nachbarländer. Das Niedersächsische Wasserstoff-Netzwerk (NWN) unterstützt und berät die Akteure der Wasserstoffwirtschaft aus Politik, Industrie und Wissenschaft. Die Geschäftsstelle des NWN wird von der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen (KEAN) geleitet und von den Verbundpartnern DGB und UVN unterstützt. Darüber hinaus kooperiert das NWN mit dem Innovationszentrum Niedersachsen und dem Energie-Forschungszentrum Niedersachsen sowie regionalen Netzwerken und Invest in Niedersachsen.

Gemeinsam mit dem Niedersächsischen Wasserstoffnetzwerk (NWN) konnten wir im ver-

gangenen Jahr zahlreiche Netzwerkveranstaltungen auf die Beine stellen. So fanden neben Arbeitskreisen und Gesprächen zur nationalen und norddeutschen Wasserstoffstrategie größere Formate zur Vernetzung norddeutscher Wasserstoff-Ausrüster sowie Dialogforen zum Fachkräftebedarf und Workshops für die Planung und Genehmigung von Wasserstoff-Vorhaben statt. Unsere bisherige Projektleiterin beim NWN, Larissa El Lahib, haben wir Anfang Juni in den Mutterschutz verabschiedet. Während ihrer Abwesenheit übernimmt Lukas Kutzki ihre Aufgaben und wird die Netzwerkarbeit im NWN in den Regionen sowie auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene genauso engagiert fortführen. ■



Website Niedersächsisches Wasserstoff-Netzwerk

Vom Wasserstoff-Boom profitieren:

Chancen für kleine und mittelständische Unternehmen in der H₂ Ausrüster-Branche

SAVE THE DATE

Donnerstag, 5. Oktober 2023
Zu Gast bei: **Wasserstoff Campus Salzgitter**
(auf dem Gelände der Robert Bosch Elektronik GmbH
John-F.-Kennedy-Str. 43 – 53, 38228 Salzgitter)

Der jährliche NWN Mini-Kongress ist am 5. Oktober 2023 zu Gast beim Wasserstoff-Campus in Salzgitter. Veranstalter sind: EFZN Geschäftsstelle, Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung, Unternehmensverbände Niedersachsen sowie Innovationszentrum Niedersachsen GmbH Bereich Mobilität und Energie.



Stellv. Hauptgeschäftsführer und Energie-Experte **Benedikt Hüppe (r.)** am 14. September 2022 auf dem Podium des LEE Branchentags.

KI-basierter Wasserstoff-Branchenguide veröffentlicht

Wasserstoff ist ein zentraler Baustein für die Energiewende. Damit der zügige Hochlauf der Wasserstoff-Wirtschaft gelingt, braucht es die passgenaue Vernetzung der Akteure entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Das Niedersächsische Wasserstoff-Netzwerk (NWN) hat deshalb gemeinsam mit dem Verbundpartner Unternehmensverbände Niedersachsen einen Branchenguide in der Matchmaking-Plattform innoMatch gelauncht. Er wird von startup.niedersachsen am Innovationszentrums Niedersachsen (IZ) betrieben und an die Bedürfnisse der Wasserstoff-Wirtschaft angepasst.

Hiermit schafft das NWN eine Übersicht der Unternehmen sowie wissenschaftlichen Ein-

richtungen und vermittelt passgenau Angebote und Gesuche. Dabei unterstützt der KI-basierte Matchmaking-Algorithmus den digitalen H₂-Marktplatz proaktiv bei der Suche nach potenziellen Kunden, Partnern, Dienstleistern, Komponentenherstellern und Systemanbietern. Teilnehmen kann jede Organisation, die sich kostenlos bei innoMatch registriert und dort dem Wasserstoff-Bereich beitreibt. ■



H₂-Branchenguide

LB.Systems GmbH gewinnt Klima-Innovationspreis 2022

Preisträger aus Braunschweig setzt sich gegen 54 Einreichungen durch und erhält 10.000 Euro Preisgeld für die Klima-Innovation *Nachhaltige Energiespeicherlösungen*

Der Klima-Innovationspreis wurde am 10. November 2022 im Deutschen Theater in Göttingen vom Niedersächsischen Umweltministerium an die LB.Systems GmbH aus Braunschweig verliehen – erneut gemeinsam mit dem Innovationspreis des Landkreises Göttingen. Beide Wettbewerbe erfreuen sich einer großen Resonanz. Der Wettbewerb wird von der Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit in Kooperation mit dem Innovationspreis des Landkreises Göttingen und der WRG Wirtschaftsförderung Region Göttingen durchgeführt.

Die LB.Systems GmbH nimmt mit der Klima-Innovation Nachhaltige Energiespeicherlösungen eine Vorreiterrolle in Niedersachsen ein. Mit einem eigens entwickelten Batteriemanagementsystem können gebrauchte Batteriesysteme, zum Beispiel aus Elektroautos, erstmals in Sekundenschnelle geprüft werden. Dieser Funktionstest war bisher sehr aufwendig und zeitintensiv.

Anschließend können die Module bedarfsgerecht zu neuen Speichersystemen zusammengesetzt werden. Diese finden Anwendung in Industrie- und Großspeichern, zum Beispiel um Lastspitzen zu kappen, die Netzstabilität zu regulieren oder schlichtweg, um den Strom aus Photovoltaik-Anlagen zu speichern. Durch das Recycling wird zugleich die energieintensive Produktion neuer Batterien vermieden, was auch den Bedarf an Lithium aus dem Ausland verringert. Mit der wachsenden Anzahl an Elektroautos auf den Straßen sowie an Speicherlösungen aller Art dürfte die Nachfrage steigen. Um dem gewachsen zu sein, will LB.Systems in den nächsten Jahren 80 Arbeitsplätze schaffen und zukünftig auch ausbilden. ■



Portrait LB.Systems



0101
1010
0101

Foto © jpopba/stock.adobe.com

Förderung *Digitalbonus* geht 2024 in die 3. Runde

Die Förderung *Digitalbonus Wirtschaft* lief zum 30. Juni 2023 aus. Ziel war es, die Digitalisierung niedrigschwellig und in der Breite voranzubringen. Besonders der Digitalisierungsschub während der Pandemie habe laut Niedersächsischem Wirtschaftsministerium davon profitiert. Es berichtet von 9.800 bewilligten Anträgen und 67,7 Millionen Euro bewilligter Mittel seit Förderbeginn 2019, die insgesamt über 181 Millionen Euro an Investitionen für die Digitalisierung ausgelöst hätten.

An diese Stelle soll ab Frühjahr 2024 ein weiterentwickeltes Förderprogramm treten. Damit soll die Digitalisierung in kleinen und mittleren Unternehmen noch zielgerichteter und spezifischer vorangetrieben werden. Künftig sollen, laut Minister Lies, besondere Innovationsgehalte wie die Transformation des Geschäftsmodells oder der Einsatz von künstlicher Intelligenz und Neuheitsgrade – wenn beispielsweise für das Produkt eine völlig neue Einsatzmöglichkeit oder Funktionalität entwickelt wird – besonders gefördert werden. Die genauen Förderkriterien werden derzeit erarbeitet und Ende des Jahres vorgestellt. ■

Fehlende digitale Infrastruktur schwächt alle Lebensbereiche

Egal ob Bildung, Finanzwesen, Gesundheit, intelligente Energie- und Verkehrsnetze, Behördenwege oder globale Standards für vernetzte Produktionen – ohne eine flächendeckende, leistungsfähige digitale Infrastruktur verlieren wir den Anschluss. Für ihren Ausbau braucht es mehr Investitionen in die digitale Infrastruktur, eine Kompetenzbündelung in der Verwaltung an einer zentralen Stelle mit Weisungsrecht und einen Digitalisierungsvorbehalt bei Gesetzgebungsverfahren.

Die wachsende Nachfrage nach IT-Fachkräften zwingt uns, noch stärker in der Berufsorientierung zu werden, weitere Modelle für Quereinsteigende zu finden und die Fachkräftezuwanderung zu vereinfachen. Unterstützt durch ein enges Netzwerk aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, wie wir dies beispielsweise in Niedersachsen im Bereich Wasserstoff erleben, können wir unsere Potenziale bündeln, Bürokratie minimieren und unsere Innovationskraft noch weiter steigern.

Mit Blick auf unsere Cyber-Security ist der Handlungsbedarf durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine noch einmal stark angestiegen. Es gilt, die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Verfassungsschutz weiter zu stärken, um Angriffe erfolgreich abzuwehren und präventive Maßnahmen fortwährend zu verbessern. ■

Förderprojekt Hannovers Internet der Dinge (HIDD)

niedersachsen.digital entwickelt mit der Region Hannover eine Datenplattform für das Internet der Dinge und vernetzt Kommunen und Unternehmen

Die niedersächsische Initiative niedersachsen.digital, die als digitale Plattform der niedersächsischen Wirtschaft von den UVN in Personalunion geführt wird, hat Anfang 2023 die Konsortialführerschaft für das neue Projekt Hannovers Internet der Dinge (HIDD) übernommen.

Aktuell entwickeln wir gemeinsam mit der Region Hannover und der Atmina Solutions

GmbH eine offene Datenplattform für Sensordaten und Anwendungen in den Bereichen Internet der Dinge und Smart City. Am Haus der Region Hannover haben wir bereits die ersten Parkplatz- und Bodenfeuchtesensoren installiert. Diese erlauben zum Beispiel die Optimierung des Parkplatzmanagements und der Bewässerung öffentlicher Grünflächen. So können wir die Servicequalität verbessern und Ressourcen sparen.

Wenn Sie in Ihrer Kommune oder Ihrem Unternehmen ähnliche Projekte anschieben möchten, kontaktieren Sie uns bitte unter: HIDD@niedersachsen.digital ■



HIDD-Plattform



Region Hannover

Onlinezugangsgesetz-Änderungsgesetz dringend überarbeiten

Eine funktionierende digitale Verwaltung ist ein wichtiger Standortfaktor, um den Wirtschaftsstandort Deutschland attraktiv zu halten und Innovationen zu fördern. Im europäischen Vergleich hinkt Deutschlands Verwaltung bei der Digitalisierung deutlich hinterher: Bei der Verwaltungsdigitalisierung belegt Deutschland lediglich Platz 18 von 27 (Digital Economy and Society Index 2022). Daher müssen die Bedürfnisse der Wirtschaft im Onlinezugangsgesetz-Änderungsgesetz (OZG-ÄndG) eine größere Rolle spielen.

Über unsere Bundesvereinigung BDA und auf Landesebene haben wir uns dafür eingesetzt, dass Bund und Länder rechtlich, technisch und organisatorisch enger abgestimmt zusammenarbeiten, damit die Verwaltungsdigitalisie-

rung besser vorankommt. Das OZG-ÄndG sollte konsequent darauf ausgerichtet werden, ein praxistaugliches Fundament aus Basisdiensten und -infrastrukturen sowie Standards zu schaffen, auf dem ein innovatives Ökosystem nutzerfreundlicher Verwaltungsdienstleistungen entstehen kann.

Das Ziel des Onlinezugangsgesetzes (OZG) von 2017, bis Ende 2022 alle 575 OZG-Leistungen zu digitalisieren, wurde deutlich verfehlt. Daher ist es umso bedauerlicher, dass auch beim vorliegenden Referentenentwurf ein großer Wurf ausbleibt. Und mit dem geplanten Verzicht auf eine Frist zur Digitalisierung von OZG-Leistungen entfällt jeder Anreiz, die Umsetzung zu beschleunigen. Neben einer Frist muss das OZG-ÄndG um

einen Anspruch auf eine digitale Abwicklung von Verwaltungsleistungen ergänzt werden.

Bei der Verwaltungsmodernisierung bedarf es einer klaren Gesamtstrategie, die Front- und Backend sowie neue, ganzheitliche Prozesse zusammendenkt. Zudem fehlt es an einer Verzahnung des OZG-ÄndG mit weiteren wichtigen Digitalisierungsvorhaben, wie u. a. der Registermodernisierung, zur Umsetzung des Once-Only-Prinzips. Auch die Governance-Strukturen erzeugen nach wie vor erhebliche Orientierungs- und Koordinierungsaufwände, führen zu einer äußerst ineffizienten Mittelverwendung und sind kaum in der Lage, eine bundesweite Flächendeckung und Skalierungsfähigkeit digitaler Verwaltungsleistungen sicherzustellen. ■



Heike Hafenmaier
Geschäftsführerin
Arbeitgeberverband
im Bezirk Hildesheim e.V.

„Die Entwicklung der Region Hildesheim, vor allem die Steigerung der Standortattraktivität und die Fortführung der Digitalisierung, stellen angesichts des stetig zunehmenden Fachkräftemangels für alle beteiligten Akteure elementare Handlungsfelder dar, um die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Arbeitgeber zu erhalten und zu sichern.“



BDA Positionspapier
OZG-ÄndG

ZITIERT



Foto © Annap/stock.adobe.com



Heiko Braband
Geschäftsführer
Norddeutscher
Bankenverband e.V.

„Die Bedrohungslage durch Cyberangriffe für Banken verschärft sich kontinuierlich. Das liegt einerseits an einem verstärkten Auftreten krimineller, teilweise staatlich organisierter Gruppen. Andererseits schafft die Digitalisierung neue Schnittstellen z. B. durch Outsourcing von Zahlungsverkehrsdienstleistungen (PSD2), die als Einfallstore genutzt werden können. Auch IT-Lösungen mit mobiler Arbeit oder Home-Office tragen dazu bei. Banken und deren Regulierer haben das natürlich erkannt und arbeiten an verbesserter Cyber-Resilienz im Interesse ihrer Kunden. So lassen sich Banken durch die Bundesbank mit Angriffssimulationen (TIBER) permanent testen und die EU hat mit der neuen RL zur IT-Sicherheit (DORA) neue Standards gesetzt. Es ist ein Marathon-Lauf!“

ZITIERT

Wirtschaftsschutz unterstützt Unternehmen bei Cyber-Bedrohungen

Mittlerweile wird die Absicherung des Datenverkehrs als eine der zentralen Herausforderungen von Unternehmen angesehen. Meldungen über Cyber-Angriffe mehren sich und führen in betroffenen Unternehmen zu immensen Schäden. Daniela Behrends, Niedersächsische Ministerin für Inneres und Sport, und Landespolizeipräsident Axel Brockmann haben im Juni 2023 erstmals das Lagebild Cybercrime für Niedersachsen vorgestellt. Im Jahr 2022 registrierte die Niedersächsische

Polizei 12.197 Cybercrime-Fälle. Das entspricht einem Anstieg von 45 Prozent in den vergangenen fünf Jahren.

Laut dem Landeskriminalamt in Niedersachsen hat die Zahl von Hackerangriffen erheblich zugenommen. Der Branchenverband BITKOM sieht bereits fast jedes Unternehmen betroffen. Ihm zufolge entstehe der deutschen Wirtschaft durch Diebstahl von IT-Ausrüstung und Daten sowie Spionage und Sabotage ein jähr-

licher Schaden von rund 203 Milliarden Euro. Laut der Dunkelfeldstudie des Landeskriminalamtes Niedersachsen wurden lediglich 19,5 Prozent aller computerbezogenen Straftaten überhaupt angezeigt. Die polizeiliche Kriminalstatistik kann zudem viele Taten nicht abbilden, weil der Handlungsort oftmals nicht festgelegt werden kann.

Um auch weiterhin effektiv gegen Cyber-Bedrohungen vorzugehen, müssen Regierungen,

Strafverfolgungsbehörden, Unternehmen, die Wissenschaft und die Zivilgesellschaft noch stärker miteinander kooperieren. Der Fachbereich Wirtschaftsschutz beim Verfassungsschutz unterstützt die niedersächsischen Unternehmen dabei, den Bedrohungen durch Wirtschaftsspionage entgegenzutreten, berät Unternehmen präventiv und weist auf die Gefahren des Cyber-Raums hin. ■

Wirtschaftsschutz
für Unternehmen



Deutschland fehlt es an Dynamik, Tempo und Flexibilität

BDI und Roland Berger stellen Ergebnisse des Innovationsindikators 2023 vor

Im Vergleich von 35 Volkswirtschaften liegt Deutschland mit 45 von 100 möglichen Punkten auf Platz 10 des Gesamtrankings des Innovationsindikators 2023. Damit bewegen wir uns über die vergangenen 15 Jahre ohne erkennbare Verbesserung kaum von der Stelle, erklärten der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und die Unternehmensberatung Roland Berger bei der Vorstellung der Studie. „Innovationen sind entscheidend für die globale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie“, sagte BDI-Präsident Prof. Dr.-Ing. Siegfried Russwurm. „Die mittelmäßige Platzierung Deutschlands im Innovationsindikator ist mehr als ein Warnsignal. Unserem Innovationssystem fehlt es an Dynamik, Tempo und Flexibilität.“

Deutschlands stockende Innovationsfähigkeit lässt sich im internationalen Vergleich auf die wenig dynamischen finanziellen und personellen Strukturen zurückführen: Zum einen bleiben Wagniskapitalinvestitionen weiterhin auf niedrigem Niveau, zum anderen fehlen Fachkräfte und werden zunehmend in wertschöpfungsfernen Prozessen wie Berichtspflichten gebunden.

Im Durchschnitt der Schlüsseltechnologien steht Deutschland auf dem 7. Platz der Vergleichstabelle. Besonders gut schneidet es in Produktions- (Platz 1) und Energietechnologien (Platz 3) sowie Technologien der Kreislaufwirtschaft (Platz 2) ab. Lediglich im Mittelfeld spielt Deutschland laut Innovati-

onsindikator dagegen bei digitaler Vernetzung, beispielsweise künstlicher Intelligenz (Platz 10) und bei der Biotechnologie (Platz 14).

Stark tritt Deutschland in der Kategorie *Nachhaltig wirtschaften* mit dem dritten Platz auf. Es zeigt sich, dass das deutsche System in seiner Breite auf Nachhaltigkeitsthemen ausgerichtet ist – auch wenn bei den zentralen Erfolgsindikatoren der Wirtschaft, beispielsweise Umweltinnovationen, Forschung und Entwicklung in erneuerbaren Energien sowie Patenten, Nachbesserungspotenzial besteht. ■



Lars Alt
Hauptgeschäftsführer
Arbeitgeberverband
Region Braunschweig e.V.

„Innovationsförderung lebt vom Dialog der Strukturen und vom Dialog der Menschen. Wir brauchen deshalb eine stärkere Wissenschaftsorientierung in der Wirtschaft und eine stärkere Wirtschaftsorientierung in der Wissenschaft. Heißt: Rechtliche und finanzielle Experimentierräume für Sprunginnovationen, weniger Staatsaufsicht in der Forschungsförderung und einen Transfer von Beschäftigten aus beiden Systemen. Diese Form der Innovationsförderung zahlt dann auch auf die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Niedersachsen ein.“

ZITIERT

RZ.Nord – KMU Beratung für Digitalisierung und KI



ZUKUNFTS
ZENTRUM
NORD

Das Regionale Zukunftszentrum Nord – gefördert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Europäische Union über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) – unterstützt kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und deren Beschäftigte dabei, den digitalen Wandel nutzbringend für sich

zu gestalten und damit ihre Zukunftsfähigkeit zu sichern.

Vier Bundesländer – Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein – sowie zwölf Konsortialpartner fördern unter der Konsortialführerschaft des Bildungswerks der

Niedersächsischen Wirtschaft mit dem regionalen Zukunftszentrum Nord Orientierung und Know-how zu Anwendungseinsätzen Künstlicher Intelligenz (KI). ■



Website RZ.Nord

UVN Lunch-TALK Big Data & Machine Learning

Die geplante EU-Verordnung zur Regulierung Künstlicher Intelligenz (KI) konfrontiert Unternehmen maßgeblich mit regulatorischer Unsicherheit. Vielfach stellt sich die Frage, welche Möglichkeiten und Chancen es durch die Nutzung intelligenter Algorithmen und Big Data für Unternehmen noch geben wird. Das Max-Planck Spin-Off Simply Rational unterstützt Unternehmen dabei, diese Möglichkeiten zu identifizieren und erfolgreich umzusetzen.

Im Rahmen des UVN Lunch-TALKs erläuterten uns die beiden Experten Prof. Dr. Gigerenzer und Dr. Niklas Keller von Simply Rational den aktuellen Sachstand rund um Big Data & Machine Learning sowie Chancen und Risiken der EU-Verordnung zur Künstlichen Intelligenz (KI). ■

The poster features the UVN logo (Unternehmerverbände Niedersachsen e.V.) in the top right corner. The title 'UVN Lunch-TALK' is in a red banner at the top. Below it, the topic 'Big Data & Machine Learning' is written in a large, bold font, with 'mit' (with) in smaller text below. A photo of two men, Prof. Dr. Gerd Gigerenzer and Dr. Niklas Keller, is shown on the right. The date '23. Januar 2023' and time '12:00 - 13:00 Uhr Videokonferenz' are listed on the left. The speakers' names and affiliations are listed at the bottom right: 'Prof. Dr. Gerd Gigerenzer, Gründer und Gesellschafter' and 'Dr. Niklas Keller, Mitbegründer und Managing Partner Simply Rational GmbH'.

Start-up-Land Niedersachsen: 126 Gründungen im Jahr 2022

Laut Start-up-Monitor Niedersachsen 2023 weist unser Bundesland wieder eine höhere Gründungsaktivität und einen überdurchschnittlichen Gründerinnenanteil auf. Die Studie, die von der Landesinitiative startup.niedersachsen im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung durchgeführt wurde, bildet das Gründungsgeschehen in Niedersachsen ab und zeigt die Stärken und Schwächen der niedersächsischen Start-ups auf.

Die Zahl der Start-up-Gründungen ist 2022 gegenüber 2019 um 43 Prozent gestiegen. 126 Start-up-Gründungen wurden in Niedersachsen verzeichnet. Bundesweit stieg die Quote

nur um acht Prozent. Niedersachsen setzt mit einem Gründerinnenanteil von 25,1 Prozent, der deutlich über dem Bundesdurchschnitt (20,3 Prozent) liegt, ein positives Signal.

Niedersachsen ist insbesondere bei den Themen Agrar, Food, Mobilität, Life Science und Biowissenschaften stark. Die Studie verdeutlicht, dass im Flächenland Niedersachsen wichtige Gründungsstandorte mit einem breiten Spektrum innovativer Unternehmen existieren – insbesondere in den Regionen Hannover, Braunschweig, Osnabrück, Göttingen und Oldenburg.

Die aktuelle Start-up-Strategie ist mit der Förderung von Start-up-Zentren und HighTech-

Inkubatoren insbesondere auf die Stärkung dieser Regionen ausgerichtet. Die Gründungsquoten in Hannover, Osnabrück und Göttingen sind schon heute im Vergleich zu anderen Städten überdurchschnittlich, was unter anderem daran liegt, dass es hier Hochschulen gibt. Für die Fortsetzung der Förderung von Start-up-Zentren stehen bis 2025 2,31 Millionen Euro zur Verfügung. Das Land beteiligt sich mit bis zu 50 Prozent an den förderfähigen Gesamtausgaben.

Start-ups in der Region sehen sich mit Schwierigkeiten bei den Themen Kapital, Köpfe und Kooperationen konfrontiert. Gerade beim Thema Kapital hat die Landesregierung die

Weichen gestellt: die HighTech-Inkubatoren mit einem Volumen von 35 Millionen Euro und die drei neuen Wachstumsfonds mit einem Volumen von 63 Millionen Euro sind 2022 gestartet. ■



Website
startup.niedersachsen

And the winner is ...

Verleihung des DurchSTARTer-Preises
am 7. Dezember 2022 im
TRAFO-Hub Braunschweig

Website
DurchSTARTer



Bei der Preisverleihung des DurchSTARTer-Preises gingen 2022 insgesamt 13 Auszeichnungen an die besten Start-ups aus ganz Niedersachsen in den vier Kategorien *Newcomer/Scale-up*, *Science Spin-off*, *Life Science* und *Social Innovation*. Das Land Niedersachsen sucht in dieser Gemeinschaftsinitiative des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung, des Niedersächsischen Ministe-

riums für Wissenschaft und Kultur, der NBank, der Initiative startup.niedersachsen und der Unternehmerverbände Niedersachsen die besten Start-ups aus Niedersachsen (Gründungs-ort und aktueller Unternehmenssitz).

Vielen Dank den Sponsoren. Mehr Informationen zur Ausschreibung und den Preisträgern finden Sie unter www.durch-starterpreis.de ■



Kategorie Science Spin-off

1. **Hypnetic GmbH** entwickelt eine neue Energiespeichertechnologie basierend auf hoch-komprimierter Luft und nachhaltigen Materialien. Der Hypnetic-Energiespeicher ist eine modular skalierbare, kosten- und energieeffiziente Containerlösung für Unternehmen mit eigener Photovoltaik-Anlage und Windparkbetreiber. (<https://hypnetic.de>)

2. **Sentics GmbH**
3. **TRILITEC GmbH**

Kategorie Life Science

1. **Allogenetics GmbH** hat eine Art „Tarnkappe“ für Organe erfunden, die eine immunologische Unsichtbarkeit des Spenderorgans erzeugt und damit verhindert, dass das Organ nach der Transplantation durch das Immunsystem des Empfängers als fremd erkannt und abgestoßen wird. Bisher kann dies nur durch aufwändige und dauerhafte Medikamentengaben vermieden werden.

2. **Amberskin GbR** und **ELPIS Simulation GmbH**
3. **SORMAS-Stiftung**

Kategorie Newcomer/Scale-up

1. **Papair GmbH** entwickelt PapairWrap. Das Produkt ist eine nachhaltige Alternative zu herkömmlicher Luftpolsterfolie und schützt nicht nur Produkte, sondern auch die Umwelt. Verglichen mit nachhaltigen Alternativen ist PapairWrap besonders kosteneffizient. (www.papair.de)

2. **doinstruct Software GmbH**
3. **AeroSys**



Kategorie Social Innovation

1. **eco:fibr GmbH** hat einen nachhaltigen Prozess entwickelt, Zellstoff aus den pflanzlichen Abfällen des Ananasanbaus herzustellen. Diese Abfälle fallen in großen Mengen auf Ananasplantagen an und werden bisher nicht stofflich verwertet. Die Entwicklung kann substantiell zu Ressourcenschonung und Klimaschutz beitragen. (www.ecofibr.de)

2. **BIOWEG UG**
3. **aidminutes GmbH**



Fotos © Paul Haase/Donnerkeil



Die EU ein Jahr vor der Wahl

UVN-Wirtschaftsdelegation besucht die EU-Hauptstadt Brüssel vom 6. bis 8. Juni 2023

Der europäische Binnenmarkt ist die größte Erfolgsgeschichte der EU und befördert seit Jahrzehnten Verständigung, Wohlstand und Zusammenhalt in Europa. Deshalb sollten sich die EU-Institutionen auf einen ambitionierten, europaweiten Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen, Zielsetzungen und einem klar definierten Zeitrahmen für die weitere Integration des Binnenmarkts verständigen.

Auf der diesjährigen Delegationsreise in die EU-Hauptstadt Brüssel standen die Themen Green Deal, Industriepolitik, EU-Data-Act, Sicherheitspolitik, Wettbewerbsfähigkeit und Bürokratieabbau auf der Tagesordnung. Im Vorfeld zum Wirtschaftsempfang der Niedersächsischen Landesvertretung tauschten wir uns mit dem Niedersächsischen Wirtschaftsminister Olaf Lies aus. In unseren Gesprächen mit den niedersächsischen EU-Abgeordneten und Verantwortlichen aus den General-

direktionen der Kommissionen machten wir deutlich, welche immensen Belastungen berichts-aufwendige EU-Regulierungen und ihre häufig überregulierten Umsetzungen in deutsches Recht für Unternehmen haben.

Die EU muss dringend das regulatorische Umfeld für privatwirtschaftliche Investitionen verbessern. Zahlreiche neue EU-Initiativen wie die Revision der Industrieemissionsrichtlinie, der Data Act oder das Lieferkettengesetz erschweren die unternehmerische Entfaltung und bremsen Investitionen aus – auch bei der grünen und digitalen Transformation oder zur Diversifizierung von Wertschöpfungsketten.

Der von Kommissionspräsidentin von der Leyen angekündigte Wettbewerbsfähigkeits-Check für europäische Gesetze muss zügig in die Tat umgesetzt werden. Gleichzeitig



EU-Lieferkettenrichtlinie überfordert Unternehmen

Mit der EU-Lieferkettenrichtlinie droht eine realitätsferne Überregulierung der Lieferkettenkontrolle. Anstelle weitreichender Vereinheitlichung und Vereinfachung kommen unklare Sorgfaltspflichten, unverhältnismäßiger bürokratischer Aufwand und ein unkalkulierbares Haftungsrisiko auf Unternehmen zu. Unsere Unternehmen setzen bereits heute

auf faire und transparente Lieferketten. Mit dieser Richtlinie wird jedoch von der EU eine Kontrolle erwartet, die in der Regel jenseits der tatsächlichen Einflussmöglichkeiten von Unternehmen liegt. Unternehmen können nur für eigene Aktivitäten in der Lieferkette haften, nicht für diejenigen ihrer Geschäftspartner oder deren Lieferanten. ■

müssen überbordende Berichtspflichten und kleinteilige regulatorische Belastungen für Unternehmen durch EU-Recht konsequent abgebaut werden.

Auch ist es höchste Zeit, aus einem nach wie vor fragmentierten Europa einen gemeinsamen Binnenmarkt für Daten mit einheitlichen

Standards zu formen, der Unternehmen im digitalen Wandel unterstützt. Statt einer vor-schnellen Regulierung für Datennutzung und KI-Anwendungen sollte die EU-Kommission die Unternehmen beim Aufbau von Daten-räumen bestmöglich unterstützen, um die industrielle Kompetenz als Herzstück der europäischen Wirtschaft zu stärken. ■

Die Stärke der EU

Niedersächsische Wirtschaftsgespräche am 12. Juni 2023
mit Ministerin Wiebke Osigus und Staatssekretär Matthias Wunderling-Weilbier



Im Gespräch mit Ministerin Wiebke Osigus, Staatssekretär Matthias Wunderling-Weilbier, beide aus dem Ministerium für Bundes- und Europangelegenheiten und regionale Entwicklung, der Europaabgeordneten Viola von Cramon-Taubadel und dem Landtagsabgeordneten Marcel Scharrelmann diskutierten wir die Rolle der EU für Deutschland und Niedersachsen, den Einfluss aus Brüssel und dringend notwendige Impulse, um unsere Wirtschaft leistungsfähig zu halten.

In ihrem Vortrag betonte Europaministerin Wiebke Osigus, dass sich Niedersachsen in Brüssel auf vielen Ebenen, aber insbesondere über unsere Landesvertretung, für die Wettbe-

werbsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft stark mache. Denn eine stabile EU brauche eine starke industrielle Basis, die Wohlstand schaffe und Innovationen vorantreibt. Dies stärke nicht nur unsere Märkte, sondern auch die Demokratie. Die anschließende Diskussion mit Staatssekretär Matthias Wunderling-Weilbier, der Abgeordneten des Europäischen Parlaments Viola von Cramon-Taubadel, dem Landtagsabgeordneten Marcel Scharrelmann und UVN-Hauptgeschäftsführer Dr. Volker Müller machte deutlich, dass die großen Herausforderungen unserer Zeit längst global seien und sich nur gemeinsam mit unseren Nachbarn bewältigen ließen. Im europäischen Schulterschluss könnten wir die wirtschaftliche und soziale Entwicklung voranbringen, Regionen weiterentwickeln, das Klima schützen und unsere Energieversorgung nachhaltig sichern.



Viola von Cramon-Taubadel erklärte, dass sich die enge Verzahnung unseres Bundeslands mit unseren europäischen Nachbarn auch durch den großen Anteil des Exports an der niedersächsischen Wirtschaft zeige. Gerade in Zeiten von Krisen müssten wir die Kraft unserer Unternehmen erkennen und diese zur Unterstützung der Ukraine und ihrer Freiheit einsetzen. Nur durch kooperierende Landes- und Europapolitik könnten wir den Innovations- und Wirtschaftsstandort Niedersachsen nachhaltig stärken, sodass die Region auch für die Zukunft attraktiv aufgestellt ist. Marcel Scharrelmann forderte, dass Niedersachsens Stimme in Brüssel weiter deutlich zu hören sein müsse. Deutlich und konstruktiv, damit wir ein Land mit starker Industrie und innovativem Mittelstand bleiben.

Aus Sicht der Wirtschaft profitiere Niedersachsen durch seine zentrale Lage enorm von der Europäischen Union, sagte Dr. Volker Müller. Die europäische Einigung sei das Fundament unseres wirtschaftlichen Erfolgs und unseres Wohlstands. Die von Russland unabhängige Energieversorgung war und ist nur durch die europäische Solidarität möglich. Für Niedersachsen als Energieland Nr. 1 in Deutschland ist eine gut funktionierende Infrastruktur besonders wichtig: LNG-Terminals, Windkraftanlagen, Wasserstoff-, Ladesäuleninfrastruktur und Stromtrassen. Brücken, Schiene und Straßen dürfen dabei aber nicht vergessen werden, erinnerte Dr. Volker Müller.



Für die niedersächsische und deutsche Industrie bleiben die EU-Staaten unangefochten wichtigste Handelspartner. In die anderen 26 Mitgliedstaaten der Europäischen Union exportierten deutsche Unternehmen 2022 Waren im Gesamtwert von 856 Milliarden Euro (15 Prozent mehr als im Vorjahr), das waren 54 Prozent aller Exporte.

Importiert hat Deutschland im vergangenen Jahr aus den EU-Partnerländern Waren im Gesamtwert von 735 Milliarden Euro (16 Prozent mehr als im Vorjahr). Das waren 49 Prozent aller Importe. Bei den Einfuhren befanden sich unter den zehn wichtigsten Handelspartnern Deutschlands 2022 sieben EU-Staaten, bei den Ausfuhren sechs EU-Staaten. ■



Fotos © Marcus Prell/UVN

Keine Kürzung von Kohäsionsmitteln

Die Kohäsions- und Strukturpolitik ist ein zentraler Politikbereich der EU. Sie soll den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt stärken und regionale Ungleichheiten abbauen. Etwa ein Drittel des EU-Haushalts fließt in den Bereich. Allein in der Förderperiode 2021 bis 2027 bekommt Niedersachsen mehr als eine Milliarde Euro für diese Zwecke.

Der Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, Matthias Wunderling-Weilbier, hatte Ende April 2023 bei einer Sitzung der Fachkommission für Kohäsionspolitik im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) in Brüssel mit Blick auf die kommende EU-Förderperiode ab 2028 vor einer Kürzung der Kohäsionsmittel gewarnt. ■

ZITIERT



Philipp Neddermeyer
Geschäftsführer AGA Norddeutscher
Unternehmensverband Großhandel –
Außenhandel – Dienstleistung e.V.,
Landesgruppe Niedersachsen

„Eine Entlastung in herausfordernden Zeiten bietet der Bund jetzt mit der „Small Ticket“- Forfaitierungsgarantie für kleinvolumige Exportgeschäfte unterhalb von 10 Millionen Euro. Sie ergänzt die herkömmliche Exportgarantie. Bei Zahlungsunfähigkeit des ausländischen Bestellers ersetzt der Bund der Bank den Forderungsausfall zu 80 Prozent.“

Fördermittel für Soziale Innovationen



Foto: Malik Przyklenk

Ob Smartphones, E-Mobilität oder Künstliche Intelligenz – technologische Innovationen revolutionieren unseren Alltag und bringen soziale Herausforderungen mit sich. Deren Bewältigung fördert Niedersachsen seit 2015 über das Programm *Soziale Innovation* mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds Plus der Europäischen Union. Für die EU-Förderperiode 2021–2027 stehen insgesamt 18,6 Millionen Euro zur Verfügung. Im ersten Durchgang für diese Förderperiode wurden im Mai 2023 vom Niedersächsischen Regionalministerium elf Projekte in einer Gesamthöhe von 4,9 Millionen Euro bewilligt.

Für die UVN verantwortet Wiebke Krohn, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des Arbeitgeberverbands Lüneburg-Nordostniedersachsen e.V., die Stelle für soziale Innovation. Sie begleitet Unternehmen dabei, innovative Organisationsentwicklungsprojekte zu konzipieren und umzusetzen. Sie haben auch innovative Ideen? Sprechen Sie uns an! ■

**Kontakt Förderung
Soziale Innovation**



Lang leve de Koning!

Koningsdag im Honorarkonsulat der Niederlande in Hannover zu Ehren Seiner Majestät König Willem-Alexander am 2. Mai 2023

Dr. Volker Müller, Honorarkonsul der Niederlande in Hannover, lud anlässlich des niederländischen Nationalfeiertags *Koningsdag* zu Ehren Seiner Majestät König Willem-Alexander zum Empfang des Honorarkonsulats der Niederlande in Hannover ins Schloss Herrenhausen ein.

Mit den Feierlichkeiten in Hannover sprechen das Honorarkonsulat und Persönlichkeiten aus

Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur dem Königshaus die besten Wünsche aus. In diesem Jahr gab es im Anschluss an die Begrüßung von Honorarkonsul Dr. Volker Müller Grußworte des Niedersächsischen Wirtschaftsministers Olaf Lies, des niederländischen Generalkonsuls Peter Schuurman aus Düsseldorf sowie einen Festvortrag von René Cuperus aus dem Clingendael Netherlands Institute of International Relations.



Foto © Marcus Prell

Honorarkonsuln unterstützen die diplomatische Arbeit der Botschaft vor Ort. Sie sind lokal gut vernetzt, weisen den Botschafter auf

wirtschaftliche und kulturelle Chancen und Kooperationen hin, repräsentieren das Königreich und fördern den Austausch. ■

Zentrales Kontrollinstrument für Sanktionen gegen Russland

Mehr als ein Jahr nach Beginn des Ukraine-Kriegs unterstützt eine Mehrheit der Deutschen die Sanktionen gegen Russland. Nach einer neuen repräsentativen Umfrage des IW Köln (Matthias Diermeier / Melinda Fremerey, Mai 2023) sprechen sich 71 Prozent der Deutschen dafür aus, die bestehende Sanktionspolitik beizubehalten oder sogar zu verschärfen.

Auch die deutsche Wirtschaft stehe vollumfänglich hinter dem Russlandembargo der EU, erklärte unser Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) im April 2023. Den Vorwurf eines leichtfertigen Umgangs mit Sanktionsumgehung wies er zurück. Russland hat ein zunehmend ausgefeilteres System zur Ver-

meidung der Handelsrestriktionen geschaffen. Das ist möglich, weil rund 60 Prozent der Weltwirtschaft und 75 Prozent der Weltbevölkerung Russland nicht sanktionieren.

Die deutsche Industrie spricht sich für europaweite schwarze Listen als zentrales Kontrollelement aus, auf denen Unternehmen aufgeführt werden, die der russischen Beschaffung dienen. ■

Große Unterstützung für Erdbebengebiete in der Türkei und Syrien

Zwei Erdbeben erschütterten in der Nacht auf den 6. Februar 2023 das türkisch-syrische Grenzgebiet. Zwei Wochen später kam es zu erneuten Erdbeben. Rund 50.000 Menschen haben ihr Leben während der Katastrophe verloren. Viele Menschen und auch Unternehmen in Niedersachsen trauern um Familienmitglieder, Bekannte und Beschäftigte. In Gedanken waren wir bei ihnen.

Politik, Hilfs- und Rettungsorganisationen, Verbände, Unternehmen, weitere gesellschaftliche Netzwerke und viele Bürgerinnen und Bürger haben ihre Anteilnahme ausgesprochen und schnell gehandelt: So konnten in kürzester Zeit Rettungsteams, dringend notwendige Hilfsgüter, Lebensmittel und vor al-

lem Geld zur Verfügung gestellt werden, um Überlebende aus den Trümmern zu retten und den Menschen vor Ort Schutzräume und Nahrung zur Verfügung zu stellen. ■



Foto © Adini/stockadobe.com

Welthandel im Krisenmodus: Ist die Globalisierung am Ende?

Gemeinsame Veranstaltung von UVN, hannoverimpuls, IHK Hannover und Sparkasse Hannover am 11. Oktober 2022

Perspektiven im Im- und Export sowie die Chancen und Risiken der Globalisierung standen im Fokus der Impulse und Diskussion.

Auf dem hochkarätig besetzten Podium begrüßten wir Prof. Dr. Dalia Marin (TUM School of Management der TU München), Torsten Windels (NORD/LB) sowie die Unternehmer Dr. Andreas Jäger (Arnold Jäger Holding GmbH) und Wolfgang Reichelt (CEO Block Transformatoren-Elektronik GmbH).



Dr. Axel Ebers, UVN-Abteilungsleiter für Volkswirtschaft, ordnet die Diskussion in die aktuellen wirtschaftspolitischen Entwicklungen ein.

Herr Dr. Ebers, was sind aus Ihrer Sicht die größten wirtschaftspolitischen Herausforderungen für die Globalisierung?



Deutschland profitiert mit seinem exportorientierten Wirtschaftsmodell enorm von der Globalisierung. Unsere Unternehmen sind stark vom System des freien, regelbasierten Welthandels abhängig, das als Reaktion auf die Katastrophen des 20. Jahrhunderts geschaffen wurde und weltweit für Wohlstand und Frieden gesorgt hat. Dieses System wird nun zunehmend in Frage gestellt. Die USA subventionieren mit ihrem Inflation Reduction Act massiv die heimische Produktion von E-Autos. China geht mit seinem Made in China 2025-Programm in dieselbe Richtung und subventioniert Schlüsselindustrien wie künstliche Intelligenz, Robotik und Erneuerbare Energien.

Was bedeutet das für die deutsche Wirtschaft?

Die industriepolitischen Maßnahmen in den USA und China wirken sich unmittelbar auf die Investitionsentscheidungen und Absatzchancen deutscher Unternehmen aus. Beispielsweise können deutsche Autobauer nur von den Steuergutschriften für E-Autos im Rahmen des Inflation Reduction Act profitieren, wenn die Endmontage in den USA stattfindet. Gleichzeitig drängen chinesische Hersteller in dem Markt, die ihren Erfolg zum Großteil staatlichen Subventionen verdanken. Beides schadet der Wettbewerbsposition deutscher Hersteller.

Wir sollten dennoch nicht Gleiches mit Gleichem vergelten und uns in einen Subventionswettlauf hineinziehen lassen. Die Industriepolitik versucht, über Technologievorgaben und Subventionen die Wirtschaftsstruktur aktiv zu gestalten. Diese Politik basiert auf der Annahme, dass der Staat die Marktfähigkeit von Produkten besser einschätzen kann als die Unternehmen. Diese Annahme erweist sich in der Regel als falsch, weil das relevante Wissen dezentral verteilt ist. Unternehmen loten die Marktchancen von Innovationen zudem sehr genau aus, weil sie ihre eigenen Mittel einsetzen. Statt die ausländischen Subventionen nachzuahmen, sollten wir sie lieber ausnutzen. Das heißt subventionierte Komponenten aus dem Ausland zukaufen und damit bei uns vor Ort attraktive Produkte für den Weltmarkt herstellen.

Aufgrund seiner herausragenden Bedeutung als Absatz- und Beschaffungsmarkt für die Industrie dürfen wir uns außerdem nicht weiter von China entkoppeln. Stattdessen sollten wir den Dreiklang Chinas als Partner, Wettbewerber und Systemrivalen als Grundlage für die strategische Ausrichtung nutzen. Die deutsche Industrie will Kooperation unter gleichen Bedingungen und fairen Wettbewerb. Dafür müssen in China Marktzugangsbeschränkungen abgebaut und das geistige Eigentum deutscher Unternehmen effektiv geschützt werden.

Internationale Beziehungen und Freihandel stärken

Wo muss die Wirtschaftspolitik vor diesem Hintergrund ansetzen?

Staatliche Politik muss sich wieder darauf konzentrieren, attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen und so den Standort insgesamt zu stärken. Bei der effizienten Verwendung knapper Ressourcen und der Entwicklung neuer Technologien ist der Markt unschlagbar. Unternehmen brauchen funktionierende Verkehrswege, verlässlichen Zugang zum Internet, qualifizierte Mitarbeitende und eine sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen. Die Regierung sollte also in Infrastruktur, Bildung und Grundlagenforschung investieren. Gleichzeitig sollte sie viel unnötige Bürokratie abbauen, ihre Verwaltung digitalisieren und die Unternehmenssteuern senken. Um die Energiepreise zu stabilisieren, sollte die Regierung schnell das Angebot erhöhen, und zwar unter Berücksichtigung sämtlicher Energieträger. Außerdem sollte sie die staatlichen Preiskomponenten wie Stromsteuer, KWK- oder Offshore-Umlage streichen. Angesichts der Energiekrise im Zuge des Ukrainekrieges sind kurzfristig auch direkte Preisinstrumente sinnvoll. Mittel- bis langfristig muss der Markt aber wieder greifen. Wenn der Staat den Standort stärkt und unseren Unternehmen die nötigen Freiräume lässt, werden sie erfolgreich im rauen Wettbewerb auf dem Weltmarkt bestehen. Davon bin ich überzeugt.

Herzlichen Dank für das Gespräch! ■

Die Exportbilanz des Jahres 2022 fällt weniger gut aus, als es scheint. Preisbereinigt haben sich die deutschen Ausfuhren laut IW Köln zwei Prozentpunkte schwächer entwickelt als der globale Handel. Selbst mit einem realen Exportwachstum von zwei Prozent in 2023 wird Deutschland voraussichtlich weitere Weltmarktanteile verlieren. Auch Europas wirtschaftliche Erholung hinkt hinterher. Erfreulicherweise haben die Probleme bei der Beschaffung von Rohstoffen und Vorprodukten in der Industrie im April 2023 weiter abgenommen. Die Bestellungen aus dem Ausland legten zu Jahresbeginn zu. Die Industrie und das Exportgeschäft haben die wirtschaftliche

Leistung im sonst schwachen ersten Quartal gestützt. Auch deshalb muss die Stärkung der industriellen Investitionstätigkeit in den Klimaschutz und die Digitalisierung verstärkt verfolgt werden.

Deutschland sollte sich für mehr Investitions- und Handelsabkommen sowie mehr Energie- und Rohstoffpartnerschaften einsetzen. Denn Bündnisse wie das im Dezember vom Bundestag ratifizierte Handels- und Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) sind ein Wachstumsimpuls für die Wirtschaft. Die transatlantischen Beziehungen sind für die globale Sicherheit und wirtschaft-

liche Stabilität von herausragender Bedeutung. Deutschland und die EU müssen weiterhin den Schulterschluss mit den USA suchen und eine engere Kooperation forcieren. Außerdem sollte sich die EU weiter für Abkommen mit den Mercosur-Staaten in Lateinamerika, Australien, Indien oder Indonesien stark machen. Ziel muss es sein, die Internationalisierung der deutschen Wirtschaft über eine handelspolitische Strategie der Diversifizierung in den globalen Märkten voranzutreiben. ■



Foto © sititinan/stock.adobe.com

Außenwirtschaftspreis 2023

Keramischer OFENBAU GmbH und REFRASTECHNIK CEMENT GmbH setzen sich gegen starke und engagierte Mitbewerbende durch

Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies hat am 19. April 2023 auf der HANNOVER MESSE den Niedersächsischen Außenwirtschaftspreis 2023 verliehen. In diesem Jahr setzte sich das Unternehmen Keramischer OFENBAU GmbH aus Hildesheim in der Kategorie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) durch. Das Unternehmen ist weltweit führender Anbieter von energieeffizienten Industrieöfen für die Herstellung von Keramikproduk-

ten. In der Kategorie Großunternehmen (GU) überzeugte das Unternehmen REFRASTECHNIK CEMENT GmbH aus Göttingen. Das Unternehmen stellt feuerfeste Werkstoffe her als Grundlage für Zement und Kalk.

Der Niedersächsische Außenwirtschaftspreis wurde in diesem Jahr bereits zum 13. Mal verliehen. Bewerben können sich alle kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie Groß-



Plätze 1–3 in der Kategorie kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Vorstellung
Keramischer OFENBAU GmbH



Plätze 1–3 in der Kategorie Großunternehmen

Vorstellung
REFRASTECHNIK CEMENT GmbH



unternehmen aus Niedersachsen, die bereits erfolgreich im Exportgeschäft tätig sind. Die Auswahlkriterien sind unter anderem die Höhe des Exportanteils, die Anzahl unmittelbar vom Export abhängiger Arbeitsplätze in Niedersachsen, die Innovationsfähigkeit, die Nachhaltigkeit der Produkte und Vorgehensweise sowie die Exportstrategie in den jeweiligen Ländern.

Die Jury des Außenwirtschaftspreises besteht unter Vorsitz des Wirtschaftsstaatssekretärs Frank Doods aus Vertretern der NBank, der NORD/LB, der IHK Hannover, den UVN, der Landesvertretung der Handwerkskammern Niedersachsen, der DEUTSCHEN MESSE AG sowie dem AGA Norddeutscher Unternehmensverband. ■

Delegationsreisen 2023 nach Taiwan und Israel

Etienne Tschorn, seit Ende 2022 neuer Geschäftsführer der Dienstleistungsgesellschaft der Norddeutschen Wirtschaft mbH (DNW), bietet mit unserer Tochtergesellschaft ein breites Portfolio. Neben der Organisation und Vermarktung von Einkaufs-



Herr Tschorn, warum bietet neben der Landesregierung auch die DNW eigene Delegationsreisen an?

Als Tochtergesellschaft der UVN und

Dienstleister unserer Mitglieder können wir unsere Reisen noch stärker an den Interessen der niedersächsischen Wirtschaft ausrichten und unser bestehendes Angebot erweitern. Durch unsere Netzwerkpartner vor Ort bieten wir ähnliche Reiseerlebnisse wie politische Delegationsreisen, bei denen wir Kultur, Gesellschaft und vor allem Wirtschaft kombinieren. Unser Ziel ist es, eine Plattform im jeweiligen Land zu schaffen, um den Wirtschaftsstandort kennenzulernen, Geschäftspotenziale auszuloten und wertvolle Kontakte zu gewinnen.

Welche Reisen haben Sie zuletzt veranstaltet?

Im letzten Jahr haben wir erfolgreich Reisen nach Dubai und Istanbul durchgeführt. Dabei konnten wir authentische Einblicke in die Länder, Wirtschaftsstandorte und ihre Kultur gewinnen. Wir sehen großes Potenzial in der

gemeinschaften zur Kostenreduktion in Bereichen wie Bürokommunikation, Energie und Datenschutz hat die DNW auch eine starke Nachfrage nach der Organisation von Delegationsreisen festgestellt.

Außenwirtschaft. Der erste Schritt ist jedoch gerade für kleine und mittelständische Unternehmen eine große Herausforderung. Deshalb gehen wir diesen ersten Schritt gemeinsam, schaffen einen Überblick und bringen unsere Mitglieder mit Menschen in Kontakt, die bei Geschäftsanbahnungen unterstützen und beraten können.

Welche Reisen planen Sie für dieses Jahr?

Die erste Reise wird uns voraussichtlich vom 3. bis 8. September 2023 nach Taiwan führen. Dabei konzentrieren wir uns auf drei spannende Themen: Halbleiter, Erneuerbare Energien und Start-Ups. Taiwan hat sich in diesen Bereichen als führend etabliert und wir werden die Chance haben, einige der innovativsten Unternehmen und Einrichtungen des Landes zu besuchen und uns von Experten vor Ort inspirieren zu lassen. Darüber hinaus ist ein Besuch auf der SEMICON Taiwan, der größten und wichtigsten Messe der Halbleiterindustrie, geplant.

Die zweite Reise führt uns voraussichtlich vom 12. bis 17. November 2023 nach Israel. Dort konzentrieren wir uns auf die Themen Cyber-Security & Cyber-Defense, Food-Tech sowie



Foto © Tim Schaarschmidt

UVN-Hauptgeschäftsführer Dr. Volker Müller für die niedersächsische Wirtschaft als Gesprächspartner bei „RND vor Ort“ mit Bundesaußenministerin Annalena Baerbock am 19. Juli 2022

Aufzeichnung
RND vor Ort



das Querschnittsthema Künstliche Intelligenz. Das Land ist in jedem dieser Bereiche führend und bietet uns die Möglichkeit, einige der fortschrittlichsten Technologien und Entwicklungen zu erleben.

Herzlichen Dank für das Gespräch! ■



Dienstleistungsgesellschaft der
Norddeutschen Wirtschaft mbH



Vielen Dank

**Sommerfest der niedersächsischen Wirtschaft
am 25. August 2022**

Niedersachsen hat viele Herausforderungen bewältigt, große stehen uns noch bevor. Mit dem jährlichen Sommerfest der niedersächsischen Wirtschaft gemeinsam mit dem Institut der Norddeutschen Wirtschaft e.V. (INW) danken wir unseren Mitgliedern sowie Kooperations- und Dialogpartnerinnen und -partnern für ihr Vertrauen, die aktive Mitarbeit und ihre Unterstützung.

Besonders in diesen schwierigen Zeiten ist unser aktives Netzwerk unersetzlich, um gezielt und schnell Informationen zu generieren, zu transportieren, Lösungen zu finden und umzusetzen – im engen Dialog mit Politik, unserem Sozialpartner und allen gesellschaftlichen Akteuren. ■



**Impressionen
Sommerfest 2022**





Fotos © Marcus Prell



2022



Januar

1. – 31. UVN Summitree Challenge
18. Dialogkreis Pflege mit Ministerin Daniela Behrens
28. Arbeitsrechtliche Informationsveranstaltung

Februar

9. UVN Lunch-TALK mit MdB Christian Dürr, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag
16. Frühjahrstagung SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen
17. UVN Geschäftsführerkonferenz
25. Informationsveranstaltung *Einrichtungsbezogene Impfpflicht*

März

2. Dialogkreis Pflege mit Ministerin Daniela Behrens
11. UVN Lunch-TALK mit Dr. Astrid Fontaine, Mitglied des Vorstands, VW Nutzfahrzeuge
24. UVN Präsidium und Vorstand
28. Auftakt *Woche der beruflichen Bildung*
28. Initiative Zukunftsstarter mit Regionaldirektion
29. Informationsveranstaltung mit Regionaldirektion: Assistierte Ausbildung AsA flex
30. Informationsveranstaltung mit BNW: Assistierte Ausbildung in der Praxis
31. Informationsveranstaltung mit Regionaldirektion: Einstiegsqualifizierung
31. Arbeitskreis Energie

April

1. Netzwerk Q 4.0 mit BNW
29. *Cybersicherheit im Krisenfall* mit Niedersachsen.digital

Mai

2. 13. Empfang anlässlich des Niederländischen Königstags
9. Auftaktveranstaltung 33. Wirtschaftsvolontariat
9. Dinner im Rahmen der BDA-Geschäftsführerkonferenz
12. 3. Hannoverscher Datenschutztag
13. Fortbildung für ehrenamtliche Richterinnen und Richter
18. Start der Veranstaltungsreihe *Sustainable Finance in Häppchen*: ESG und nachhaltige Unternehmensfinanzierung
30. Niedersachsen-Abend anlässlich der HANNOVER MESSE

Juni

9. Informationsveranstaltung mit DMAN *Sichere Gewinnung von Fachkräften im Ausland: Beispiel Türkei*
9. Start der Veranstaltungsreihe *Kreislaufwirtschaft: Die Wirtschaft der Zukunft?* #1 Cradle to Cradle
13. – 15. UVN Unternehmer-Delegationsreise nach Brüssel

15. Kamingespräch *Wie gehen wir als Wirtschaft und Gesellschaft mit den Herausforderungen des Ukraine-Konflikts um?*
17. Fortbildung für ehrenamtliche Richterinnen und Richter
27. UVN Industrieforum *Energieversorgung – sicher, unabhängig und bezahlbar?*
28. Sustainable Finance in Häppchen *Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD)*

Juli

4. UVN Präsidium und Vorstand
4. UVN Mitgliederversammlung
5. 2. Dialogforum Fachkräftebedarf Wasserstoff-Industrie
9. 23. UVN Tennisduell *Wirtschaft vs. Politik*
14. UVN Auf den Punkt. *Zeitenwende Mobilität* mit MdB Volker Wissing, Bundesminister für Digitales und Verkehr

August

25. Sommerfest der niedersächsischen Wirtschaft
31. Sustainable Finance in Häppchen *Nachhaltigkeits-Reporting*

September

6. Dialogkreis Pflege
7. Abschlussveranstaltung NAN-Transformationsstudie
22. UVN Geschäftsführerkonferenz
- 29./30. Arbeitsrechtliches Seminar

Oktober

4. Arbeitskreis Umwelt
5. – 6. UVN Wirtschaftsreise zum Schwerpunkt Pflege
7. 15. UVN Golf-Cup
12. Gemeinsame Sitzung Ausschuss Bildung und Fokusgruppe Digitale Bildung
13. Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit (AÖffA)
25. NWU und UVN: Netzwerkveranstaltung Wasserstoff-Ausrüster

November

14. Auftaktveranstaltung 33. Verwaltungsvolontariat
21. Dialogkreis Pflege
23. UVN Präsidium und Vorstand
23. 12. Tag der Niedersächsischen Wirtschaft – Arbeitgebertag für Niedersachsen
29. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Harzer Gipsunternehmen (AHG)

Dezember

1. Herbsttagung SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen
8. NWN und UVN AK Wasserstoff: Planung und Genehmigung – Die Herausforderungen aktueller Wasserstoff-Vorhaben

Januar

1. – 31. UVN Summitree Challenge
20. Arbeitsrechtliche Informationsveranstaltung
23. UVN Lunch-TALK mit Prof Dr. Gerd Gigerenzer und Dr. Niklas Keller: Wie nutzt man KI im Unternehmen optimal?

Februar

1. Energiepolitischer Jahresauftakt gemeinsam mit EWE AG
9. NWN und UVN AK Wasserstoff: Planung und Genehmigung – Die Herausforderungen aktueller Wasserstoff-Vorhaben
22. UVN Geschäftsführerkonferenz

März

1. UnternehmerKULTUR: Wirtschaftsfaktor Sprache
9. Sitzung Beirat Transformation
15. UVN Präsidium und Vorstand
20. NWN und UVN AK Wasserstoff: Planung und Genehmigung – Wasserstoff-Infrastruktur
- 27./28. Jahrestagung SCHULEWIRTSCHAFT Deutschland in Hannover

April

4. Launch NWN-Branchenguide in der Matchmaking-Plattform innomatch, betrieben durch startup.niedersachsen
12. Dialogkreis Pflege
19. Niedersachsen-Abend anlässlich der HANNOVER MESSE
24. Auftakt 34. Wirtschaftsvolontariat
25. 5. Hannoveraner Forum Unternehmensrecht

Mai

2. 14. Empfang anlässlich des Niederländischen Königstags
4. Zukunft der Verbände
4. Parlamentarischer Abend: Kreislaufwirtschaft – zukunftsfähig und innovativ
10. Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit (AÖffA)
22. Wirtschaftsempfang der UVN und Leibniz Universität

Juni

6. – 8. UVN Unternehmer-Delegationsreise nach Brüssel
12. Niedersächsische Wirtschaftsgespräche *Niedersachsen in Europa* mit Wiebke Osgus, Ministerin für Bundes- und Europangelegenheiten und regionale Entwicklung
14. Frühjahrstagung SCHULEWIRTSCHAFT Niedersachsen

15. Verleihung Niedersächsischer Sozialpreis mit der LAGFW und Minister Olaf Lies
26. UVN Präsidium und Vorstand
26. UVN Mitgliederversammlung – Wahlen von Präsidium und Vorstand
26. UVN Auf den Punkt. *Industriepolitik für Deutschland* mit Ministerpräsident Stephan Weil und BDI-Präsident Prof. Dr.-Ing. Siegfried Russwurm

Juli

4. Arbeitskreis Steine und Erden
15. 24. UVN Tennisduell *Wirtschaft vs. Politik*

August

17. Sommerfest der niedersächsischen Wirtschaft

September

4. Arbeitskreis Umwelt
22. 16. UVN Golfcup
27. UVN Geschäftsführerkonferenz
- 28./29. Arbeitsrechtliches Seminar (2 Tage)

Oktober

5. 6. Hannoveraner Forum Unternehmensrecht
5. Vom Wasserstoff profitieren: Chancen für KMU in der H₂-Ausrüster-Branche
11. Datenschutz und Datensicherheit im Zeichen von KI
- Q4 Rohstoffgipfel
- Q4 Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit (AÖffA)
- Q4 Arbeitskreis Energie
- Q4 Ausschuss Bildung
- Q4 Arbeitsrechtliche Informationsveranstaltung
- Q4 UVN und NAN Workshop zur Nachhaltigkeitsberichterstattung

November

6. Auftakt 34. Verwaltungsvolontariat
22. UVN Präsidium und Vorstand
22. 13. Tag der Niedersächsischen Wirtschaft – Arbeitgebertag für Niedersachsen

2023



Bezirkliche/Örtliche



GIPS 
schafft Freiräume.

NORDMETALL 
Verband der Metall- und
Elektroindustrie e.V.

 **nordwest**
textil+mode

ziegel

 **chemie nord**
Arbeitgeberverband für die Chemische Industrie
in Norddeutschland e. V.

 **VBF Nord**
Beton- und Fertigteilindustrie Nord

 **VDMA**

zvei
electrifying
ideas

**HOLZ &
KUNSTSTOFF**
NIEDERSACHSEN - BREMEN

 **VCI**
nord

**Verband
Druck & Medien**
NORDOST

 **ITGA**
Industrieverband
Technische Gebäudeausrüstung
Niedersachsen und Bremen e.V.

 **VdEW**
VERBAND DER ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT E.V.
NIEDERSACHSEN • BREMEN • SACHSEN-ANHALT

VNOP

Landesverband
Erneuerbare
Energien **LEE**  **Niedersachsen
Bremen e.V.**

VKS 
Verband der Kali- und Salzindustrie e.V.

 **vero**
der baustoffverband

NIEDERSACHSEN METALL
Die Arbeitgeber der Metall- und Elektro-Industrie

 **Stahl** | Wirtschaftsvereinigung
Stahl

BVEG
Bundesverband Erdgas,
Erdöl und Geoenergie e.V.

Handwerk



Handel



Garten/Land/Forst



AfL Niedersachsen e.V.

Arbeitsgemeinschaft
forstwirtschaftlicher
Lohnunternehmer



**Familienbetriebe
Land und Forst**



FÖRDERVEREIN NACHHALTIGE WIRTSCHAFT E.V.



Ihre Experten für
Garten & Landschaft



Landvolk Niedersachsen
Landesbauernverband e.V.

Landesverband
der Maschinenringe
Niedersachsen e.V.



**Wirtschaftsverband
Gartenbau
Norddeutschland e.V.**

Andere Wirtschaftsbereiche



AGV
DIE VERSICHERER
ALS ARBEITGEBER



Norddeutschland



**Automaten
Verband
Niedersachsen**



BAP
Bundesarbeitgeberverband
der Personaldienstleister



BDE
Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-,
Wasser- und Kreislaufwirtschaft e.V.



BUNDESVERBAND
DER SYSTEM
GASTRONOMIE E.V.



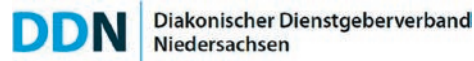
BUNDESVERBAND DER SICHERHEITSWIRTSCHAFT



BDVI



Bundesverband privater Anbieter
sozialer Dienste e.V.



Hauptgeschäftsführung



Dr. Volker Müller
Hauptgeschäftsführer
Tel. 0511 8505-252
vm@uvn.digital



Christoph Meinecke
Stellv. Hauptgeschäftsführer
Tel. 0511 8505-250
cm@uvn.digital



Benedikt Hüppe
Stellv. Hauptgeschäftsführer
Tel. 0511 8505-242
bh@uvn.digital



Julia Nowka-Dehne
Assistenz
Tel. 0511 8505-254
jn@uvn.digital



Diana Spionek
Assistenz
Tel. 0511 8505-282
ds@uvn.digital



Zehra Kut
Assistenz
Tel. 0511 8505-311
zk@uvn.digital

Abteilungen



Dr. Axel Ebers
Leiter Research,
Wirtschafts- und Industriepolitik
Tel. 0511 8505-363
ae@uvn.digital



Katrin Stumpfenhausen
Leiterin Arbeitsmarkt, Bildung,
Gesellschaftspolitik
Tel. 0511 8505-280
ks@uvn.digital



Lisa Budde
Leiterin Gesundheitspolitik, Nachhaltigkeit,
Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit
Tel. 0511 8505-241
lb@uvn.digital



Lena Donner
Leiterin Umweltpolitik
Recht, Steuerpolitik
Tel. 0511 8505-244
ld@uvn.digital



Claudia Steinbrück
Assistenz
Tel. 0511 8505-246
cs@uvn.digital



Wiebke Krohn
Arbeitgeberberatung für Personal-
entwicklung und Soziale Innovation
Tel. 04131 87212-17
wkrohn@av-lueneburg.de



Kerstin Gördes
Wirtschaftsförderung
Tel. 0511 8505-346
kg@uvn.digital



Antje Quernheim
Arbeitsrecht
Tel. 0511 8505-248
aq@uvn.digital



Lukas Kutzki
Projektmitarbeiter
Niedersächsisches Wasserstoff-Netzwerk
Tel. 0151 74234048
lk@uvn.digital



Sabine Kollmeyer
Assistenz
Tel. 0511 8505-340
sk@uvn.digital



Andrea Sonneck
Assistenz
Tel. 0511 8505-282
as@uvn.digital



Etienne Tschorn
Geschäftsführer
Tel. 0511 8505-512
et@dnw.digital



Kerstin König
Vertrieb/Kundenbetreuung
Tel. 0511 8505-511
kk@dnw.digital

UVN Büros in Berlin und Brüssel



Christina Moth
Tel. 030 206795810
Berlin@uvn.digital



**Unsere Ansprechpartnerin
erreichen Sie über:**
Bruessel@uvn.digital



Erik von Hoerschelmann
Leiter Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit
Tel. 0511 8505-247
evh@uvn.digital



Bernadeta Lilje
Leiterin Veranstaltungen/Gremien
Tel. 0511 8505-285
bl@uvn.digital



Sonja Barsch
Leiterin Buchhaltung/Rechnungswesen
Tel. 0511 8505-251
sb@uvn.digital



Catharina Herrmann-Daues
Stellv. Leiterin
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel. 0170 5831468
ch@uvn.digital



Laura Riemann
Veranstaltungen/Gremien
Tel. 0511 8505-259
lr@uvn.digital



Stefanie Günter
Buchhaltung
Tel. 0511 8505-251
sg@uvn.digital



Ute Heine-Rischau
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel. 0511 8505-253
uh@uvn.digital



Debora Brzezinski
Auszubildende
Tel. 0511 8505-260
db@uvn.digital



Susanne Otte
Buchhaltung
Tel. 0511 8505-255
so@uvn.digital



Larissa El Lahib
in Elternzeit



Linda Hülmann
in Elternzeit





UNTERNEHMERVERBÄNDE
NIEDERSACHSEN E.V.

Unternehmerverbände Niedersachsen e.V. (UVN)
Schiffgraben 36 · 30175 Hannover
Telefon 0511 8505-243 · E-Mail: uvn@uvn.digital
www.uvn.digital